WIR ~~WOLLEN~~ Wissen ALLES

J 7581 EX

In dieser DOPPELnummer:

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bochum:	Proletarische Front, c/o Politische Buchhandlung, 463 Bochum, Postfach 1942
Frankfurt:	Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Hamburg:	WWA c/o Manifest-Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79
Kassel:	Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative, c/o Redaktion „Auseinandersetzung". 35 Kassel, Hirtenweg 26
München:	Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr.41 b
Nürnberg/Erlangen:	Gruppe Solidarität c/o Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849
Saarbrücken:	Gruppe Rote Fahne c/o Politischer Buchladen, 66 Saarbrücken, Dudweilerstr. 69
Zürich/Schweiz:	Klassenkampf, Postfach 108, CH-8025 Zürich

2,– DM

Postanschrift: WWA c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202 NR. 26 MÄRZ 1975

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich – Einzelpreis 1 DM
Druck und Verlag: Politladen Erlangen
V.i.S.d.P.: Achim Bergmann, München, Josephsburgstr. 16
Abopreis für 12 Nummern 12 DM – Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von 12 DM auf das Konto WWA Gaiganz, Kto. 4684–852 Postscheckamt Nürnberg eingegangen ist.
Bestellungen für Wiederverkäufer (mit 33 % Rabatt ab 15 Exemplaren): SOVA, 6 Frankfurt 90, Postfach 900832

WARUM SO EIN URTEIL:

Das Urteil der Verfassungsrichter und damit die Beibehaltung des § 218 werden uns nicht daran hindern, die eigene Kontrolle über unser Leben und unseren Körper zu erkämpfen. Wir werden unsere Forderungen und Methoden weiterhin öffentlich vertreiben, wir werden uns nicht in ein Halbdunkel zurückdrängen lassen, das für viele Frauen undurchsichtig bleiben würde.

Doch selbst wenn es gelänge, uns zurück in die Illegalität zu jagen, das wenige bisher Erreichte rückgängig zu machen, so würde doch der tägliche tausendfache Schritt zur Abtreibung erfolgen – unter Lebensgefahr und psychischen Ängsten. Das wissen auch die, die sich jetzt anmaßen, mit der Verfassung in der Hand unsere Rechte zu treten. Sie wissen, daß es kein Gericht der Welt gibt, das die Frauen zwingen kann, Kinder zu bekommen, die sie nicht wollen. Sie wissen, daß sie lediglich Hunderttausende von Frauen jedes Jahr ins Unglück stürzen, ohne daß die geringste Hoffnung besteht, durch ein solches Mittel die Geburtenrate im Land spürbar zu erhöhen, die Abtreibungsziffer wirksam zu senken.

Fragen wir uns also: warum ein solches Urteil? Und fragen wir noch genauer: glauben wir, daß vor zwei oder drei Jahren es zu einer ähnlich offenen unverhohlenen Provokation den Rechten der Frauen gegenüber gekommen wäre? Möglich ist es, denn auch damals haben Männer die Politik bestimmt – und Männer sind noch immer bereit gewesen, die Ziele von Frauen unter anderen Zielen zu begraben. Wahrscheinlich aber ist es nach unserer Meinung nicht.

Weshalb nicht? Wir wissen, daß Frauen in dieser Gesellschaft immer die schwächsten sind, daß sie in allen politischen Konstellationen die schwerste Bürde zu tragen haben, **nur**: diese Bürde hat nicht immer dasselbe Gesicht. Es gibt politische Situationen, in denen man unserem Drängen nach Selbstbestimmung an einzelnen Punkten nachgibt – um sie insgesamt umso fester in den Griff zu bekommen.

Eine solche Periode waren die Jahre seit der Studentenrevolte: Wirtschaftsblüte ging einher mit einer immer noch wachsenden Zahl von Frauenarbeitsplätzen. Wir strömten ohnehin in die Büros und Schulen, Krankenhäuser und Fabriken. Wir arbeiteten und wir bedrohten niemand, denn alle Männer hatten Arbeitsplätze. Wir durften von der „Luft der großen weiten Welt" schnuppern und wir bekamen zur Belohnung die Weltanschauung der fortschrittlichen Frau geliefert: sei tüchtig im Beruf, aber trotzdem eine gute Hausfrau und Mutter. Effektiv und arbeitsam, weltoffen, sexbereit und partnerschaftlich. Wobei Partnerschaft bedeutet: leiste doppelte Arbeit, Sklavenarbeit, und sei obendrein noch geistig fit, auf daß Deine Männerumwelt dich nicht zurückgeblieben findet.

Das ist das Bild, das z. B. die fortschrittliche Sozialdemokratie für die Frau entwirft – ein Bild, das wir auch in den sozialistischen Ländern bis ins letzte vervollkommnet sehen: Frauen arbeiten, studieren, kriegen Kinder, machen Hausarbeit – alles gleichzeitig. Sie kommen nicht einmal zu genügend Ruhe, um über den Hohn einer solchen Befreiung nachzudenken.

In einer solchen politischen Situation, wo sich die Frau im Interesse aller anderen perfekt selbst unterdrückt, erlaubt man ihr unter Umständen auch



die Abtreibung. Nicht, um ihr wirklich das Wissen und die Verfügung über ihren Körper zurückzugeben. Aber wenn man die Frauen ohnehin nicht mehr zwingen kann, viele Kinder zu bekommen, weil sie dann ihre dreifache Ausbeutung nicht mehr bewältigen können, scheint es unter gewissen Umständen opportun, ihnen die Entscheidung über die Reproduktion wenigstens formal zu überlassen. Dies im Rahmen einer Politik, die alle Menschen gleich und frei macht, was für Frauen bedeutet: jetzt sind sie selbst schuld an ihrer Misere, sie können ja angeblich frei entscheiden.

Doch diese Freiheit in der Frauenrolle hört nicht erst bei der Hausarbeit auf. Sie gilt auch nicht fürs Kinderkriegen. Zwar stimmt es, daß wir Frauen in den letzten 50 Jahren es durchgesetzt haben, über Verhütungsmittel und auch die Abtreibung freier zu verfügen. Aber die Entscheidung für die Mutterrolle bleibt letztlich für fast alle von uns zwingende Notwendigkeit – die Gesellschaft und unsere Umwelt erwarten nach wie vor von uns, daß wir zumindest ein Kind großziehen, um unsere Frauenrolle auszufüllen – und die Verweigerung dieser Rolle ist mit vielen Sanktionen verbunden.

Da man uns aber mit Verboten und Kontrollen nicht mehr **zwingen** kann, mehr als ein oder zwei Kinder zu bekommen; da man andererseits um den Fortbestand an Arbeitskräften und sonstigem Menschenmaterial fürchtet, besinnt man sich auf andere Mittel: war Kinderkriegen vorher völlig Privatsache, so denkt man jetzt plötzlich an mehr Kindergeld und vielleicht sogar an ein Erziehungsgeld. Das sind Ansatzpunkte dort, wo wir uns verweigern: wir wollen Kinder nicht unter Konsumverzicht und nicht um den Preis dreifacher Arbeit bekommen, also geht man dazu über, uns mit materiellem Anreiz zu locken. Wir sind die Menschenfabrik, wir streiken – und man ist gezwungen, uns etwas entgegenzukommen. Soviel zu unserer Situation, wenn die Wirtschaft floriert, man uns als Arbeitskräfte braucht und uns über Reformen bei der Stange halten muß.

Doch nicht immer gleicht die Bürde der Frau dieser Reformideologie, die da sagte: Befreiung durch Beruf und durch angebliche Selbstverantwortung. Frauen sind als Puffer in der Wirtschaft eingesetzt, als Füllmaterial in strukturschwachen Industrien, als dequalifizierte Kräfte in den Büros, anfällig für jede neue Rationalisierungswelle. Sie sind in dieser Schwächeposition, weil Kinderkriegen und Hausarbeit es ihnen nicht möglich machen, gleichberechtigt in die mörderische Konkurrenzwelt der Männer einzutreten, weil die Männerwelt diese Aufgaben, nämlich Kinderaufzucht und Menschenversorgung, ständig umsonst in Anspruch nimmt und die Frauen dafür gleichzeitig verachtet.

Eine Wirtschaftslage, wie die heutige, wird dann zum Anlaß, die Frau auf diese ihre ureigenste Rolle, von der sie sich auch unter dem Banner der Berufsideologie nicht befreien kann, zurückzudrängen. Seit 1967 ist die Zahl der arbeitslosen Frauen ständig gestiegen, lag über der der Männer. Heute, bei einer Quote von offiziell 5 % Arbeitslosen, liegt die Quote der Frauen bei 6–7 % Arbeitslosen. Und dabei sind nicht gezählt all diejenigen, die sich nicht melden beim Arbeitsamt, weil sie Ehefrauen sind und ohnehin keine Hoffnung auf eine Arbeit haben. In dieser Situation ist es nur nützlich für alle Stärkeren: für die Unternehmer wie auch die Gewerkschaften und die Ehemänner, wenn die Frauen ihr Los ruhig akzeptieren. Meist verschwinden sie, einmal entlassen, ohnehin in der Hausarbeit – niemand fürchtet sich vor der sozialen Sprengkraft arbeitsloser Frauen.

Und mit Recht. Denn arbeitslose Frauen sind nicht arbeitslos – sie werden aufgesogen von ihrer Hausarbeit. Und diese Hausarbeit vermehrt sich, weil sie jetzt weniger Geld haben: es wird selbst genäht oder wieder geflickt, es muß nach Sonderangeboten Ausschau gehalten werden. Häufig werden die kleinen Kinder jetzt daheim behalten – was wir daran sehen können, daß plötzlich in vielen Krippen, Pflegestellen und Kindergärten Plätze frei sind. Das heißt, der frühere Job der Frau hinterläßt kein Loch – an seine Stelle tritt andere Arbeit.

Dieser materielle Druck auf die Frauen wird ideologisch unterstützt:
So ist es denn kein Zufall, wenn heute die Mutterschaft, die Hausfrauenrolle, die Aufopferung für die Familie im modernen Sinn, mit Brotbacken und Selbernähen, wieder groß geschrieben werden.

Dasselbe geschah in den USA nach dem 2. Weltkrieg, in Deutschland unter dem Faschismus. Es liegt nun eine **Tragik** in dieser Entwicklung: denn einerseits dient sie tatsächlich dazu, die Frauen auf eine bequemere Rolle umzupolen, auch den berufstätigen Frauen Macht zu entziehen. Andererseits wird sie zu Recht von vielen Frauen, Hausfrauen wie berufstätigen, selbst übernommen. Hier endlich finden sie Anerkennung für die tägliche Arbeit, die sie ohnehin leisten, die sie liebevoll und ausdauernd auf andere verwenden. Daher die Anziehungskraft von scheinbar reaktionären Ideologien für viele Frauen; sie wehren sich gegen eine Fortschrittsgläubigkeit, die es ihnen als Wohltat anpreist, doppelt arbeiten zu müssen, und die sie bei einer Arbeit verachtet, der sie bis heute nicht entgehen konnten. Denn noch immer ist mehr als die Hälfte aller geleisteten Arbeit in diesem Land unbezahlte Hausarbeit – wieviel Frauenfeindlichkeit liegt dann darin, und wieviel Masochismus von Frauen selbst, die zu verachten, die diese Arbeit tun, denn damit verachten wir uns selbst.

Doch die Achtung, die die Reaktionäre der Hausarbeit zollten, ist nichts anderes als Verleihung von Medaillen für Sklavendienste. Kein Gedanke daran, die Frauen von dieser Last zu befreien, sie zu entlasten – sei es durch Dienstleistungen, sei es durch Geld. Kein Gedanke daran, daß Frauen zuerst einmal für sich selbst da sind, sondern nur der glorifizierte Verweis auf ihre verantwortungsvolle Aufopferung im Dienst der Gemeinschaft – umsonst.

Und hier ist es, wo unserer Ansicht nach das Urteil der Verfassungsrichter sich einordnet: es ist, gerade angesichts der Krise, wieder gesellschaftsfähig, konservativ zu sein. Es ist wieder hoffähig, Frauen ihren **Dienerinnenplatz** ganz offen zuzuweisen – Das wirkt sich nützlich aus im Interesse derjenigen, die die **unbezahlte** und **unterbezahlte** Frauenarbeit in Anspruch nehmen. Es wirkt gegen die Frauen, die daheim sind ebenso wie gegen die, die im Beruf stehen – denn in diesen werden Schuldgefühle verstärkt, wenn sie ihren Mutterpflichten und Hausfrauenpflichten nicht so perfekt nachkommen, wie es die Medien und die Männer von ihnen erwarten. Tun sie das aber, so liegt darin immer die Möglichkeit, sie im Beruf weiter zu dequalifizieren und unten zu halten. Das hat seine Nachwirkungen bis in jeden Wirtschaftsaufschwung hinein.

Aber wir wollen nicht vereinfachen: Das Urteil der ehrbaren Richter in Karlsruhe, so meinen wir, ist Ausdruck dieses Trends. Es ist dennoch kein historisch notwendiges Urteil, denn die Disziplinierung der Frauen kann auch mit anderen Mitteln laufen. So sehen wir, daß Länder wie Österreich oder Frankreich im gleichen Moment die Abtreibung legalisieren. Daß dieses Urteil heute gefällt wird, ist vielmehr auch Ausdruck einer spezifisch deutschen Konstellation: des Interesses an der Partei, die andere aus dem Sattel zu heben. Frauen als die Schwächsten dieser Gesellschaft werden zum Spielball von Männerpolitik – und der Zynismus liegt darin, daß wir es werden können als Teil eines Schachspiels, in dem wir eigentlich völlig gleichgültig sind.

In diesem Spiel ist es auch eher ein Zufall, daß unsere Interessen teilweise mit denen der einen Partei zusammenfielen.

Etwas aber sei dennoch angemerkt: eine Legalisierung der Abtreibung hätte uns zwar nicht befreit. Sie hätte die Realität nicht einmal sehr verändert – aus Österreich hören wir zum Beispiel, daß seit der Legalisierung der Abtreibung die meisten Kliniken sich weigern, den Eingriff durchzuführen, während andererseits Ärzte, die bisher dazu bereit waren, jetzt auch nicht mehr abtreiben, weil ihnen die Kassenhonorare zu niedrig sind. Resultat: Frauen stehen Schlange vor den Kliniken, die Prozedur ist öffentlicher und entwürdigender als zuvor, dabei kaum billiger. Eine ähnliche Entwicklung wäre für den Moment auch bei uns zu erwarten gewesen. Dennoch meinen wir: die Legalisierung der Abtreibung wäre wichtig gewesen als Teil eines Wegs, wo Frauen ihre Angst überwinden, ihre Rechte offen zu vertreten. Und insofern, als sie nur und ausschließlich der Angsterzeugung dient, ist das Urteil zugleich ein Ausdruck unserer Schwäche und eine ungeheure Provokation.

Wenn wir also versuchen, zu begreifen, wie mit Frauenforderungen Politik gemacht wird, so sehen wir, daß sich uns nur Sackgassen öffnen: Die einen Bündnispartner gestehen uns ein Recht zu, um noch mehr **freiwillige** Anstrengung aus uns herauszuholen. Soweit für die Sozialdemokraten die freie Demokratie. Die anderen besingen unsere Hausfrauentätigkeit, unsere Mutterrolle, um uns desto mehr in unserer Selbstbestimmung einzuengen.

So ist dann die wichtigste Lektion, die wir aus der Kampagne um den § 218 können, folgende: Wir müssen unsere Forderungen nach Selbstbestimmung über den Körper, über uns einordnen in ein Konzept, das die Autonomie der Frauen umfassend bestimmt.

Autonomie der Frauen muß damit anfangen, daß Frauen die Möglichkeit haben, sich der Abhängigkeit und Ausbeutung im Familienbereich zu entziehen. Das aber wird nur möglich sein, wie die Männer jeder gegen jeden zu kämpfen und dabei doch nur ausgequetscht zu werden – oder uns in einem Winkel still zu bescheiden, stumme Opfer.
Beitrag der Milbertshofener Frauengruppe auf der Veranstalung des Frauenzentrums am 15.2. im Schwabingerbräu/München.



Die linken Frauen und der §218:

Das Urteil der Karlsruher Richter ist nicht nur eine Provokation für alle Frauen. Es hat gerade auch die Schwierigkeiten der Frauenbewegung deutlich werden lassen – und nicht zuletzt zwingt es die Frauen, die aus dem Umkreis der „Linken" kommen, über ihre Positionen und ihre Politik nachzudenken.

Wir schreiben diesen Artikel als eine Gruppe von Frauen, die über Jahre hinaus im Rahmen einer linken Gruppe tätig war, bzw. in deren Umfeld.

Wir meinen, daß gerade die Geschichte des Kampfs gegen den § 218 deutlich macht, daß wir es als linke Frauen versäumt haben, zu begreifen, was Fraueninhalte in einem umfassenden Sinn wirklich sind. Unser Verhältnis zur 218-Bewegung war immer ungeklärt, weil wir mit zu einfachen Erklärungsmustern arbeiten: Wir wußten, daß hinter dem Kampf gegen den § 218 die Massen der Frauen aller Schichten standen – und gerade diese Breite hat uns verunsichert. Wir suchten nach den spezifischen Klasseninhalten, nach den „proletarischen" Bezügen dieses Kampfs. Das bedeutete, daß wir zugleich manches ignorierten – mit fatalen Folgen: vom Kampf gegen den Paragraphen wurde von uns im Kern der eingeschränkteste Teil akzeptiert. Wir sagten z. B.: Proletarische Frauen haben nicht die Möglichkeit, die Kinder zu bekommen, die sie wollen – also fordern wir neben dem Recht auf Abtreibung auch die sozialen Möglichkeiten, Kinder zu bekommen, Geld, Wohnungen, Kindergärten, etc. Diese Argumentation war nicht direkt falsch. Nur: Sie begriff nicht, daß der Kampf gegen den § 218 viel weiter ging, daß er darüberhinaus in der Forderung „mein Bauch gehört mir" Ansätze zu ganz anderen Inhalten barg. Nämlich: Das Problem der weiblichen Sexualität, der Mutterrolle, des kolonisierten weiblichen Bewußtseins. Es ist aber kein Zufall, daß wir uns zu diesen Aspekten nicht verhalten konnten. Dies lag daran, daß wir eine orthodoxkommunistische Manier hatten (jawohl, obwohl wir Spontifrauen waren), den Klasseninhalt eines Kampfs festzulegen und bestimmte andere Inhalte eher als „kleinbürgerlich" einzustufen. Von daher das gebrochene Verhältnis zu Fragen der Körperkontrolle, zu Formen wie conscousnessraising, self-help, etc.

Erst im Verlauf des letzten Jahres haben sich zumindest die Voraussetzungen bei uns entwickelt, um ein inhaltlich nicht so reduziertes Verständnis von Frauenbewegungen zu entwickeln. Diese Voraussetzungen gehen im Kern aus von der Diskussion über den Begriff der **Kaste** Frau, d. h. über die Tatsache, daß **alle Frauen** über ihre Körperfunktion und ihre historisch zugewiesene Rolle der Reproduktion eine gemeinsame Definition als Kaste teilen, eine gemeinsame Unterdrückung erfahren. Daß diese Kastenzuordnung die Grundlage für die spezifische Unterdrückung der Frau in den verschiedenen Schichten ist – d. h. als Proletarierin, „Mittelschichtsfrau" usw.

Wir wollen diese Diskussion hier nicht nachzeichnen. Wir wollen nur sagen, daß erst sie uns die Möglichkeiten gegeben hat, die gemeinsame Basis [illegible] Kampf gegen den § 218 zu erkennen und nicht wie die Zensorinnen an eine Bewegung heranzugehen, die Nase rümpfend über allzuviele „klassenunspezifische" Inhalte. Selbstkritisch müssen wir an dieser Stelle nur noch eines festhalten: während uns im Lauf der Jahre klar und selbstverständlich geworden war, daß es in der Arbeiterklasse existierende Interessengegensätze zwischen Ausländern und Deutschen, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen gibt und wir diese Gegensätze als notwendige Spaltung erkannten, haben wir im Grunde für die Frauen die Formulierung einer eigenständigen Politik nur halbherzig betrieben – eben weil wir in diesem Fall einen falschen Begriff von Einheit der Klasse hatten. Diese falsche Vorstellung von Einheit ließ sich auch nicht dadurch aussteichen, daß wir für Frauen extra-Flugblätter verteilten oder unabhängige Sitzungen veranstalteten. Sie blieb solange falsch, als nicht die **wirklichen** Unterschiede zum Inhalt der Politik gemacht wurden – was bedeutet, daß sich auch Prioritäten verändern. Nicht etwa, daß wir diese Fragen jetzt ausgeschöpft hätten. Die Diskussion ist noch nicht zu Ende geführt. Die Praxis noch dürftig. Aber sie hat es uns möglich gemacht, wenigstens einen Teil unserer Erfahrung produktiv in die jetzige Auseinandersetzung um den 218 einzubringen und ein politisches Verhältnis zu den anderen Gruppen der Münchner Frauenbewegung um das Frauenzentrum zu entwickeln.

Wir halten es wegen unserer Geschichte als linke Frauen und wegen unserer Überzeugtheit vom Zusammenhang des Kampfs gegen den Kapitalismus mit dem Kampf gegen das Patriarchat für notwendig, unsere Erfahrungen fortlaufend mit den Genossinnen zu diskutieren, die im Umkreis der Linken arbeiten, die vom Klassenkonzept ausgehen, die ein solidarisches Verhältnis zu Arbeiterkämpfen haben und trotzdem spüren, daß das nicht genügt, wenn man einen antikapitalistischen **Frauenstandpunkt** entwickeln will. Weil wir diese Auseinandersetzung für notwendig halten, wollen wir **auch** die WWA als Forum dafür betrachten. Wir müssen allerdings dazu sagen, daß wir uns gleichzeitig stärker in den Rahmen eines feministischen Diskussionszusammenhangs gestellt haben und stellen werden, wie er über die „Frauenoffensive" oder die Frauenzeitung und die Frauenzentren verkörpert ist – und daß hier auch unsere Hauptorientierung liegen müßte.

Nach Redaktionsschluß, im letzten Moment vorm Druck also, ging uns folgende Erklärung der Frauen der REVOLUTIONÄREN ZELLE zu, die wir aus dokumentarischen Gründen im Wortlaut abdrucken. Zuschriften und Diskussionsbeiträge erbeten an die Redaktion der WWA !

Erklärung der REVOLUTIONÄREN ZELLE zu ihrem Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht !

Frauen der REVOLUTIONÄREN ZELLE haben am 4. März 1975 einen Anschlag auf das BVG gemacht.

Nicht um die "Verfassung gegen das Verfassungsgericht zu schützen", wie Herr Abendroth meint, sondern um u n s vor dieser Verfassung zu schützen. Einer Verfassung, die den legalen Rahmen liefert für die tagtägliche Ausbeutung, Zermürbung und psychische Zerrüttung von Millionen Frauen und Männern. Einer Verfassung, die Frauen illegalisiert - viele in den Tod treibt - wenn sie sich nicht vor der Ärzte- und Richtermafia ihre Sexualität, den Umgang mit ihrem eigenen Körper, die Zahl ihrer Kinder vorschreiben lassen.

Wir stimmen nicht in das Gejammer darüber ein, daß das BVG den demokratisch zustande gekommenen Gesetzentwurf des Parlaments außer Kraft setzt, weil es keinen nennenswerten Unterschied macht, ob 6 oder 600 Widerlinge die Existenzbedingungen von 60 Millionen Menschen diktieren.

Wir machen allerdings unter den gegenwärtigen Bedingungen einen sehr genauen Unterschied zwischen dem Grad der Volksfeindlichkeit der Gesetze, die diese Handvoll aus Steuergeldern bezahlte Kapitalistenknechte gegen uns erlassen.

Und das Terrorurteil des Bundesverfassungsgerichtes, das das Abtreibungsverbot in Ü b e r e i n s t i m m u n g mit der berüchtigten "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" erneut zu Gesetz und Recht erklärt, ist in seiner Frauenverachtung und -vernichtung so unerträglich, daß wir es mit allen Mitteln bekämpfen werden.

Wir Frauen sollen weiter dazu gezwungen werden, ungewollt Kinder in eine Welt zu setzen, in der schon gewollte unter Bedingungen aufwachsen müssen, die lebenslängliche Verkümmerung vorprogrammieren.
– vom Kinderkrippenghetto übers Kindergartenghetto in den Schulknast
– kaserniert in Kleinstwohnungen in Betonwüsten
– erdrückt in notgedrungen kaputten Kleinfamilien
– gezwungen zu individueller Leistung, Konkurrenz und Isolierung
– bedroht von Eltern, die diesen Wahnsinn nicht mehr aushalten und ihre Kinder dafür quälen, mißhandeln, totschlagen
– bedroht durch einen Strassenverkehr, der jährlich in der BRD unter den Kindern mehr Tote und Verletzte fordert als in jedem vergleichbaren anderen Land

Immer mehr Kinder und Jugendliche wenden dieses Elend gegen sich selbst: Selbstmorde und Frühalkoholismus steigen sprunghaft an.

Der §218 verhindert keine Abtreibung, das wissen auch die, die für seine Beibehaltung Gott und die Bullen in Bewegung setzen
– wie die Gerichte, bei denen schon immer der Mord an einer aufmuckenden Frau leichter gewogen hat als der an einem Unterdrückerschwein wie z.B. dem Ihns.
Wir sind solidarisch mit allen Frauen, die sich ihren Unterdrücker vom Hals schaffen.
– Wie die Kirchen, die in ihrer tausendjährigen Geschichte ihre faschistische Struktur durchgehalten haben: Frauen sind keine Menschen, sondern entweder Mütter oder Huren, "geläutert bzw. bestraft für ihre Sexualität durch Schwangerschaft, denn sie wissen genau, daß es die Angst ist, die ihre Kirchen füllt. Wir haben nicht vergessen, daß sie unsere feministischen Schwestern im Mittelalter auf dem Scheiterhaufen verbrannt haben.

Wir Frauen haben in den Kirchen nichts mehr zu suchen, außer diese Brutstätten des Sexismus zu entweihen, z.B. mit Parolen, Sprechchören, Knallfröschen und Rauchbomben ... und den Pfaffen und Oberpfaffen öffentlich ihre muffigen Talare zu lüften, damit darunter die armseligen Hühnerficker zum Vorschein kommen.

– Die Ärzte, die ihr medizinisches Wissen bzw. Nichtwissen für sich behalten, um weiter aus dem Uterus der Frau Profit zu schlagen. Die hilfesuchenden Frauen erniedrigen, erpressen, und wenn sie überhaupt helfen, meist die gefährliche, veraltete, brutale Ausschabung vornehmen und sich weigern die schonende Absaugmethode zu lernen und anzuwenden. Machen wir alle diese Schweine kenntlich, schreiben wir an ihre Limousinen, an ihre Villen, daß sie Schweine sind.
Stören wir ihre Vorortidyllen mit Megaphonkundgebungen über ihre Machenschaften, wie es uns die japanischen Frauen bereits so schön vormachen. Schnappen wir uns die schlimmsten und verprügeln sie, teeren und federn wäre auch eine Möglichkeit.

Der Tag wird kommen, wo die Frauen sich erheben........
aber nicht, ohne daß wir uns heute schon bewegen!

Frauen der REVOLUTIONÄREN ZELLE

Wir haben mit dem BVG gewartet, bis die Sache mit der Entführung von dem Lorenz und der Befreiung von 5 Genossen/innen aus den Zuchthäusern weitgehend gelaufen war.
Weil es zweierlei sehr deutlich zeigt:
–daß unheimlich viel möglich ist, wenn man von den Verhältnissen hierzulande ausgeht, wenn man begreift, daß offene Massenorganisationen lebenswichtig und richtig sind, aber ohne die Herausbildung von Stadt –, Schul –, Fabrik –, Frauenguerillagruppen auf eine bestimmte Sorte von Intervention reduziert werden, die für die Bekämpfung dieses Systems einfach nicht mehr ausreichen.
– daß das Gezeter um den Lorenz heißt, daß sie nicht mehr wissen, wie sie all die Volksfeinde in Parlamenten, Gerichten, Presse, Kirchen und vor allem die Kapitalisten selbst schützen sollen, daß sie begreifen, daß es jeder von ihnen hätte sein können.
Damit haben sie ausnahmsweise recht.

Nach den Tausenden von Arbeits –, Verkehrs –, und Abtreibungsopfern kräht kein Hahn. Sie sind unser jährlicher, blutiger Tribut an dieses System. Aber dieser Lorenz ist einer von ihnen.

REVOLUTIONÄRE ZELLE



Am 1. Mai 1931 demonstrierten die Einwohner der hessischen Arbeitergemeinde Mörfelden auch mit der Forderung:
WEG MIT DEM § 218!

Film über eine ABTREIBUNG

Als Beitrag zum „Jahr der Frau 1975" und zu Diskussionen zur Problematik des straffreien Schwangerschaftsabbruchs hat die Film-Cooperative Zürich den Film „Histoires d'a" in ihren Verleih aufgenommen. Im Hinblick auf die kommenden parlamentarischen Debatten und die Abstimmung der Initiative für straffreien Schwangerschaftsabbruch, erscheint uns dieser Film als nützliches Interventionsinstrument in Meetings und Kampagnen.

„Histoires d'a" (Geschichten von a) kämpft in erster Linie für den straffreien Schwangerschaftsabbruch und vermittelt die verschiedenen Momente des Kampfes und der daraus entstandenen Bewegung. Zu Beginn zeigt der Film eine Abtreibung nach der Absaugmethode. Vor dem Eingriff bespricht der Arzt mit der schwangeren Frau in Gegenwart ihres Mannes den ganzen Vorgang. Der Eingriff beginnt nicht eher, als bis das Hindernis der Angst beseitigt ist.

Der Film ist 16 mm, schwarz/weiß, 85 Minuten lang, französisch mit deutschen Untertiteln. Verleih bei Film Cooperative Zürich, Postfach 326, 8039 Zürich, Tel.: 01/25 44 22.

Die oben beschriebene Abtreibungsmethode wird von Ärzten und ausgebildeten Leuten des „groupe information santé" (gis) in Paris, Lyon und Grenoble in inoffiziellen Zentren gratis durchgeführt.

Aus: focus, Postfach 161, 8033 Zürich, Tel.: 01 28 77 00.



Frauen aus dem roemischen Stadtteil CASALBRUCIATO demonstrieren fuer frei, kostenlose Abtreibung und fordern gleichzeitig mehr Kindergärten, bessere Schulbedingungen, Hausaufgabenbetreuung und Essensausgabe fürihre Kinder

DIE MÜNCHNER VERANSTALTUNG ZUM § 218

Die Diskussion über die mögliche Form einer Veranstaltung ging von zwei Dingen aus:

1. Mit dem Urteil wurde die Forderung „Weg mit dem Paragraphen" im Grunde hinfällig und perspektivlos. Es ging darum, nicht einen traurigen Abklatsch vergangener Kampfformen und – Inhalte noch einmal aufzuwärmen, sondern Perspektiven zu zeigen. Hierbei schien uns, trotz der Niederlage, die das Urteil bedeutet, eines wichtig: Gesetzesrealität und Gesetzestext sind nicht notwendig gleichzusetzen. Frauen haben die Möglichkeit, den gegenwärtigen Status-quo von Rechtsprechung auszubauen und zu erweitern, **wenn sie offensiv bleiben.** Ferner ist es jetzt möglich, ohne taktische Zugeständnisse in der Argumentation nicht nur die Fristenlösung herauszuheben, sondern die männliche Medizin, den Raub der Körperkontrolle viel umfassender anzugreifen, die Selbsthilfediskussion offener zu führen und an weitverbreitete Bedürfnisse anzuknüpfen, die immer schon in der 218er Bewegung enthalten waren. Aus diesen Gründen wurde beschlossen, eine Informationsveranstaltung im Schwabingerbräu durchzuführen, die folgende Themen umfaßte:
ren, die folgende Themen umfaßte::
Geschichte des Kampfs um den § 218
Erfahrungen aus der Beratungstätigkeit
Die neue rechtliche Lage
Vergleich mit England, Frankreich, Österreich
Versuch einer politischen Einordnung des Urteils
Darstellung von Erfahrungen mit „legalen" Abtreibungen
Versuch, die Abtreibung in den destruktiven Zusammenhang männlicher Sexualität zu stellen
Kurzer Einblick in die Perspektiven der Selbsthilfe-Vorbereitung von Seminaren
Die Referate wurden von Frauen verschiedner Gruppen erarbeitet. Gewissermaßen spontan ergänzt wurde dieser Katalog durch die Verlesung der Namen von Ärzten, die die Abtreibung als Mittel der Ausbeutung benutzen, Frauen darüberhinaus zwingen, mit ihnen zu schlafen, etc. Dies im Zusammenhang mit der Erstellung einer schwarzen Liste von Frauenärzten, die ungenügend beraten, schlecht behandeln, die ihren Wissensvorsprung gegen die Frauen einsetzen. Es wurden mehrere Hundert Fragebögen verteilt mit dem Ziel, die Ärzte zu ermitteln, die unter bestimmten Bedingungen akzeptabel sind und mit der Perspektive, einen öffentlichen Kampf gegen alle anderen zu führen. Frauen sind kein Schlachtvieh.

2. Die Form einer Veranstaltung im geschlossenen Raum war auch deswegen wichtig, weil die Bewegung in München insgesamt relativ schwach ist und wir durch eine Demonstration weder eine echte Öffentlichkeit hätten herstellen können, die noch, 14 Tage vor der Urteilsverkündung, viele Frauen mobilisiert hätte. Viele aber, für die Demonstrationen keine geeignete Ausdrucksform sind, oder die die Schnauze voll haben von Minidemos mit 200 Leuten, kommen gern zu einer Veranstaltung, auf der sie inhaltlich sich auseinandersetzen können. Das traf auch zu: Das Schwabinger-bräu war voll, die Zeitungen sprachen von 2 000 Frauen, obwohl soviel gar nicht hineingehen. (Letzteres ist übrigens ein Indiz dafür, daß zum Thema 218 im Moment noch eine echte Öffentlichkeitswirksamkeit möglich ist, die der Bewegung trotz aller Verkürzungen in die Hände arbeitet. Wie lange noch, ist fraglich.)

Warum eine reine Frauenveranstaltung?

Dies war zunächst der umstrittenste Entschluß. Wir meinen: es ging darum, anhand der Provokation des Urteils gerade eine **Perspektive** von Frauenmacht zu entwickeln. Frauenmacht heißt, daß Frauen sich als diejenigen erfahren, die in der Lage sind, ihre Inhalte selbst zu artikulieren und offen zu vertreten, ihre eigenen Machtspielräume zu erkämpfen. Die Praxis wird nur erfolgreich sein können, wenn sich tatsächlich solche breite Frauenaktivität bildet, wenn Beratung und Aufklärung, Selbsthilfe und Körperkontrolle von Frauen massenhaft als Perspektive aufgegriffen werden. In diesem Zusammenhang, aber auch im Zusammenhang eines neuen Selbstbewußtseins von Frauen, ist eine Massenveranstaltung von ausschließlich Frauen ein wichtiger Schritt.

Es ging nicht darum, Männer von der Unterstützung des Kampfes auszuschließen, sondern die Kraft derjenigen zu stärken, die ihn hauptsächlich **und mit anderen Inhalten** als die Männer führen müssen.



Nach der Frankfurter 218-Demo, die durchaus friedlich verlaufen war, sind eine ganze Menge Bullen derartig verunsichert gewesen, dass sie einfach ausgeflippt sind und mit ihren gefährlichen Sprühdosen wütend herumgespritzthaben.

Interessant ist, daß nicht nur die meisten Frauen die Frauencharakter als positiv erlebten, sondern auch, daß fast nur linke Frauen den Ausschluß der Männer zum Problem machten. Eben weil z. B. die Männer der diversen Parteiansätze auf der „Einheit" des Kampfs so insistierten, daß sie an den Türen lauerten und darauf achteten, ob ihre Frauen auch gebührend gegen die kleinbürgerlichen Inhalte der Frauenzentren agitierten.

Hier muß übrigens gesagt werden: Der Ausschluß von Männern verhinderte nicht das Aufkommen einer Diskussion über die abstrakte Einheit des Proletariats. Die Frauen der sozialistischen Gruppen brachten diese Inhalte selbst und in sehr plumper Weise vor.

Über das Moment der „Macht" hinaus war der Frauencharakter der Veranstaltung wichtig für bestimmte Diskussionen, vor allem über die Selbsthilfe. Das ohnehin gebrochene Verhältnis der meisten Frauen zu ihrem eigenen Körper konnte so wenigstens nicht noch einmal durch die Gegenwart meist kontrollierender Freunde und Männer gestört werden – und an den zahlreichen Meldungen zu Selbsthilfeseminaren ließ sich erkennen, was für ein existenzielles Problem gerade hier begraben liegt.

Insgesamt war die Veranstaltung ein großer Erfolg für die Münchner Frauen – und über die große Presseresonanz auch ein wichtiger Vorbereitungsschritt für die Demo am Tag der Urteilsverkündung. Bei dieser Demo, die hauptsächlich vom Frauenforum (Frauenpartei) organisiert worden war, erschienen laut Presse 5 000 Personen, wieder überwiegend Frauen. Für München ohnehin sehr viel, war diese Zahl aber auch **relativ** gesehen sehr groß.

Wir meinen, daß die inhaltlichen Perspektiven, die in der Veranstaltung entwickelt wurden, für uns entscheidende Perspektiven aufgezeigt haben und vor allem zu einem beitragen: daß der Kampf um den Paragraphen, jetzt, wo er vorbei ist, nicht „umsonst" gewesen ist, sondern in neue, offensive Perspektiven mündet.

Rede einer italienischen Genossin auf der Demo in Frankfurt:

In Italien ist die Polizei am 9. Januar in Florenz in ein gynäkologisches Zentrum CISA (Informationszentrum für Sterilisierung und Abtreibung) eine Initiative der Radikalen Partei, wo die Abtreibungen fast kostenlos waren, eingedrungen. Die Polizei hat den verantwortlichen Arzt der Klinik und 50 Frauen festgenommen. Der Überfall der Polizei war bestialisch: die Polizisten sind in den Operationssaal eingedrungen, haben bei einigen Eingriffen zugesehen, haben Frauen die noch unter der Einwirkung der Narkose waren in die Kasernen transportiert und Frauen die gerade aus der Narkose erwacht waren, einer ärztlichen Untersuchung unterzogen um die Abtreibungspraktiken festzustellen.

Die Frauen haben auf diese Provokation sofort geantwortet: Am nächsten Tag demonstrirten in Florenz 8 000 Frauen unter der Parole: Fuori le donne che hanno abortito dentro Fanfani e il suo partito (Freiheit für die Frauen die abgetrieben haben, in den Knast mit Fanfani und seiner Partei) – Fanfani ist der Chef der Christlich Demokratischen Partei Italiens. In den nächsten Tagen zogen in allen größeren Städten Italiens so in ROM, Turin, Mailand tausende von Frauen auf die Straßen. Die Parolen waren alle gegen die DC und gegen die Kapitalisten gerichtet: anti – concezionali per non abortire, aborto libero per non moriere – Pille um nicht abzutreiben, freie Abtreibung um nicht zu sterben. Aborto gratuito e liberalizzato, una nuova lotta del proletariato – für freie und kostenlose Abtreibung, ein neuer Kampf des Proletariats. In Neapel und anderen Städten haben proletarische Versammlungen stattgefunden. Die gefangenen Frauen vom Frauengefängnis Rebibbia haben sich mit den festgenommenen Frauen und mit deren Kampf solidarisiert. Die tausenden von Frauen die demonstriert haben, haben gezeigt, daß sie selbst und nur sie, über sich selbst entscheiden wollen, daß sie Subjekte und nicht Objekte in dieser Gesellschaft sein wollen: sie haben gezeigt, daß der Hauptfeind diejenigen sind, die seit dreißig Jahren an der Macht sind und über die Bedürfnisse und Probleme der Frauen hinweg die Macht ausgeübt haben, allen voran die DC.

Die große Mobilisierung war unmittelbar erfolgreich: kein CISA ist geschlossen worden!

Aber die Repression begnügte sich nicht mit der Räumung der Klinik: der Sekretär der Radikalen Partei Spadaccia ist festgenommen worden, nur weil er sich politisch für die Iniziative verantwortlich erklärt hatte. Am 24. Januar wurde Adele Faccio, die Gründerin der CISA während des 1. nationalen Kongresses für die Abtreibung festgenommen. Der Espresso, eine liberale Wochenzeitung, der mit einer schwangeren gekreuzigten Frau auf dem Titelbild erschienen war, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Die DC hat nicht zufällig diesen Moment für diese Repressionswelle gewählt. Im Parlament soll in den nächsten Wochen über einen Gesetzesvorschlag zur Regelung der Abtreibung der von den Sozialisten eingebracht wurde, diskutiert werden. Die Liberalisierung der Abreibung in Frankreich hat in Italien ein sehr positives Echo ausgelöst. Die DC, deren klerikale Moral mit der sie in der Vergangenheit immer versucht hat einen großen Teil der Frauen an sich zu binden, immer weniger Gläubige findet, versucht jetzt kurz vor den Regionalwahlen mit einer Ordnungskampagne ohne gleichen das Proletariat zu disziplinieren.

Diese Kampagne wird im Namen eines Gesetzes geführt das die Aufrechterhaltung der Sippschaft zur Grundlage hat, eines der rassistischen und schmutzigsten Gesetze die noch af die faschistische Gesetzgebung zurückgeht die ja in Italien noch herrscht.

3 Millionen Frauen zollen jährlich diesem Gesetz ihre Gesundheit, oft ihr Leben, während eine kleine Gruppe von Parasiten, die sehr oft an die christdemokratischen Klientelen gebunden sind, sich den klandestinen Abtreibungsmarkt für bürgerliche Frauen aufteilen und gute Geschäfte dabei machen. Während gleichzeitig Millionen von Frauen gezwungen werden in den schlechtesten Bedingungen abzutreiben.

Aber diese Kampagne fällt der DC wie ein Stein wieder auf den Fuß, so wie ihr am 12. Mai das Referendum über das Ehescheidungsgesetz auf den Fuß gefallen ist, wo gerade wir Frauen, die wir von der DC immer als zahmes Wahlvolk behandelt wurden, eine entscheidende Rolle für den Sieg gespielt haben, wie wir Frauen eine entscheidende Rolle in den Kämpfen in den Betrieben gegen die Krise, gegen die Betriebsstillegungen, gegen die Kurzarbeit und die Leichtlohngruppen und im Häuserkampf einnehmen.

Die Tausende von Frauen die in diesen Tagen in Italien demonstriert haben, haben gezeigt, daß die Abtreibung, noch viel direkter als die Ehescheidung, gebunden ist an die Existenzbedingungen von Millionen von Frauen, an ihren täglichen Kampf gegen die Krise, um den Arbeitsplatz und gegen die Preistreiberei, gebunden an den Mangel an Kindergärten und Schulen, und an die sozialen Beziehungen die uns in dieser unmenschlichen Gesellschaft aufgezwungen werden.

In Trento wird heute eine Demonstration stattfinden gegen den Prozeß gegen 263 Frauen die abgetrieben haben. Gegen die italienische und gegen die deutsch Christ-demokratischen Partei, gegen die Kapitalisten die uns vor allem jetzt in Krisenzeiten disziplinieren wollen, sagen wir NEIN zum Paragraphen 218. In Deutschland wie in Italien liegt die Antwort auf die christdemokratische Provokation in den Händen der Arbeiterinnen, der Studentinnen der Angestellten für die Abschaffung des faschistischen Abtreibungs-Paragraphen für eine freie, kostenlose Abtreibung auf Krankenschein.

Genossinnen von Lotta Continua

P.S.: Inzwischen sind Spadaccia und auch Adele Faccio wieder freigelassen worden



Englische Frauengruppendemonstrieren vor der deutschen Botschaft in London aus Solidarität mit den von der Beibehaltung des Abtreibungsverbots betroffenen deutschen Frauen

Ein wunderschöner Tag und „Aktion Wasserschlag“





Berlin, Urbanstr. 61: ... nach der Hausdurchsuchung

Eins vorweg: wenn wir die Entführung von Lorenz zur Befreiung einiger Gefangener aus dem Knast hier kritisieren, haben wir zunächst einmal diese Stadtguerillagruppen als eine Realität, als ein Ausdruck der Klassenauseinandersetzungen, des Kampfes gegen die kapitalistische Unterdrückung zu begreifen. Es gibt diese Gruppen ganz einfach und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch weitere Aktionen von ihnen geben - davon müssen wir ausgehen und wir müssen uns auch auf die möglichen/ wahrscheinlichen Folgen vorbereiten. ... Aber auch gerade deshalb müssen wir uns mit diesen Aktionen und der sie begründenden Strategie auseinandersetzen - auch wenn die Genossen des 2.Juni es nicht hören wollen!

Wir können die Aktion des 2.Juni tatsächlich nur kommentieren und ihre Konsequenzen versuchen einzuschätzen, mit eben jener Distanz, die wir zur Politik des 2.Juni und ähnlicher Gruppen haben. Denn wir halten dise Politik für falsch, weil sie die Bewegung nicht wirklich vorantreibt und die Macht, die Kraft der Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht wirklich vergrößert. (siehe hierzu vor allem WWA 21).

Diese Distanz nun hat sich in der letzten AKtion besonders deutlich manifestiert: wir, wie auch die Masse der Bevölkerung, konnten dieser Aktion nur zusehen, waren zu Zuschauern degradiert - zu Zuschauern bei dem Kampf einer Stadtguerillagruppe gegen die Staatsmacht um die Befreiung von im Knast sitzenden Gefangenen.

Direkt betroffen allerdings sind wir von den Folgen und Konsequenzen dieser Aktion; und zwar auf verscheidenen Ebenen:
- von den unmittelbar nach Beendigung der Aktion einsetzenden Bulleneinsätzen
- von der langfristigen Verschärfung der Repression (entsprechende Gesetze, Aufrüstung und Kompetenzerweiterung der bullen etc.)

davon, wie die Masse der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiter darauf reagiert.

Aber weil wir wissen, daß isolierte bewaffnete Aktionen diesen Staat nicht stürzen können, ja nicht einmal ernsthaft gefährden, wissen wir acuh, daß die Existenz solcher Gruppen, ihre Aktionen nicht wirklich der Grund für die Verschärfung der Repression sind.
Insofern ist es großer Quatsch, der Stadtguerilla die Schuld daran zu geben, - es ist immer noch der Staat, der seine gegen das Volk gerichtet Macht ausbaut, nicht der 2.Juni!

Es ist aber auch so, daß solche Aktionen vom Staat als Vorwand benutzt werden, um zu einem Zeitpunkt aufrüsten zu können, in dem der proletarische Klassenkampf noch so schwach ist, daß es gegen diese Aufrüstung keinen starken Widerstand gibt. So brauchte er nicht nach, und klar erkennbar, aufgrund der wilden Streiks und Fabrikbesetzungen von 73 und als Konsequenz der Bulleneinsätze gegen die Arbeiter von John Deere und Ford aufzurüsten, wodurch er klar hätte zeigen müssen, gegen wen sich seine Macht richtet und wessen Interessen er verteidigt. Insofern erschweren solche Aktionen tatsächlich die Bedingungen der Massenkämpfe!

Eine weitere negative Konsequenz besteht darin, daß die Aktion zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurde, als sich gerade eine Bewegung gegen die Diktatur des Bundesverfassungsgerichts und sein Terrorurteil herauszubilden begann. So schwach diese Bewegung auch war und höhstwahrscheinlich nicht zur baldigen Aufhebung des Abtreibungsverbotes geführt hätte, ist es doch sehr schlimm, daß durch die Aktion des 2.Juni auch die Ansätze dazu einfach erdrückt wurden; sie auf Massenebene jetzt wieder aufzunehmen, ist sicher wesentlich schwieriger.

Bleibt die Frage nach der Reaktion der Bevölkerung und ihrer Bedeutung für die Bedingungen der politischen Intervention der Linken. Wenn es wohl auch so ist, daß die Reaktion überwiegend ablehnend war, daß man sich mehr am Schicksal des 'Menschen und Familienvaters' Lorenz orientiert hat (an einer Charaktermaske also, der selbst das Schicksal von Millionen von Ausgebeuteten scheißegal is), so ist die politische Bedeutung dieser Reaktion jedoch nicht klar und eindeutig.

Unklar ist, welche Qualität diese Ablehnung wirklich hat, inwieweit die Masse sich wirklich betroffen fühlt und ob diese Ablehnung tatsächlich - wie das 'Sozialistische Büro' glaubt sehr schnell feststellen zu können - auf die gesamte Linke ausgedehnt wird. Denn wenn die gesamte Linke tatsächlich undifferenziert mit der Stadtguerilla gleichgesetzt würde, so würde das dann auch nicht nur an der Aktion des 2.Juni liegen, sondern auch an der schwachen Position und der mangelnden Verankerung dieser Linken.

Denn die Linke wird nicht nur nach einer Aktion einer Gruppe beurteilt und auch nicht danach, was die anderen Gruppen zu dieser einen Aktion zu sagen haben, sondern vor allem durch ihre Praxis, danach, welche politische Bedeutung sie hat, welche reale politische Kraft sie darstellt.

Und da ist auch der Punkt, wo die Betonung, die wir auf MASSENmilitanz legen, nicht nur ein quantitatives, sondern ein qualitatives Argument ist, wo sie ihr inhaltliches Gewicht bekommt: militante Aktionen, die von einer Massenbewegung durchgeführt werden, erreichen nicht nur partielle Erfolge in bestimmten Konflikten, sondern verändern zugleich das gesamte Kräfteverhältnis, indem sie die ganze Bewegung vergrößern und damit verstarken und vor allem auch die langfristige Sicherung ihrer Erfolge erkämpfen (müssen).

Die Entführung von Lorenz jedoch hat eben nur zur Befreiung der 7 Gefangenen und zur Selbstdarstellung Mahler ('s KPD) geführt, dazu, daß 'unser demokratischer Rechtsstaat' zwar nicht als allmächtig gezeigt wurde, aber auch dazu, daß er die zum Anlaß nehmen wird, sich noch mächtiger zu machen, ohne daß sich z.Z. dagegen eine starke Widerstandsbewegung bildet. Dies ist die wesentliche langfristige Konsequenz dieser Aktion.....und sie ist so positiv nicht!

Es bleibt ein Rest von Ambivalenz gegenüber dieser Aktion, weil wir uns über die Befreiung der 7 Gefangenen natürlich freuen.....

Festgenommene organisieren Gegenwehr

Berlin (ID)
6. März

In einem weiteren Bericht aus Berlin heißt es:
„Noch am Mittwoch mußten alle bei der Polizeifahndung festgenommenen freigelassen werden. Die Festnahmen waren alle „zur Überprüfung der Personalien“ erfolgt, d. h. um EDV-Unterlagen herzustellen und nach Wiesbaden ans BKA zu geben. Diese Maßnahmen sind ebenso offen rechtswidrig wie insgesamt alle Hausdurchsuchungen, die nach 4-tägiger „gründlicher Vorbereitung“ (Polizeipräsident Hübner) sämtlich ohne Hausdurchsuchungsbefehl wegen „Gefahr im Verzuge“ erfolgten. Am 6. März waren zum Teil bei den bereits durchsuchten, zum Teil bei neuen Leuten nochmals Kripoleute, um erneut zu befragen. Teilweise wußten die von den gestrigen Durchsuchungen nichts. Das lag daran, daß die etwa 300 aus der BRD eingeflogenen Kripobullen hier echt nicht durchblicken und auch die Bullenbürokratie offenbar durchdreht. Die Bullen kommen wohl auch wegen der Unzahl der Denunziationen („Hinweise“) aus der Bevölkerung (über 3 000 bis jetzt) nicht mehr mit, da die den ganzen Dreck nachprüfen müssen. So beißen die sich selbst ins Bein.

Noch am 5. März nachmittags gabs die ersten Treffen zur Organisation der Gegenwehr: Zusammenstellen der Listen der festgenommenen, die bereits im Knast begonnen worden waren; Ausarbeitung von Fragebögen und Muster-Beschwerden, Widersprüchen etc.; Vorbereitung der Schadensersatzklagen wegen der Beschädigungen. Es wird versucht, alle Betroffenen zusammenzufassen und gemeinsam und einheitlich gegen Durchsuchungen und Festnahmen und ED-Behandlungen etc. vorzugehen. Erneut wir ein Flugblatt mit Hinweisen und Verhaltensmaßregeln verteilt. Eine gründliche Dokumentation der Bullenaktion (mit Fotos und Polizeifunkmitschnitten etc.) wird angegangen. Die soll dazu verhelfen, nicht nur die Bullenschweinereien zu denunzieren, sondern vor allem ein detailliertes Bild dieses Bullenmanövers zu erstellen, um daraus zu lernen und sich besser darauf vorbereiten zu können. Außerdem braucht man genaue Protokolle etc. für die juristische Aufarbeitung mit Beschwerden und Klagen. Die Betroffenen Jugendzentren (Rauch-, Weissbeckerhaus, SJSZ) kleben seit Donnerstag abend in den entsprechenden Stadtteilen Plakate mit Fotos und Schilderungen. Für Anfang nächster Woche ist ein teach in geplant, auf dem auch eine gemeinsame Einschätzung des Bullenvorgehens versucht werden soll. Die KPD ist leider schon aus der gemeinsamen Front ausgeschert und macht am 7. März ihr eigenes teach in. Die Stimmung in der Bevölkerung „droht“ gegen die Bullen umzuschlagen, da deren offensichtliche Erfolglosigkeit bei all den terroristischen Kontroll- und Verfolgungsmaßnahmen selbst Springer bald nicht mehr hinweglügen kann. Wir sind jedenfalls alle immer noch recht munter!“

Flugblatt
„Polizei verwüstete unser Jugendwohnkollektiv Thomas Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9

5. März 2 Uhr 10

Etwa 3 Hundertschaften Bereitschaftspolizei, 2 Wasserwerfer, Hundestaffeln und Spezialeinheiten standen vor unserem Haus. Mit entsicherten Maschinenpistolen und Pistolen, besetzte die Polizei die vier Etagen unseres Hauses. Nach alter Manier wurden wieder einmal nicht unsere Schlüssel benutzt, sondern Türen mit Brecheisen und Äxten aufgebrochen. Im Fotolabor wurden ohne sichtlichen Grund Geräte zerstört. Das von den Jugendlichen der Umgebung selbstverwaltete Jugendzentrum wurde total verwüstet. Das Mobilar wurde durcheinander geworfen, zum Teil kaputtgeschlagen und volle Müllsäcke darüber gestreut. In der ersten Etage wurden drei Jugendliche Hausbewohner aus dem Schlaf gerissen und aus dem Hochbett geworfen. In dem zweiten Stock nahmen Jugendliche angeblich eine drohende Haltung an. Diese bestand darin, daß sie schliefen und die dreimalige Aufforderung die Zimmer zu verlassen nicht hörten. Das reichte, um zehn Tränengaspatronen in ein Schlafzimmer zu werfen und einen herausstolpernden Jugendlichen mit der Pistole niederzuschlagen. Während Polizisten mit entsicherten Maschinenpistolen uns Gruppenweise in Räumen zusammenpferchten, durchwühlten andere Trupps die Zimmer, zerschlugen Mobilar, kippten Farbeimer um und zertraten Fensterscheiben.

Als um 5 Uhr das Wüten zu Ende war, notierten wir 25 zerschlagene Fensterscheiben, demolierte Tür- und Fensterrahmen, 3 zertretene Plattenspieler, 2 demolierte Waschmaschinen, ein Fernseher, ein Radio, ein Kassettenrekorder, 2 Spiegel, eine Autobatterie wurden mutwillig zerschlagen und 20 Jugendliche wurden festgenommen. Gegen jedes Gesetz wurden ca. 30 Aktenordner, eine elektrische Schreibmaschine und private Post beschlagnahmt, ohne uns eine Liste der mitgenommenen Gegenstände auszuhändigen. Wer sich auf seine gesetzlich garantierten Rechte berufen wollte, wurde mit einer Maschinenpistole an die Wand gedrängt. Wer erinnert sich da nicht an die Methoden der Gestapo in der Nazizeit. Die ganze Sinnlosigkeit des Polizeieinsatzes wird deutlich, wenn man bedenkt, daß unser Haus seit der Entführung von der Polizei bewacht wurde. Ihr mußte also klar sein, daß wir in keinem Zusammenhang mit der Entführung stehen konnten. Warum dann dieser Polizeiterror?

Seit mehreren Jahren versucht die Polizei erfolglos, im Untergrund arbeitende Stadtguerillagruppen zu zerschlagen. Ein erneutes Beispiel ihrer Ohnmacht war die Entführung von Peter Lorenz. Zwei Stunden nach der Entlassung von Lorenz, versuchte die Polizei durch massive Terroreinsätze gegen Jugendzentren, Wohnkollektive und fortschrittliche Arbeiter den Eindruck zu erwecken, sie sei Herr der Lage. Es wurde jedoch weder bei uns noch irgendwo sonst belastendes Material gefunden. Der Polizeieinsatz war für viele von uns ein Schock, aber solche Aktionen werden uns nicht daran hindern, unser Jugendzentrum weiter aufzubauen, jugendlichen Trebegängern ein Zuhause zu bieten und jugendlichen Arbeitern, Lehrlingen und Schülern ein kollektives Zusammenleben zu ermöglichen.
Kommen sie einfach mal ins Haus und reden sie mit uns.
Wir machen weiter!
Das Thomas Weissbecker-Haus — Kollektiv

Der Opler spielt den starken Mann, wenn er den Lorenz schützen kann. (Mann oh' Mann!!)

Wir wollten eigentlich zur Lorenz-Entführung nichts sagen, weil wir sie für eine politisch falsche Tat halten, die lediglich zum Ziel hatte, Freunde aus dem Knast zu holen. Dabei wird vergessen, daß damit bald wieder neue Leute einsizten werden. Da die Gruppe keine Basis in der Bevölkerung hat, betreibt sie individuelle Rachepolitik, mit der sie langfristig grausam den kürzeren ziehen wird.

Als ich aber die Reaktionen der Kollegen auf die Entführung mitbekam, z.B. -alle an die Wand-, -MG-Garbe in die Kommunen-, -alle Linke ausrotten-, -Strauß muß ran-, -Hitler her-, usw., wurde mir übel. Mir wurde klar, daß die Dummheit solcher Helden der Arbeit, Opel-Bäuerchen, der Opel-Ochsen keine Grenzen kennt.

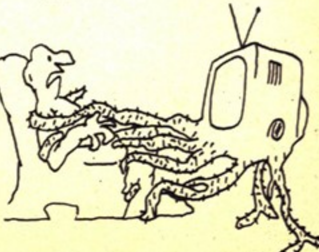
Ich verstehe nicht, wie Leute, die, wenn sie einen grünen Kittel sehen, anfangen zu kriechen, ganz klein werden, ihr Maul halten und sich wie Schulbuben herunterputzen lassen, wie diesselben Leute unheimlich starke Sprüche machen können, wenn es darum geht, daß es noch Leute gibt, die den Mut haben, sich individuell zu wehren.

Über die Verarschung mit den 6,8% Lohnabschluß regt sich keiner so auf, Oder daß die Helden der Arbeit bei ihren Abzahlungen, ihren Hypotheken jahrelang nur für die Banken schaffen oder daß Typen wie die Flicks Milliardengewinne machen und Millionen Steuergelder kassieren. Oder, daß das Parlament beschließt, der § 218 wird endlich reformiert, und eine schwarze Richterminderheit sich einfach über diesen 'Volkswillen' hinwegsetzt. Nein, das ist ja alles normal in unserem Rechtsstaat, da regt sich niemand darüber auf. Bestenfalls fällt den Bäuerchen der Spruch ein: 'Wir sind immer die letzten, die Dummen und die Beschissenen. Da kann man nun mal nichts machen.'

Aber wenn mal so ein Kerl von denen da oben an die Löffel gepackt wird, tun die Bäuerchen so, als seien das ihre Ohren.

Das, meine ich, ist schafsköpfige Dummheit. Die Helden der Arbeit bei Opel wird keiner entführen.

Ausschnitt aus der RK-Betriebszeitung



Wir Wollen ALLES!

A was wollt ihr?
B wir wollen alles
A was, alles wollt ihr?
B ja, einfach alles
A was ist denn schon alles?
B ja, ist das denn nichts?
A doch, das ist schon was
B und ob, das ist ganz schön viel
A ja, das ist eigentlich doch nicht so wenig
B dann machen wir uns mal ran
A genau, auch alles muß einmal angefangen werden
B und dann, wenn wir alles haben?
A meinst du, wir schaffen das?
B na klar, wer alles will, der kann auch alles
A das ist ja stark, wenn wir mal alles haben
B und dann haben wir alles und stehen da
A nee, dann machen wir weiter
B also alles und noch viel mehr
A dann können wir immer weiter machen, da bin ich auch dabei
B na los, wir alle zusammen!

21.11.1974

Patrick Brauns

aus der LOG-Zeitung Nr. 17/Jan. '74

LESERBRIEFE

EINE TODKRANKE GENOSSIN IM KNAST

' Für die Frankfurter Soziologin Brigitte Heinrich bei der Anarchistenaktion 'Winterreise' vor über drei Monaten festgenommen und seitdem in Mainz in Untersuchungshaft, haben die Rechtsanwälte Dr. Heldmann und Krutzki Haftverschonung beantragt. 'Der existentielle Ruin,' schreiben ihre Anwälte in einer Presseerklärung, 'steht bei Frau Brigitte Heinrich unmittelbar bevor: unter den Bedingungen der Isolierhaft stellten sich alle Symptome eines Rückfalls einer seit acht Jahren für geheilt betrachteten Lymphdrüsenerkrankung wieder ein....Nach der Untersuchung durch einen Mainzer INternisten, der die Syptome feststellte, hat sich die Krankheit mit großer Geschwindigkeit weiterentwickelt.' Neue Untersuchungen seien trotz Verlangens bisher nichts vorgenommen worden.

Für den Fall, daß die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden sollte, müsse 'davon ausgegangen werden, daß der Tod von Brigitte Heinrich durch die Bundesanwaltschaft, den Bundesgerichtshof und das Bundeskriminalamt bewußt in Kauf genommen wird.' Dies besonders, da die Dozentin an der Frankfurter Universität 'unter fadenscheinigen Beschuldigungen' festgehalten und ihr ' ein krimineller Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie Anarchisten kannte und mit ihnen diskutierte.'

(FR)

Nach einer ganzen Flut von Presseerklärungen, die seit der abgewiesenen Freilassung Brigitte Heinrichs an die bürgerlichen Zeitungen gingen, ist der obige Artikel der erste, der tatsächlich abgedruckt wurde. Nicht ohne Grund. Die Rundschau z.B. reagiert erst dann auf politische Unterdrückung, wenn sie acuh medizinisch einwandfrei diagnostiziert werden kann, d.h. die jeweilige Genossin kurz vorm Verrecken ist. Daß wir keine Amnesty International sind, die ihren 'Gefangenen des Monats' auf der letzten Seite vorstellen kann, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Sollte....

Bei B.Heinrich haben wir uns bisher allerdings so verhalten, daß es nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint, bis wir eine zweite Katharina Hammerschmidt haben: eine weitere Genossin, die durch Knastbedingungen und unsere Unfähigkeit oder gar Ignoranz widerstandslos kaputt gemacht werden konnte.

Wir sind Zyniker, wenn wir uns jahrelang auf Teach-Ins, in Artikeln und Diskussionen die Beiträge unserer Imperialismus-Spezialistin B. Heinrich anhören, in dem AUgenblick aber uns einen Dreck um sie scheren, wenn sie als letztes Überbleibsel der Aktion 'Winterreise' inhaftiert bleibt.

Und wir sind Schwachköpfe, wenn wir solche Trauerspiele zulassen, wie sich am letzten Freitag eins in Mainz abspielen konnte.

Dort inszenierte nämlich die KPD anhand einer Knast-Kundgebung ein Wahlkampfritual für die Rheinland-pfälzische Landtagswahl. Da sich bisher außer ihren Seminarstudenten und der Roten Hilfe e.V. praktisch niemand um B.Heinrich gekümmert hat, mußten weniger als ein Dutzend Frankfurter Genossen betröpfelt mitansehen, wie dei KPD aus der Einkerkerung B.Heinrichs linientreues Propagandafutter machte.

Daß es absurd ist, sich davon irgendeine Veränderung der Situation im Knast zu erhoffen, dürfte auf der Hand liegen. Der nächste Haftprüfungs termin ist am 26.April, also erst in EINEINHALB' Monaten- bis dahin kann B.Heinrich tot sein.

Deshalb müssen wir so schnell als möglich entscheiden, welche Aktionsmöglichekiten wir haben, um die Haftverschonung oder wenigstens intensive medizinische Behandlung durch massiveren Druck zu erreichen.

Und das kann nur durchgesetzt werden, wenn auf jeden Fall auch unter uns eine großere Öffentlichkeit hergestellt wird - über öffentliche Veranstaltungen, Teach-Ins usw. Man kann als erste Aktionsform unabhängige Gutachten von Medizinern einholen, die die wirklich gefährdete Situation von Brigitte Heinrich darstellen. Der Dienstherr von Ihr, Kantzenbach, sollte auch zu einer STellungnahme zu den Haftbediogungen aufgefordert werden.
Aber das wichtigte: die Solidaritätskundgebungen und -aktionen sollten wirklich massenhaft stattfinden, um die bürgerliche Öffentlichkeit unter Druck zu setzen u nd auf der anderen Seite die Isolierung von Brigitte Heinrich aufzuheben. Und wir sollten uns dabei auch überlegen, welche Repressionen uns im Gefolge der Lorenz-Entführung noch erwarten und wie es uns geht, wenn wir isoliert im Knast sitzen.

Nochmal Berlin!

Soll das Thoms-Weissbecker-Haus jetzt endgültig zerschlagen werden?

Berlin (ID)
6. März

Am 27.2. ist auf der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg der unabänderbare Beschluß gefallen, das Haus Wilhelmstr. 9 (Thoms Weißbecker-Haus) der Arbeiterwohlfahrt zu überlassen, obwohl keine echte Notwendigkeit dafür vorhanden ist (siehe ID Nr. 52). Obwohl der Senat vertraglich verpflichtet ist, uns ein anderes Haus zu stellen, hat er noch nichts in dieser Richtung unternommen.

Im Rahmen der Großfahndung nach der Entlassung von Peter Lorenz wurde unser Haus, das bereits mehrfach durchsucht worden ist, mit einer so beispiellosen Brutalität und Gewalt durchsucht, daß es zum Teil unbewohnbar geworden ist (siehe Flugblatt). Es wurden sofort Flugblätter gemacht und verteilt, um die Bevölkerung über das tatsächlich Geschehene zu informieren. Diesmal scheint die Polizei für Berlin zu weit gegangen zu sein, denn sogar die „liberale Öffentlichkeit" hat inzwischen dagegen protestiert. Das wird es uns möglicherweise erleichtern, um unser Haus zu kämpfen.

Tommy Weißbecker-Haus

Ohnmächtig wütende Bullen hinterlassen — wie üblich — Trümmerhaufen

Berlin (ID)
6. März

Die größte Fahndung in Berlin nach Kriegsende heißt im Volksmund mittlerweile „Aktion Wasserschlag". Polizeiliche Gewälttäter überrollten in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch zahlreiche Wohnungen und verwüsteten alles, was ihnen in'den Weg kam. Als Vorwand dazu diente der Befehl, nach Mitgliedern der Bewegung des „2. Juni" zu suchen, die sie nicht fanden. Zu den Verwüstungen durch die Polizei war seitens der Polizeipressestelle keine Stellungnahme zu bekommen.

Das Thomas Weissbecker-Haus in der Kreuzberger Wilhelmstraße 9 wurde praktisch unbewohnbar gemacht (siehe nachfolgender Bericht). Das Georg von Rauch-Haus am Mariannenplatz auf dem Bethaniengelände wurde ebenfalls von randalierenden Bullen überrannt. In einem frisch gestrichenen Raum schrieben sie Parolen wie „KPD-Schweine" an die Wand. Im Schöneberger Jugend- und Schülerzentrum in der Belziger Straße rissen die rasenden Bullen Fußböden auf und traten nicht verschlossene Türen zu Bruch. Sie wüteten auch im sozialistischen Zentrum in der Stephanstraße. Die einmal losgelassenen Bullen erinnerten sich ihrer Spezialausbildung und machten ganze Arbeit, rissen Telefonkabel aus der Wand, leerten Mülltüten und Farbtöpfe auf dem Boden aus, zerbrachen Spiegel, verbogen Arme von Plattenspielern und zertrümmerten Lampen.

Nachfolgend ein Bericht vom Weissbecker-Haus, ein zweiter Bericht aus Berlin zu den Verhaftungen, der Bericht eines Rundfunkjournalisten stellvertretend für ähnliche bürgerliche Presseberichte in einigen anderen Zeitungen, zum Schluß Hinweise, wie man sich bei Hausdurchsuchungen verhalten soll („du kannst der nächste sein!").

Wenn einer aus dem Knast kommt ....

Solidarität mit den politischen Gefangenen! Freiheit für alle Gefangenen!
Einige Genossen haben diese Parolen ständig im Mund. Was sie aber wirklich drauf haben, erfährt man dann, wenn man aus dem Knast kommt. Wie sie sich da einem gegenüber verhalten ...
... verdammt, da kann man Rolf Maurer fast verstehn!

Ja, wenn man dann gar noch abgehauen ist ... so einer ... andere erpressen ... nur Bomben und Knarre im Kopf ...

Na da paßt man halt den Genossen überhaupt nicht in den Kram, stört sie in ihrem Freiraum, stellt ihre im Freiraum entwickelte Perspektive in Frage.

Geradezu erschreckend ist die Hilflosigkeit, die man bei Genossen auslöst. Dann kommt die Frage: Wieviel haste denn noch offen? 1 3/4 Jahre. Naja ... Scheiße ...

Aber wenn Du's abmachst, dann biste frei, dann kannste auch wieder politisch arbeiten.
Zum Kotzen! Was heißt das denn: dann bis Du frei?
Unter Freiheit verstehe ich was anderes. In diesem System habe ich nur soviel Freiheit, wie ich mir nehme!
Nun noch zu der Hilflosigkeit, die ich bei Genossen auslöse, wenn ich sie mit meiner Situation konfrontiere. Übrigens mit der Hauptgrund, warum ich meinen Frust zu Papier bringe.
Morgen könnt ihr bereits in der gleichen Situation sein!
Das klingt euch wohl wieder bißchen moralisch und nach Erpressung.
Und wenn schon. Ist mir scheißegal.
Ich frage mich nur: was wollt ihr morgen in so'ner Situation tun, wenn ihr euch heute nicht mit den Problemen vertraut macht, euch nicht mit denen auseinandersetzt, die bereits in dieser Situation sind?
In diesem Zusammenhang zur Aktion „Winterreise" — Verrat — Rolf Maurer:
Maurer hat z. B. früher manchmal gesagt: „Euch bring' ich noch in den Knast!"
Kann ich verstehn. Und ich habs auch schon manchem gewünscht!
Ihr solltet euch aber 'mal fragen, ob ihr Typen wie Rolf Maurer nicht selbst produziert?
Nun haben einige Genossen ja aus diesem Fall Konsequenzen gezogen. Wie sehen diese aber aus? Man schirmt sich noch mehr ab, mißtraut Genossen, die aus dem Knast kommen, sieht in ihnen potentielle Verräter, macht sich über ihre Bedürfnisse lustig (hab' ich selbst erlebt!), läßt sich 'mal zu ihnen herab: distanziert, belehrend, den Standpunkt eines Sozialarbeiters einnehmend. So in die Isolation getrieben, wurde dann z. B. auch Rolf Maurer auf psychische Mechanismen zurückgeworfen, die er im Knast entwickelt hatte, dorten zum Überleben brauchte! Da konnte er 10 Jahre lang nur Haß produzieren! Und draußen rutschte er dann zwangsläufig wieder in diese eingefahrenen Mechanismen, weil wohl sonst nichts lief — zwischenmenschliche Beziehungen und so — was ihn irgendwie psychisch hätte regenerieren können.
Doch wohl nicht nur seine Schuld!? !
Aus ähnlichen Gründen habe ich in letzter Zeit auch immer stärkere Aggressionen gegen Genossen/innen entwickelt! Wenn ich nicht so wie Maurer reagiere, dann deshalb, weil ich das System noch stärker hasse!
Und noch eins: Eure Perspektiven sind im Freiraum entwickelt. Und sie dienen auch zum Teil der Erhaltung dieses Freiraumes. Überlegt'mal, inwieweit sie für Genossen verbindlich sein können, die diesen Freiraum nicht mehr haben?
FREIHEIT FÜR ALLE!
RESOZIALISIERT DIE PRODUKTIONSMITTEL!

Lo. L.

Einige kritische Bemerkungen zur WWA Nr. 25

Ab März 1975 stehen die Betriebswahlen vor der Tür, in der nächsten Woche werden die Verfassungsrichter ihr Urteil über den § 218 fällen, Mercedes will riesige Interventionen in Chile tätigen, was natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeiter in dem deutschen Werk haben wird, von der Aufwertung der Junta nicht zu sprechen, auch nicht von der Hoffnung derselben aus seinen augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen, in Hessen und in anderen Bundesländern werden in zunehmendem Maße Lehrer nicht eingestellt, in Berlin wird demnächst gewählt und die Wahl in Nordrhein-Westfalen wird darüber entscheiden, ob nicht schon in diesem Jahr die Bundestagswahlen anstehen, die Arbeitslosigkeit überschreitet die Millionengrenze, in Hannover versuchen Linke wieder einmal eine Fahrpreiserhöhung zu verhindern und die „Sanierung" deutscher Städte und Landen im Sinne des Städtebauförderunggesetzes dringt bis in die letzten Käffer vor und zerstört dort mehr als nur „schöne alte Häuser" — in dieser Situation diskutieren wir in Frankfurt die Entstehung eines „großen Zentrums", versuchen wir in Betrieben „festzukrallen" und sehen uns vor die Frage der weiteren Organisierung gestellt.

Von all dem ist in der WWA — neueste Ausgabe — nichts zu lesen.
Stattdessen erscheint auf der ersten Seite in großer Aufmachung ein Bericht über den Kampf der Ford-Arbeiter in England. Ich meine jetzt nicht, daß dies unwichtig war, ich verstehe nur den Stellenwert eines derartigen Artikels nicht, wenn er in solcher Aufmachung die erste Seite ziert, während andere wichtige Probleme total unter den Tisch fallen.

Der Bericht aus dem Opel gibt da schon viel mehr her, zumal er eine meiner Meinung nach entscheidende Wendung der Gewerkschaftslinken andeutet, die gegenüber der Mobilisierung wie sie zur Zeit von der Reaktion vorzüglich organisiert wird, aus der defensive zu kommen versucht.

Was dann allerdings wieder ein Hammer ist, ist der LAW-Artikel, geschrieben von einer Genossin, die nicht mehr drin ist und einem Genossen, der es „erzählt" bekommen hat. Der Kampf der LAW war natürlich auch wichtig, nur frage ich mich, warum haben wir es nicht geschafft eine kritische Reflexion über ihn einzuleiten, als er aktuell war. Stattdessen ein solcher Riemen, der einen toten Hund natürlich auch nicht wieder zum Leben erweckt. Wer diskutiert in Frankfurt noch über die LAW, wer in anderen Städten. Die Genossin, die den Artikel geschrieben hat, hofft nur noch: „Ich hoffe schon und ich glaube eigentlich auch, daß es in der LAW weitergeht". Konkret aber läuft da nichts mehr, in dem Artikel ist auch nicht ein Punkt, wie es dort weitergehen könnte — wie sollte es auch sein, man ist ja nicht mehr drin und was die LAW-Lehrlinge im Fechenheimer Jugendzentrum dazu sagen, wenn sie in der WWA plötzlich einen solchen Artikel finden, den sie weder selbst geschrieben, noch diskutiert haben, ja von dessen Entstehung sie überhaupt nichts wußten, kann man sich denken. Klar, daß die keine Lust mehr haben, „Politik zu machen" und lieber sich die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie am besten an eine zweite Stereoanlage und einen Mischpult für die Diskothek herankommen.

An den Artikeln über den Straußbesuch bei Mao kann ich wenig Kritik anbringen, da mir da die Kenntnisse fehlen, ich fand's wichtig, daß soetwas in der Zeitung diskutiert wird, zumal unser Verhältnis zu China sehr ambivalent und ungeklärt ist. Auf alle Fälle unterscheidet sich der Artikel wohltuend von dem „Rechtfertigungsgeschwätz" der K-Gruppen.
Zu dem Artikel über die Armee:

Inhaltlich kann ich daran wenig kritisieren, allerdings kommen mir solche Überlegungen, wie sie einem von den „allwissenden" Redakteuren, die immer Angst haben, man könnte was in die falsche Kehle bekommen, von selbst. Erstens sollte man andere nicht für dümmer halten, als man selbst ist, und zweitens denke ich, braucht die WWA kein geheimes ZK, was ständig besorgt über die richtige Linie wacht.
Soviel für diesmal.
Viel Spaß beim verdauen.

ein Frankfurter Genosse

P.S.: Wenn's nicht für allzu schlecht empfunden wird, kann man soetwas ja mal abdrucken. So ketzerisch ist es ja nun auch wieder nicht. Aber bitte ohne kursiv gedruckten Kommentar oder sonstige „Richtigstellungen"-der Redaktion ffm.

„Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir mehr erreichen wenn wir als Gruppe auftreten: dann müssen sie uns anhören!"

Geh' NIE ALLEIN auf's Sozial-amt!

Sozialamt

. . . es erwartet dich auch nicht nur EINER!

ORGANISATION VON SOZIALHILFEEMPFÄNGERN UND ARBEITSLOSEN IN ENGLAND

Schon viele Jahre lang gibt es in England Gruppen von Leuten, die aus den verschiedensten Gründen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. Das ist eine richtige Bewegung geworden, die vor allem so zwischen 1971 und 1973 ziemlich stark war, überall in Großbritannien entstand und ziemlich viel praktische Bedeutung hatte und zum Teil auch noch hat. Ich habe da früher auch einmal in so einer Gruppe mitgearbeitet. Diese Gruppen heißen ‚Claimants Union', was wörtlich übersetzt in etwa ‚Sozialhilfe-Empfänger-Gewerkschaft' bedeutet. Aber man darf das nicht so wörtlich nehmen. Gewerkschaften, wie man sie hier in Deutschland kennt, sind die Claimants Unions auf keinen Fall, aber sie sind auch nicht so wie die normalen englischen Gewerkschaften.

Die erste Claimants Union ist etwa 1966 in Birmingham entstanden. Es war eine Gruppe von Typen, die sich hauptsächlich mit rechtlichen Problemen beschäftigte. Die Grundidee war: daß es gesetzliche Möglichkeiten gab, staatliche Geld-Unterstützungen zu erhalten, aber kaum jemand durchblickte durch den ganzen Paragraphenwald und es ungeheuer schwierig war, die einem zustehenden Gelder aus den Behörden herauszuholen. Hier ist ein Flugblatt von einer Claimants Union von West-London. Da heißt es am Schluß unter der Überschrift: „Wer wir sind": „Die Claimants Union ist ein Kollektiv von arbeitslosen Arbeitern und Arbeiterinnen, von Leuten, die arbeitsunfähig sind, von alleinstehenden Müttern und Rentnern, die sich zusammengeschlossen haben, um als Gruppe für unsere Rechte zu kämpfen, und um die Spaltungstaktiken der Sozialämter und des Staates zu bekämpfen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir mehr erreichen, wenn wir als Gruppe auftreten: dann müssen sie auf uns hören".

Die Claimants Unions hatten sich von Anfang an aus zwei Momenten gebildet: Zum einen waren es Leute, die nicht (mehr) ‚normal' arbeiten konnten: alleinstehende Mütter, Leute, die krank waren, ehemalige Gefangene, Leute, die von der Arbeit früher völlig kaputt waren usw. . also Arbeitslosigkeit hieß nicht, daß die mal gerade keinen Job hatten, (wenn jemand zumindest in London und Umgebung entlassen worden war und einen neuen Job suchte, fand er nach 2 oder 3 Monaten wieder einen neuen) sondern es waren und sind vor allem Leute, die von der Sozialhilfe abhängen, die permanent und nicht nur kurzfristig ‚arbeitslos' und Sozialhilfe-Empfänger sind. Von daher kam z. B. auch eine wichtige politische Bedeutung für die Frauenbewegung, weil die Genossinnen innerhalb der Claimants Unions unmittelbar mit Arbeiter-Frauen, nämlich den alleinstehenden Müttern, zusammengearbeitet haben. Die Ausländer haben übrigens in der Anfangsgeschichte zumindest keine wichtige Rolle gespielt oder höchstens nur in Gegenden Englands, wo der Anteil der Ausländer ganz besonders stark war.

Zum anderen wurden die Claimants Unions von ehemaligen Studenten gebildet. Aus der Studentenbewegung Ende der 60-iger Jahe gab es in England die ‚libertäre' Bewegung – am ehesten das, was man hier in Deutschland ‚Spontis' nennt – die eine ziemlich klare politische Ablehnung von der Arbeit im Kapitalismus drauf hatten. Es gab also eine starke Anti-Arbeit-Ideologie in diesem Teil der Studentenbewegung. Von ihnen gingen dann die meisten weg von den Universitäten und sie haben sich aus der Studentenbewegung herausgelöst. Wir sind dann in Arbeiterviertel gezogen. Es war für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir dort auch wohnen, wo wir – auch im Rahmen der Claimants Union – ‚Stadtteilarbeit' gemacht haben. Es war für uns eine Voraussetzung, da zu leben, wo wir auch politisch aktiv waren.

Ja, und dann war die Perspektive, staatliche Fürsorge sich geben zu lassen und in den ‚Claimants Unions' mitzuarbeiten nur eine natürliche Konsequenz von der Anti-Arbeit-Ideologie unter diesen Genossen und Genossinnen.

Vom Alter her gesehen, waren schon auch ältere Typen in den Kollektiven, aber klar – es gibt da in England ähnliche Konflikte wie hier in Deutschland – im Großen und Ganzen stützen sich die Claimants Unions in der Mehrzahl auf jüngere Leute. Obwohl ja in bestimmten Gebieten Großbritanniens in den letzten Jahren auch viele Facharbeiter arbeitslos geworden waren, haben die selten kontinuierlich in Claimants Unions mitgearbeitet.

Wichtig ist, daß in England allerdings eh viele Leute mit sehr wenig Geld auskommen müssen und es vielleicht auch etwas besser geht als in Deutschland, weil Lebensmittel z. B. etwas billiger sind. Und dann ist auch wichtig, daß viele von den Leuten aus der Claimants-Bewegung in besetzten Häusern wohnen. Man muß dazu wissen, daß die Hausbesetzer-Bewegung (also ‚Haus' bedeutet meist ein kleines Reihen-Häuschen mit 2 Stockwerken) in Großbritannien sehr viel weiter verbreitet ist als in Deutschland, im allgemeinen auf Grund anderer rechtlicher und politischer Bedingungen sehr viel friedlicher abläuft und sich vor allem auch auf nicht-studentische Bevölkerungsschichten erstreckt. In London allein sind jetzt vielleicht 10 000 Häuser besetzt. Das war natürlich wichtig für die Claimants-Bewegung. Denn besetzte Häuser kosten ja keine Miete und so ist es natürlich einfacher mit der staatlichen Fürsorge auszukommen. Zum Beispiel hat auch fast jede Claimant Union ein eigenes Büro. Natürlich nicht gemietet, sondern in einem besetzten Haus. Das sind oft Häuser, die schon in städtischem Besitz sind und leer oder zum Verkauf dastehen. Insbesondere in Städten, in denen die Labour-Party (= am ehesten mit der deutschen SPD vergleichbar) in der Verwaltung saß, konnten sie die Leute aus den besetzten Häusern nicht so einfach rausschmeißen. Sie konnten sich das politisch schlecht leisten. Die Trostlosigkeit auf den Sozialämtern, die vielen Leute, die sehr wenig Geld zum Leben hatten – das war schon eine nationale Schande geworden. Da konnten es sich die Parteien nicht leisten, Fürsorge-Empfänger aus einem leerstehenden Haus rauszuschmeißen.

Ende der 60-iger Jahre hat ein angelernter Arbeiter durchschnittlich vielleicht netto 600,– DM verdient im Monat. Frauen verdienen auch in England sehr viel weniger. Wenn man staatliche Fürsorge beantragt hat, bekommt man zum einen jedenfalls die Miete bezahlt und noch etwa 5 Pfund in der Woche, das sind so 120,– bis 130,– DM im Monat. Für alleinstehende Genossen und Genossinnen ging das gerade. Da konnte man schon mit auskommen. Für diejenigen, die noch eine Familie hatten, war das natürlich viel schwieriger. Das oben Gesagte ist natürlich nur ein Grundbetrag und es gibt noch tausend Zusatzbestimmungen, aber problemlos und ohne eigenes Zutun haben auch die Leute mit Kindern usw. nicht wesentlich mehr Geld bekommen. Deswegen war die Claimants Union als ein wirklich effektives Mittel, mehr Geld aus den Arbeits- und vor allem aus den Sozialämtern herauszuholen, unheimlich wichtig gerade für diese Leute. Daher waren die Claimants Unions auch so erfolgreich, das heißt überall in England bildeten sich autonom ähnliche Kollektive wie das in Birmingham. Zunächst vor allem in London, ich glaube so etwa 30 in den einzelnen Stadtteilen, und um 1971 gab es schon mehr als 100 Claimants Unions in ganz Großbritannien. Es ist eine völlig inoffizielle Bewegung. Sie wurde niemals (etwa als ‚Gewerkschaft' im normalen Sinne des Wortes) anerkannt. Und dennoch stellten sie auf der Stadteilebene eine reale Macht dar, mit der sich die Behörden auseinandersetzen mußten.

Was machten die ‚Claimants Unions'

Eine der ersten Sachen, die die Claimants Unions gemacht haben, war: die Gesetze zu studieren. Es ist da in Großbritannien genauso wie in Deutschland: ein Wald von Paragraphen, Zusatzbestimmungen, Ausnahmen usw. . . . Und die Genossen haben die Gesetze so gut studiert, daß sie diese oft besser kannten als die Beamten, die in den Sozial- und Arbeitsämtern gearbeitet haben. Die konnten denen was vormachen, die wußten nichts mehr zu sagen.

Aber die Leute in den Claimants Unions machten nicht nur alle Bestimmungen ausfindig, auf Grund derer man Geld beanspruchen kann, – sie sammelten auch die Tricks und praktischen Erfahrungen, **wie** man das Geld auch wirklich rausholt, und – vor allem – sie organisierten gemeinsame Aktionen, um sich auch wirklich gegenüber den Behörden durchzusetzen. Wenn möglich, überlegten wir uns natürlich auch, wie man die Behörden bescheißen kann. Denn die Claimants Unions hatten nie so ein legalistisches Bewußtsein, daß wir **nur** das bekommen sollten, was ‚unser Recht sei'. Wir sind davon ausgegangen: wir müssen soviel Geld wie möglich kriegen, weil es eh immer noch wenig ist, weil wir es brauchen, um unser Leben etwas besser zu machen. Da war zum Beispiel die Sache mit dem Mietgeld: Oft haben ja die Leute in besetzten Häusern gewohnt, wo sie keine Miete zu bezahlen brauchten. Die haben sich dann noch wo anders angemeldet, in einem anderen Sozialamts-Bezirk, und haben dann auch noch Geld für Miete bekommen. So haben sie schon ein bißchen mehr rausgeholt. Das ging allerdings nur, weil zwischen den verschiednen Sozialämtern in einer großen Stadt wie z. B. London kein koordinierender Kontakt möglich war.

Oder die Sache mit dem Kleidergeld: Man kann – in der Regel – zweimal im Jahr Geld für Kleidung bekommen. Zuerst haben die Behörden dann jemanden nach Hause zu den Leuten geschickt um nachzusehen, ob diese auch wirklich neue Kleidung brauchen – ob der Betreffende also z. B. wirklich nur ein paar Schuhe hat oder soetwas. Da haben wir dann organisiert, daß die Wohnungen immer einfach leergeräumt wurden . . . Es hat dann sehr trostlos ausgesehen und die Leute von den Behörden konnten nichts dagegen sagen. Solche Aktionen sind oft gelaufen. Mit der Zeit haben die Typen von den Behörden die Nase voll gehabt und sie haben die Anträge dann gleich bewilligt.

Ein paar praktische Beispiele

In einer Claimants Union waren vielleicht ein Kern von 10 oder 20 aktiven Leuten, die haben Flugblätter geschrieben, sind auf die Sozialämter gegangen, haben dort ersteinmal den ganzen Tag mit anderen Leuten geredet. Das war der erste Schritt. Es ist auch wichtig, daß wir auch mit den Leuten, die dort auf den Sozialämtern waren, auch außerhalb der Sozialämter etwas zu tun hatten: wir lebten in denselben Stadtvierteln, man hat sich getroffen beim Einkaufen, in der Kneipe, sonstwo . . . es war halt nicht so getrennt voneinander. Es gab Möglichkeiten, Beziehungen außerhalb dieses einen Zusammenhangs (Sozialamt) zu entwickeln. Und auf dem Sozialamt stellte sich immer das gleiche Problem: die Beamten sagen: „ja; ja, Sie kriegen das und das und das" – aber das ist immer nur das Minimum! Und die Leute wußten einfach nicht, was sie noch alles kriegen konnten.

Da war z. B. eine Frau, die hatte noch kein Geld für das Kind bekommen. Es war Freitag. Sie hatte kein Geld mehr. Die im Sozialamt sagten: „Ja, ja, nächste Woche bekommen Sie Geld". Aber die Frau brauchte das Geld sofort, für's Wochenende. In so einem Fall zum Beispiel sind dann vielleicht 10 Leute von der Claimants Union mit der Frau aufs Sozialamt zurückgegangen. Dort haben vielleicht noch 50 andere Leute gesessen und auf irgend was gewartet. Die haben sich dann solidarisiert, denn sie haben ja die gleiche Erfahrung gemacht wie die Frau. Und so sind dann alle zusammen nochmal zu dem Typ ins Zimmer gegangen und haben das Geld gefordert. Und sie sind nicht eher weggegangen, bis sie das Geld hatten. In Bar ausgezahlt. Manchmal hat das bis 6 Uhr abends gedauert. Bei solchen Gelegenheiten kam es dann auch öfters zu Auseinandersetzungen. Die Genossen sind dann zum Teil über die Theke gesprungen und haben das Geld selbst gesucht (wenn der Beamte z. B. gesagt hatte, er habe keins da). Solche direkten Aktionen haben immer zu einen gewissen Erfolg geführt.

Es ist auch in England so, daß das Geld normalerweise nicht bar im Sozialamt, sondern durch Überweisung ausgezahlt wird. Aber natürlich hatten die auch Bargeld da, im Sozialamt, so daß so eine Aktion schon Erfolg haben konnte. Und wir wußten das. Es war dann einfach unsere Hartnäckigkeit, wir haben uns nicht einschüchtern lassen, sondern haben die Beamten eingeschüchtert. Wir ließen uns nicht mit komplizierten Rechtsbestimmungen totreden, sondern wir (oder einige von uns) wußten Bescheid und konnten dem Typ auf dem Amt noch was sagen. Die hatten natürlich auch unheimlich Schiss. Da ist öfters auch die Polizei geholt worden. Oft gab es Putz zwischen der Polizei und der Claimants Union, so auf lokaler Ebene, im Stadtviertel. Es lag eine ungeheure Betonung darauf, immer neue Taktiken und Aktionsformen zu entwickeln. Damit haben wir die auf den Ämtern immer wieder überrascht.

Die Möbelgeschichte von Hackney

Wer staatliche Fürsorge bekommt, hat auch Recht auf Möbelzuschläge. Normalerweise bekommen die Leute dann irgendwann mal 20 Pfund oder so, aber damit kann man wirklich überhaupt nichts kaufen. Da kriegt man höchstens gebrauchte Möbel, die schon verlaust sind, die zusammenfallen, wenn man sie scharf anguckt: also die kaum brauchbar sind. Dagegen haben wir dann in der Claimants Union was gemacht. Wir haben gesagt, die Leute, die Fürsorge beantragen, das sind keine Menschen 2. Klasse, die haben auch ein Anrecht auf anständige Möbel, und nicht nur die Scheiße, die man uns immer nur angeboten hat. Und da war eine Familie, in diesem Stadtteil von London, in Hackney, die hat auch mit der Claimants Union dort zusammengearbeitet. Die hatten ein ganzes Haus voll von so Scheiß-Möbeln bekommen. Und da haben wir dann ganz praktisch diskutiert, was können wir machen, um anständige Möbel zu kriegen. Der Vorschlag: wir nehmen den ganzen Scheiß auf einen Wagen, fahren ihn zum Sozialamt, schmeißen ihnen den ganzen Kram vor die Füße und lassen ihn da, bis sie uns das Geld geben, damit wir uns eigene, richtige Möbel kaufen können. Das wurde beschlossen:

Zuerst sind die Genossen von der Claimants Union und die Familie durch den Stadtteil gelaufen und haben eine kleine Demo gemacht. Das war eine interessante Sache. Die Leute auf der Straße haben geguckt. Sie haben zum Teil auch mitgemacht und sind der Prozession gefolgt zum Sozialamt. Und dort haben sie einfach die ganzen Möbel hingestellt, ins Büro selbst. Man muß sich das vorstellen: da sind so etwa 30 Leute hingekommen, mit alten Bettgestellen, kaputten Stühlen usw. und alles im Bürozimmer hingeschmissen, die Matrazen sind über die Theke geflogen usw. Die Typen da wußten überhaupt nicht, wie sie reagieren sollten. Das war eine wichtige Sache, daß sie so überrascht waren, sie wußten überhaupt nicht, wie sie sich ver halten sollten. Und am gleichen Tag noch hat die Familie 200 Pfund bekommen, das waren so etwa 1 200,– DM. Das war natürlich unheimlich viel Geld!!



Die Zusammenarbeit zwischen den Claimants Unions

Am Anfang gab es eine Auseinandersetzung über die organisatorische Form der Claimants Unions. Die Leute aus Birmingham wollten eine Art (nationaler) zentralistischer Organisation aufbauen. Die anderen Claimants Unions haben das aber abgelehnt. In den meisten Claimants Unions waren eher anarchistische Genossen oder solche aus der ‚libertären' Bewegung – und die hatten eine anti-zentralistische Tendenz gemeinsam. Wir haben uns dann für eine föderalistische Form der Organisation entschieden. Das heißt z. B. in London, da gab es etwa 30 Gruppen in den verschiedenen Stadtvierteln, die trafen sich dann etwa einmal im Monat in einer ‚all-London-Claimants-Union'-Versammlung, wo einzelne Vertreter hingingen, um Erfahrungen auszutauschen und politisch zu diskutieren. In anderen Städten oder Gebieten ist

das ähnlich organisiert und alle drei Monate etwa hat es dann ein nationales Treffen gegeben: ein Treffen der ‚Claimants Union Federation'. Und am Höhepunkt der Bewegung, etwa 1972, kamen dabei etwa 500 Leute aus allen Teilen Großbritanniens zusammen. Das waren nicht nur die Politmacher. Es war z. B. so, daß die einzelnen Gruppen sich einen Bus mieteten und die Leute damit zu dem nationalen Treffen hinfuhren. Die Orte, an denen man sich traf wechselten immer. Durchschnittlich kamen vielleicht so 100–200 Genossen zu diesen regelmäßigen Treffen. Dort wurden informell und auf Sitzungen Erfahrungen ausgetauscht, politische Fragen diskutiert, über die Perspektiven der Claimants Unions selbst diskutiert usw., usw . . .

Die Claimants Unions haben übrigens Mitgliederstrukturen, also sie sind nicht völlig informelle Aktions-Gruppen. Man muß Mitglied werden, muß auch einen Beitrag zahlen, natürlich einen sehr kleinen, denn keiner hat ja viel Geld, . . das braucht man für Büromaterial, für die Flugblätter usw. . In Bezug auf die Mitgliedschaft wurde also ein formeller Aspekt aufrechterhalten. Das war zum Teil auch ein Schutz gegen alle möglichen linken Gruppen und Grüppchen, die in die Claimants Union reinkommen und sie übernehmen wollten, ohne dort irgendeine praktische Basis zu haben. Klar – als die Claimants Unions sehr schnell zu einer richtigen Bewegung geworden waren, versuchten vor allem die Trotzkisten – die sind in England am stärksten – hier Fuß zu fassen. Aber letztendlich haben sie keinen Erfolg damit gehabt. Deswegen war Voraussetzung, um Mitglied zuwerden, Sozialhilfeempfänger zu sein, oder gewesen zu sein.

Jede Claimants Union gab in ihrem Stadtteil ihre kleine Zeitung heraus (die oftmals alle möglichen Themen aus dem Stadtteil aufgriff, sodaß zum Teil enge Verbindungen zu anderen Stadtteilinitiativen hergestellt wurden), sie veröffentlichten Flugblätter mit Informationen und über die nationale Föderation und auf regionaler Ebene fand ein ständiger Austausch von Erfahrungen statt, z. B. erfolgreiche Beispiele von anderen Claimants Unions oder ähnliches, die natürlich auch veröffentlicht wurden.

Später wurden dann viele dieser Erfahrungen und Kenntnisse in sogenannten ‚Handbüchern', also dicken Broschüren zusammengefaßt. Einzelne Claimants Unions übernahmen es, zentral zu bestimmten Bereichen solche Broschüren zusammenzustellen: da gab es eine für ‚alleinstehende Mütter', eine für ‚streikende Arbeiter' und andere. In ihnen waren dann sowohl politische Einschätzungen über die spezielle Situation, zum Beispiel über die Perspektive; wie man über die Sozialhilfe den Staat zum ‚größten Streikfond, den es je gab', machen kann; oder aber die Stellung und die Probleme, die Diskriminierungen usw. der alleinstehenden Mütter – usw. Zum anderen enthalten diese Broschüren immer sehr genaue und umfassende Darstellungen der rechtlichen Möglichkeiten, Geld und sonstige Unterstützung zu bekommen, und natürlich auch die Tricks, wie man besser und mehr Geld auch wirklich aus den Behörden rausleiern kann. In diese Broschüren gingen die ganzen praktischen Erfahrungen mit ein. Diese Methode, solche Broschüren herauszugeben, gibt es in England auch in Bezug auf andere Bereiche: so gibt es auch zum Beispiel ein ‚Hausbesetzer-Handbuch'. In dem sind auch politische Erfahrungen, rechtliche Hinweise, Tricks usw. bis hin zu ganz praktisch-technischen Anleitungen: wie man z. B. rausgerissene elektrische Leitungen wieder installiert oder wie man die Toiletten und die Wasserleitung wieder reparieren kann.

Die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Claimants Unions

Von Anfang an gab es innerhalb der Claimants Unions zwei Tendenzen: die einen wollten sich vorwiegend auf die rechtliche Beratung beschränken, die anderen wollten die Claimants Unions zu einem Teil einer viel breiteren politischen Bewegung machen.

Die zweite Tendenz hat dann etwa 1970 die Forderung nach einem ‚garantierten angemessenen Einkommen' (Guaranteed Adequate Income) aufgestellt. Das geschah in Anlehnung an die Forderungen, die die Gruppe ‚Potere Operaio' in Italien aufgestellt hatte. Es war der Versuch, eine Einheit zu formulieren zwischen den Bedürfnissen der Leute, die arbeiteten, und denen, die nicht arbeiteten. Auch war es eine klare inhaltliche Alternative zu der Forderung der Trotzkisten: nach Arbeit. Diese Forderung nach dem ‚garantierten angemessenen Einkommen' wurde zwar in das Programm der Claimants Unions aufgenommen, aber sie wurde doch niemals wirklich tragend für die praktische Politik, und es hat sich auch daraus keine wirkliche Kampagne entwickelt. Aber diese Diskussion kennzeichnet das zentrale Problem der Claimants Unions: nämlich das Verhältnis zu anderen Bewegungen und vor allem zu den Kämpfen der Arbeiter. In diesem Punkt kam es schließlich zu harten Auseinandersetzungen. (Ein Auszug aus einem Kritikpapier, das von einer Londoner Claimants Union 1974 geschrieben wurde, ist hier neben abgedruckt).

Es gab schon früher Ansätze, Verbindungen mit den Arbeitern in den Fabriken praktisch herzustellen. Das erste Mal war es, glaube ich, 1969. Man ging zu streikenden Arbeitern und informierte sie darüber, welche Möglichkeiten sie haben, staatliche Unterstützungsgelder zu bekommen. In diesem Zusammenhang wurde dann das ‚Handbuch für streikende Arbeiter' gemacht. Die Grundidee, die damals propagiert wurde, war: auch wer streikt, hat Anrecht auf staatliche Fürsorge, wenn er sonst kein Geld bekommt. Die Parole: Wenn Ihr streikt und kein Geld vom Arbeitgeber bekommt, könnt Ihr zum Staat gehen und die Gewerkschaftskasse sparen. Und die Gewerkschaften haben auch nicht, oder nur wenig gezahlt und der Staat ist so ‚zum größten Streikfond geworden, den es je gab'. Konkret ist das so gelaufen, daß die Arbeiter gemeinsam mit den Genossen von den Claimants Unions zum Sozialamt gegangen sind und das Geld rausgeholt haben.

Die Konservative Regierung hat dann versucht, das ‚social security'-Gesetz zu ändern, um das unmöglich zu machen. Die haben sich natürlich darüber geärgert, zumal viele Streiks ja auch gerade gegen die Konservative Regierung gerichtet waren. Aber die Gesetzes-Veränderung ist einfach nicht durchgegangen.

1972 war dann ein großer Bergarbeiterstreik. Hier wurden das erste Mal wirklich massenhaft diese Broschüren benutzt und es fand eine wirklich praktisch effektive Zusammenarbeit zwischen den streikenden Arbeitern und einzelnen Claimants Unions statt.

Das wurde dann fortgesetzt: kurz darauf war 1972 ein großer Bauarbeiter-Streik. Und obwohl das ein – räumlich – sehr weit verzweigter Streik war und es daher organisatorisch sehr schwierig war, wurden eine Reihe praktischer Verbindungen geschaffen. Dann kam der Hafenarbeiter-Streik, der Dockarbeiter-Streik von 1972 und dann – und das war sehr wichtig – der erste Streik an den Krankenhäusern. Gerade bei diesem Streik haben viele Ausländer, die dort stark als Arbeiter und unteres Krankenhauspersonal vertreten sind – Westinder, Spanier, Portugiesen, Philipinos, 80% sind Frauen u. a. – sehr eng mit den Claimants Unions zusammengearbeitet. Und ein Teil der offiziellen Gewerkschaften hat das gar nicht gerne gesehen, weil sie fürchteten, daß die Claimants Unions zu viel Einfluß erhalten.

Aber diese Streiksituationen waren die einzigen Momente, wo wirklich eine praktische Verbindung zwischen den Leuten aus den Claimants Unions und den Arbeitern in den Fabriken hergestellt wurde. Die Kontakte waren aber nicht stabil. Sie wurden nicht organisiert aufrechterhalten – wie auch? – und führten daher nicht zu einem permanenten Kontakt, höchstens auf privater, informeller Ebene.

Selbstkritik gegen die Anti-Arbeit-Ideologie

Aber ein anderes Ergebnis der praktischen Erfahrungen in dieser Zeit war, daß so langsam in der ganzen ‚libertären Bewegung' sich eine Selbstkritik gegen die ‚Anti-Arbeit-Ideologie' entwickelte. Wir haben gesehen, daß ein Teil unserer Ablehnung der Arbeit unverständlich war: es war der Teil, der darauf hinauslief: also wir brauchen ja eigentlich nicht zu arbeiten, wir können immer von staatlicher Unterstützung leben. 1969 war ein Papier geschrieben worden, mit der Parole "Fight to live", ‚kämpfe, um zu leben'. Das war unsere Antwort und Alternative zu der Gewerkschaftsforderung (und derjenige der KP und der Trotzkisten) nach dem ‚Recht auf Arbeit'. Die Politische Kritik an dieser Forderung, das war schon o.k. Aber die ganze ‚Anti-Arbeits-Ethik' in diesem Papier, das wurde permant auf den Treffen der Claimants Unions diskutiert. Gerade die Arbeitergenossen haben immer kritisiert, daß wir es uns da zu einfach gemacht hätten. Wir würden da an den realen Ansätzen von Kämpfen vorbeisehen, die in den Fabriken gegen die kapitalistische Arbeit laufen. Wir merkten halt mit der Zeit – und da war die Zusammenarbeit mit den streikenden Arbeitern 1971 bis 1973 eben sehr wichtig –; daß wir den Fehler gemacht hatten zu glauben, daß die echte, konsequente Form des Kampfes gegen die Arbeit bedeuten würde: nicht zu arbeiten. Das war aber eine Fehleinschätzung des Inhalts der Arbeiterbewegung: es geht darum, die Arbeit zu verändern: Kampf gegen die kapitalistische Arbeit.

Diese Debatte hatte insgesamt in Bezug auf die ‚libertäre Bewegung' noch einen anderen Aspekt: wir kritisierten, daß wir uns zu sehr auf die Unterdrückung von einzelnen Personen konzentriert hatten. Ausgangspunkt unserer Bewegung war, daß wir in der politischen Arbeit bei unserer eigenen Unterdrückung anfangen wollten. Das ist ja prinzipiell eine richtige Verbindung. Aber wir hatten daraus die falsche Gleichung abgeleitet: gut, wir sind jetzt Empfänger von staatlicher Fürsorge – also sind wir jetzt genauso unterdrückt wie andere, die auch von staatlicher Fürsorge leben. Oder: wir sind Frauen, wir sind genauso unterdrückt wie andere Frauen; oder: wir sind Hausbesetzer, uns geht es genauso wie anderen Obdachlosen usw. usw. Auf solchen Gleichungen aufbauend hatten wir gesagt: wenn wir mit der politischen Bewältigung unserer Probleme anfangen, dann werden wir schon eine Beziehung zu den anderen Leuten, denen es gleichermaßen wie uns geht, entwickeln. Gerade an den Erfahrungen in der Streikbewegung haben wir dann in einem wichtigen Punkt gemerkt, daß dies alles in dieser Form nicht stimmte. So war eben die ‚Anti-Arbeit-Ideologie' ein Produkt von uns gewesen und zumindest nicht die Haltung eines großen Teils der Arbeiter selbst – trotz bzw. gerade beim Kampf gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen.

In der Auseinandersetzung spielte auch die Frage der organisatorischen Struktur der Claimants Unions eine Rolle. Die einen sagten, die Claimants Unions müßten sich entsprechend ihres notwendig zu schaffenden inhaltlichen Verbindung mit anderen Kämpfen auch neue ‚weitergehende und formalisiertere' Organisationsformen schaffen. Sie müßten zu einer allgemeineren, politischen Organisation werden. Die anderen beharrten darauf, daß die Claimants Unions weiter selbstständig bestehen sollten, mit der Zeit würde sich schon aus den verschiedenen ‚autonomen' Bewegungen eine verbindende Organisation von allein ergeben. Etwa um 1972 kam es gerade in der Frage, zu immer härteren Auseinandersetzungen und im Ergebnis hat das dazu geführt, daß diejenigen Genossen und Genossinnen, die für neue Organisationsformen eintraten, mit der Zeit aus den Claimants Unions ausgetreten sind. Viele von ihnen sind dann in die Betriebe gegangen, sie haben sich teilweise in Big Flame organisiert oder in Stadtteilgruppen, Betriebsgruppen usw.

Aber sie haben natürlich keine neue ‚allgemein-politische Organisation' gegründet. Hinter dieser Forderung stand vielmehr das politische Unbehagen an der immer deutlicheren Beschränkung der Alltagsaktivitäten der Claimants Unions, an der mangelnden oder unklaren politischen Perspektive, und mit dem Zerbröckeln der ‚Anti-Arbeit-Ideologie' tauchte natürlich die Idee auf, in die Betriebe arbeiten zu gehen, weil nur dort der Kampf gegen die kapitalistische Arbeit geführt werden muß und da auch schon längst geführt wird. Und so sind viele Genossen, die während der Steikphase Kontakte mit Arbeitern geknüpft hatten, aus den Claimants Unions rausgegangen und gehen heute in der Fabrik arbeiten. So ist heute in England ein allerdings völlig informelles Informationsnetz von Betriebsgruppen entstanden.

Bei diesem Abflauen der Claimants-Union-Bewegung ab 1973/74 spielt natürlich auch eine Rolle, daß sowohl die Behörden mit der Zeit lernten, ‚besser' in ihrem Sinne zu reagieren, und daß natürlich auch eine allgemeine Repression einsetzte: es gab viele Geldstrafen, Gefängnisstrafen (normalerweise mit Bewährung), ständig kurze Verhaftungen . . also die ständigen Auseinandersetzungen mit der Polizei sind schon ein Problem gewesen. Bestimmte Claimants Unions, deren aktiver Kern meist nur aus höchstens 20 Leuten bestand, wurden durch diese Repressionen mit der Zeit praktisch kaputt gemacht, und zwar gerade die aktivsten. Aber das darf man nicht verallgemeinern und die Repressionen waren auch nicht der Hauptgrund. Dieser war schon das politische Problem: bei der Streikbewegung bis 1973 war eine politische Dimension in die Bewegung hineingekommen, die auf der Basis und Beschränkung der Claimants Unions nicht aufrechterhalten werden konnte, die aber andererseits die Alltagspraxis der Claimants Unions noch deutlicher als ein Dienstleistungsverhältnis offenbarte, das auch langfristig nicht aufgehoben werden konnte.

So blieben nur diejenigen Genossen und Genossinnen in den Claimants Unions, denen diese Beschränkung auf rechtliche Beratung nichts aus macht bzw. die das richtig finden.

Man muß übrigens dazu sagen, daß in England anders als Deutschland ‚Arbeitslosigkeit' nicht erst seit einem Jahr ein Problem ist; daß daher auch nicht vor einem Jahr so ein Schock wie hier eingesetzt hat; daß es auch sehr große regionale Unterschiede gibt: in Gegenden wie Schottland z. B. herrscht schon jahrelang große ‚strukturelle Arbeitslosigkeit', (bis zu 10 %) während in London und auch im ganzen Südosten Englands auch heute noch relativ leicht irgendeine Arbeit zu finden ist, so sucht z. B. Ford in Dagenham ständig neue Arbeiter und bekommt nicht genug.

Die Veränderung der Claimants Unions auf die stärkere Betonung und Beschränkung auf rechtliche Beratung wird sich hier anpassen. Früher waren die Claimants Unions vor allem dort stark, wo auch die ‚libertäre Bewegung' stark war. Jetzt findet eine Verschiebung statt, in Richtung auf eine stärkere Betonung der Probleme, die mit der strukturellen Arbeitslosigkeit verbunden sind. Und auf dieser neuen inhaltlichen Ebene scheinen die Claimants Unions in der letzten Zeit auch wieder anzuwachsen.

Obwohl also gerade die Genossen(innen) ausgetreten sind, die gerade das Aktionsmoment früher sehr stark mitgetragen haben, machen die Claimants Unions natürlich auch heute noch manchmal Aktionen, soweit sie zur Durchsetzung bestimmter Forderungen sinnvoll sind; das widerspricht nicht der vorwiegend ‚rechtlichen Tendenz'. Aber der ganze Zusammenhang von ‚Zusammenwohnen, Zusammenleben, Zusammenkämpfen' und die bewußte politische Dimension ist heute in den Claimants Unions nicht mehr so stark wie früher. Alles ist viel arbeitsteiliger, viel institutionalisierter.

Aus dem Handbuch der C.U. für alleinstehende Mütter:


Als ich klein war, ging ich zur Schule und dachte, dies sei das Gefängnis.


Als ich dann die Schule verließ und zur Arbeit mußte, war ich mir ganz sicher, daß dies das Gefängnis war.

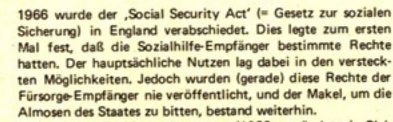

Ich hörte auf zu arbeiten, um zu heiraten - da wurde ich ganz verwirrt da ich geglaubt hatte, daß mich dies aus dem Gefängnis bringen würde.


Dann verließ mich mein Ehemann und ich ging zur Sozialfürsorge und in ein Obdachlosenheim - dies sagt genug darüber aus, daß dies ein Gefängnis sein mußte !


Ich hatte nicht genug zum Leben ; deshalb fing ich irgendwann an zu klauen.

DA HABEN SIE MICH INS GEFÄNGNIS GE-- STECKT. UND JETZT WEISS ICH GENUG VOM LEBEN: ES GEHT IMMER VON EINEM GEFÄNGNIS INS ANDERE ! ! !




1966 wurde der ‚Social Security Act' (= Gesetz zur sozialen Sicherung) in England verabschiedet. Dies legte zum ersten Mal fest, daß die Sozialhilfe-Empfänger bestimmte Rechte hatten. Der hauptsächliche Nutzen lag dabei in den versteckten Möglichkeiten. Jedoch wurden (gerade) diese Rechte der Fürsorge-Empfänger nie veröffentlicht, und der Makel, um die Almosen des Staates zu bitten, bestand weiterhin.

Die Idee, die hinter der ersten (1966 gegründeten) ‚Claimants Union' in Birmingham stand, war: für die Rechte der Fürsorge-Empfänger unter diesem Gesetz zu kämpfen, sie frei zu machen von dem Gedanken, selbst an ihrer Arbeitslogiskeit schuld zu sein oder daran, daß sie von der Sozialhilfe leben mußten zu zeigen, daß es nicht die Schuld des Sozialhilfe-Empfängers, sondern die des Kapitals ist – und auch, daß die Fürsorge-Empfänger nicht dankbar sein sollten für die mageren Almosen, die der Staat ihnen gab, sondern gemeinsam mehr fordern.

Von Anfang an wurde den Agenturen der sozialen Kontrolle, Sozialarbeitern und Wohlfahrts-Organisationen das Recht bestritten, irgendeine Rolle in den Claimants Unions zu spielen, weil dies die Kraft der Fürsorge-Empfänger, ihren eigenen Kampf zu kämpfen, unterhöhlen würde und nur dazu dienen würde, sie weiterhin von der allgemeinen Mildtätigkeit abhängig zu halten und als Bürde der Gesellschaft zu betrachten.

Ganz am Anfang war die ‚Claimants Union' in Birmingham ziemlich bürokratisch organisiert: sie besaß ein Komitee und eine zentralistische Struktur und sie versuchte, von den Gewerkschaften offiziell anerkannt zu werden und mit der lokalen Gewerkschaftsleitung auszukommen. Nach einem ersten Zögern reagierten die Sozialbehörden ganz freundlich gegenüber der ‚Claimants Union' und dachten, daß es von Vorteil wäre, wenn die Fürsorge-Empfänger gut organisiert wären und eine offizielle Vertretung besäßen, mit der man über ihre Köpfe hinweg verhandeln könnte. Und es fanden auch mehrere Treffen zwischen der ‚Claimants Union' und den Behörden und den Gewerkschaften statt. Die Claimant Union hatte jedoch ein jähes Erwachen, als sie nach kurzer Zeit feststellen mußte, daß die lokale Gewerkschaftsleitung nicht dazu bereit war, auf ihre Forderungen und Beschwerden zu hören. Von da an stand jede Verbindung mit der Labour Party oder der lokalen Gewerkschaftsleitung für die Claimant Union außer Frage und ihre Taktik wurde aggressiver.

Die Widersprüche innerhalb der ‚Claimants'-Bewegung waren schon in ihren Anfängen angelegt: denn obwohl die Claimants Unions entstanden war als !kämpferische politische Organisation , die ihrer eigenen Vorstellung nach antikapitalistisch war, bezog sich ihre Praxis auf ein existierendes Ausbeutungssystem und einen Wohlfahrtsstaat, und sie basierte darauf, die Fürsorge-Empfänger bei den Behörden zu vertreten und etwas mehr Geld für sie herauszuschlagen, ferner ihnen Ratschläge zu geben und sie über ihre Rechte zu informieren. Dieser reformistische Aspekt der Gruppen lief darauf hinaus, von jeder langfristiger Perspektive abzulenken – ebenso der Gedanke der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung, wenn er von einer langfristigen politischen Perspektive getrennt ist und den Klassenkampf nicht miteinschließt, der Regierung und den Agenturen der Sozialarbeit paßt, solange er die Leute ruhig hält und ihre eigene Ausbeutung unterstützt. Wir sehen das bei der Einführung der Modelle von Arbeitermitbestimmung, bei denen tatsächlich die Arbeiter an ihrer eigenen Ausbeutung beteiligt sind, und bei den Modellen von kommunaler Mitverwaltung und Selbsthilfeprojekten.

Aus einem Papier einer Londoner Claimants Union

Zur politischen Diskussion innerhalb der Claimants Union

Die Arbeitslosengruppe von '71 diskutierte die Entwicklung von autonomen Massenkämpfen mit der Claimants Union als Basis. Allerdings wurden diese Diskussionen nicht vermasst und viele Claimants Unions wurden so nicht in die Diskussion einbezogen. Zum anderen gab es aber auch keinen politischen Konsens, von dem man hätte ausgehen können. Die tatsächliche Praxis erschöpfte sich darin, mehr Geld für die einzelnen Mitglieder zu beschaffen. So konnte man sich auf die Arbeitslosen, anders als eine Art Wohlfahrtsorganisation,

die mehr A-Geld beschafft, kaum beziehen. Wo Claimants Unions darüber hinauskamen, zum Beipiel in Southend, wo eine Fabrik und das Arbeitsamt besetzt wurden, um einen Job mit niedriger Steuer zu kriegen und um die Frauen auch von der Sozialhilfe unterstützen zu lassen, blieb es eine einmalige Aktion. Es gab sporadische Kampagnen gegen das Vier-Wochen-Gesetz, gegen den Lohnstop, die aber meistens begrenzt bleiben mußten, weil sie sich nur in Aktionen im Arbeitsamt oder in Appellen erschöpften und keine Aktionen am Arbeitsplatz einschlossen. Darüberhinaus verhindert das die Klausel gegen Arbeitsunterbrechungen im Sozialhilfegesetz. Einige Claimants Unions verteilten Flugblätter mit einer Analyse der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit der Gewerkschaften, den Ausbeutungscharakter von Lohnarbeit, und wie man Arbeitsplätze erkämpfen kann. Das wurde aber nicht weiterentwickelt und letztlich war die Antwort darauf die, eben in den Claimants Unions gegen das Sozialhilfesystem zu kämpfen und es wurden keine Möglichkeiten des Kampfes eröffnet, die über Aktionen gegen die Arbeitsäm ter hinausgehen.

Außerdem bestand die Basis der meisten Claimants Unions in Rentnern, alleinstehenden Müttern und Invaliden und es gelang nie tatsächlich eine Verbindung zu den Arbeitslosen herzustellen. Wir waren alle zusammengewürfelt ohne zu verstehen, unsere spezifische Ausbeutung im Kapitalismus miteinander zu verbinden. Die gemeinsame Basis war, als Sozialhilfeempfänger gegen den Staat mit seinem Sozialhilfesystem zu rebellieren, aber die Verbindung zwischen denen, die langfristig vom Sozialhilfesystem betroffen sind und den nur kurzfristig betroffenen Arbeitslosen konnte nie hergestellt werden. Das hätte genau eine Orientierung an einer politischen Strategie gegen die Lohnarbeit bedeutet. Die Antwort, die einige von uns an die Arbeiter hatten war dann, hör auf zu arbeiten, du kannst ja von der Sozialhilfe leben. Abgesehen davon, daß das natürlich langfristig nicht geht, ist das genau nicht der Weg, den Kampf gegen die Lohnarbeit voranzutreiben.

GAI (Guaranteed Adequate Income, etwa: garantiertes angemessenes Einkommen)

Die Forderung wurde aufgestellt und diskutiert von der Arbeitslosengruppe, trotzdem war nicht klar, was diese Forderung gegenwärtig bedeutet. Diskutiert wurde, inwieweit eine solche Forderung in den Kapitalismus integrierbar ist, wie in den USA, Italien oder Kanada, wo sie als ein Minimaleinkommen für Arbeitslose aufgefangen wurde (nämlich: was bedeutet garantierte Bezahlung angesichts der 3-Tage-Woche), inwieweit kann eine Forderung nach GAI eine revolutionäre Forderung im Kampf gegen die Lohnarbeit sein.

Früher wurde GAI ziemlich ökonomistisch diskutiert – nämlich wieviel müssen wir fordern, sind 10 Pfund genug, soll GAI nach den Lebenshaltungskosten berechnet werden, sollen Kinder GAI bekommen usw., eben weil die Hauptsache für viele Claimants Unions erstmal war, mehr Butter aufs Brot zu kriegen.

Schon 1970 wurde im Federation Journal die Forderung nach einem Minimallohn für Arbeiter und Arbeitslose, der den Bedürfnissen gerecht wird, aufgestellt. Das wurde aber nie als Perspektive entwickelt und das sollte die Kampagne für das garantierte Einkommen leisten.

Die Perspektive der Kampagne lag gerade darin, daß auch diese Forderung alle Arbeiter vereinigt, soll heißen: auch die Arbeitslosen, wie es früher lie Forderung „Recht auf Arbeit" nicht leisten konnte. Damit wurde die Entwicklung der Claimants Unions berücksichtigt, die sich auf die Verweigerung von Arbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, zur Produktion von Mehrwert, gegründet hatten. Der Unterschied zur Forderung nach Recht auf Arbeit zeigt sich gerade in der Situation von Arbeitslosigkeit und Entlassungen in der Forderung nach Lohn, egal ob wir beschäftigt sind oder nicht bzw. Fortzahlung des gleichen Lohnes bei Kurzarbeit.

Die Forderung war genauso wichtig für alleinstehende Mütter, deren Arbeit der Kindererziehung gesellschaftlichen Wert hat, der anerkannt werden muß. Sie greift außerdem die bürgerliche Familienstruktur an, wenn die Frau nämlich ein eigenes Einkommen besitzt und der Mann nicht mehr zur Arbeit gezwungen ist, um seine Familie zu ernähren. Ein GAI wurde sich eben auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, nicht auf die des Kapitals beziehen, revolutionär ist die Forderung, weil sie das Recht der herrschenden Klasse auf Ausbeutung in Frage stellt.

Das waren die Thesen damals und diese Forderung sollte von den Sozialhilfeempfängern als einer



Klasse in andere Schichten getragen werden und so mit ihnen eine Front schaffen und so die Einheit der ganzen Arbeiterklasse herstellen.

Das war der Punkt, wo die Kampagne auf den Bauch fiel, als nämlich nur noch die grandiose Idee von der einigen Arbeiterklasse übrigblieb, statt sich an den antikapitalistischen Kämpfen zu orientieren, wo diese Forderung teilweise längst gestellt war oder wo sie entwickelt werden konnte. „Garantiertes Einkommen" wurde schon als Blankoscheck auf eine neue Gesellschaft gesehen, statt eine Richtung des revolutionären Kampfes anzugeben.

Das schuf ein ziemliches Durcheinander in den Claimants Unions, manche verbanden das schon mit der Idee einer Gesellschaft, in der niemand mehr zu arbeiten braucht, parallel zu einem Mythos der raschen Entwicklung der Automatisierung, die endlich sämtliche Arbeit durch Maschinen leistet. Das richtete sich dann nur noch gegen die Arbeit und nicht mehr gegen die Lohnarbeit. Andere sahen dann gleich die Möglichkeit zum Rückzug auf Landkommunen u. a. m.

Auszug aus einem Papier einer Londoner Claimants Union



Dieses Flugblatt wurde auf der u. a. von DGB und GEW organisierten Demonstration gegen die Jugend-Arbeitslosigkeit und gegen die Nichteinstellung der Lehrer verteilt. Diese Demonstration fand am 22.2.75 in Frankfurt statt und es kamen etwa 6 000 Leute.

Wir sind arbeitslose Jugendliche aus Bockenheim, und haben uns zusammengeschlossen, um etwas gegen unsere beschissene Lage zu unternehmen. Wir haben uns gegenseitig geholfen beim Ausfüllen der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe, sind gemeinsam auf die zuständigen Ämter gegangen, um uns gegenseitig vor dem Terror der Bürokraten zu schützen. Erfolg: Wir haben unser Geld gekriegt, ohne von Pontius zu Pilatus gejagt zu werden, (. . bin nicht zuständig, gehen sie Zimmer . . blah, blah. –.) und wir werden dafür sorgen, daß es so bleibt. Wir haben allerdings sehr schnell gemerkt, daß uns diese Sachen allein nicht weiterhelfen. Das Geld reicht nicht hinten und vorne, wir hängen den ganzen Tag rum, wissen nicht wie wir die Zeit rumbringen sollen. Kurz die Lage ist beschissen! Wie das aussieht, kann man täglich in der Zeitung lesen: Steigende Kriminalität (+ 60 %), Einbrüche, Schlägereien im Suff, Vergewaltigungen, immer mehr Selbstmorde usw.

Vom Staat haben wir keinerlei Verbesserungen unserer Situation zu erwarten, da Staat und Industriebonzen nur an ihrem Profit interessiert sind, was aus uns wird ist ihnen wurscht. Wer dagegen was macht, kommt in den Knast, es sind ja genug da.

Deshalb haben wir zur Selbsthilfe gegriffen. Wir haben ein Arbeitskollektiv angefangen, das Entrümpelungen, Kleintransporte u. ä. macht. Dadurch sind wir in der Lage, unsere Zeit sinnvoll zu gestalten und kollektives Arbeiten zu lernen. Außerdem ist das für uns eine Möglichkeit, Geld ranzuschaffen, um die weitere Arbeit der Gruppe zu finanzieren, und weitere Kollektive zu bilden.

WIR RUFEN ALLE ARBEITSLOSEN AUF, SICH IN IHREN STADTTEILEN ZUSAMMENZUSCHLIESSEN UND SICH GEGENSEITIG ZU HELFEN!

BESORGT UNS ANTRÄGE, UM UNSERE ARBEIT ZU UNTERSTÜTZEN.

SPENDET AUF DAS KONTO DER ARBEITSLOSEN-SELBSTHILFE BOCKENHEIM!

Frankfurter Sparkasse von 1822
L. Budenz 305–35835

Arbeitslosen Selbst Hilfe
Frankfurt-Bockenheim

Seit 1973 befindet sich Dänemark in einer tiefen ökonomischen Krise – die Grenzen der „gemischten Ökonomie" scheinen erreicht. Äußere Anzeichen dieser Krise sind die hohe Inflationsrate (z. Zt. 16 %), die seit Sommer 1974 stark zunehmende Arbeitslosigkeit, die im Januar 1975 die 14 % überschritt, die schnell wechselnden Regierungskonstellationen (vorzeitige Neuwahlen Dezember 1974, vorzeitige Neuwahlen Januar 1975 mit dem sich daran anschließenden Zirkus der verschiedenen Versuche von Regierungsbildungen) mit ihren Varianten von Sparplänen und „Ganzheitslösungen" (damit wird eine Institutionalisierung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital zwecks Sicherung einer „angemessenen" Profitrate gemeint), Aufstieg der Glistrup-Partei und der Wiedereinzug der dänischen KP (DKP) und der Linkssozialisten (VS) ins dänische Parlament, das Folketing.

Die dänische Arbeiterklasse, die noch im Mai 1974 auf die Kürzung von Sozialleistungen und Erhöhungen von indirekten Steuern mit mehrtägigen spontanen Massenstreiks antwortete, an denen nahezu 300 000 Kollegen teilnahmen, resignierte im Verlauf der zunehmenden Arbeitslosigkeit mehr und mehr. Die Aktion der Uniprint-Arbeiter scheint der erste Anstoß zur Überwindung dieser Resignation zu sein.

Fabrikbesetzung bei Uniprint A/S

Mitte Januar, als die Arbeitslosigkeit vorläufig kulminierte, beschloß der Winther-Konzern, einer der größten Verlage mit Zweigfirmen in Schweden, Norwegen, Finnland, England und der BRD (IH-Verlag GmbH), die ihm einverleibte Druckerei Uniprint A/S zu schließen. Die Druckarbeiten sollten wegen angeblicher Unrentabilität in Schweden weitergeführt werden.

Für die 70-köpfige Belegschaft von Uniprint A/2 durch Vermauschelung innerhalb der Konzernkette so hingedreht hatte, daß sich für Uniprint A/S ein Defizit ergab. Somit hatte die Konzernleitung einen Vorwand für die profitablere Produktionsverlegung nach Schweden. Bei genauerer Untersuchung bestätigte sich diese Annahme der Uniprint-Belegschaft und sie stellte die Forderung nach Weiterführung der Produktion ohne Entlassungen auf. Diese Forderung wies der Winther-Konzern zurück und nach vergeblichen Vermittlungsversuchen von Seiten der Gewerkschaft, schritten die Uniprint-Arbeiter zur Aktion: am 29.1. wird die Druckerei Uniprint A/S besetzt – Dänemarks erste Fabrikbesetzung.

„I DAG UNIPRINT – I MORGEN DIG" (Heute Uniprint – morgen du)

Nachdem die Uniprint-Belegschaft über den Internationalen Graphischen Verband erreicht hatten, daß Druckarbeiten für den Winther-Konzern von organisierten Arbeitern weder in Dänemark noch im Ausland ausgeführt werden, riefen sie in zahlreichen Veranstaltungen unter dem Motto „Heute Uniprint – morgen du" eine breite Solidaritätsbewegung ins Leben. Überall In Dänemark entstanden Solidaritätskomitees, die über die Aktion der Uniprint-Arbeiter aufklären und Geld einsammeln, da die Uniprint-Arbeiter wegen „selbst verschuldeter Arbeitslosigkeit" keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Diese Solidaritätswelle ermunterte die Arbeiter bei Uniprint: Sie fordern nicht mehr nur Weiterführung der Produktion ohne Entlassungen, sondern auch weitgehende Kontrolle über die Produktion.

Polizeieinsatz bei Uniprint

Am 18.2. morgens wurde die Druckerei Uniprint A/S auf Verlangen des Winther-Konzerns von der Polizei geräumt. Die Belegschaft war darauf vorbereitet: eine ständige Überwachung der Druckerei wurde organisiert und ein ständiger Versammlungsraum gemietet – die Aktion ging und geht weiter! Die Solidaritätsarbeit wird verstärkt fortgesetzt und die Zeitungen munkeln über die ersten finanziellen Schwierigkeiten beim Winther-Konzern.

„Uniprint viser vejen"

– Uniprint zeigt den Weg – eine weitere Parole der Solidaritätsbewegung – scheint bereits Auswirkungen zu haben: am 21.2. traten 64 Schmiede bei der Kühlfabrik Ths. Sabroe ØB in Aarhus aus Protest gegen die Wiedereinführung des MTM-Systems in einen wilden Streik. Da Streiks während der Laufzeit eines Tarifvertrages in Dänemark mit empfindlichem Bußgeld für die Arbeiter belegt werden, haben die Schmiede Solidaritäts-10-Kronen-Scheine gedruckt, um die Spendensammlung anzukurbeln.

Schickt Solidaritätsadressen und Spenden für die Uniprint-Arbeiter:

Uniprintindsmlingen
Dunfelts Alle 31
DK-2900 Hellerup

Sanierung in Kreuzberg – für wen

Berlin (ID) Nr. 67
13. Februar

Wenn es nach den Plänen der Bewoge (Berliner WohnungsbauGesellschaft) geht, wird die Hausgemeinschaft in der Waldemarstr. 81 in Kreuzberg das Haus zum 28.2.75 räumen. Seit über 2 Jahren wohnen hier Erwachsene und Kinder zusammen. Anfangs war es die gemeinsame Kindererziehung, die die damals 14 Erwachsenen und 6 Kinder auf die Idee brachte, in ein Haus zu ziehen. Inzwischen sind zu der gemeinsamen Kindererziehung, es wohnen zur Zeit 5 Kinder hier, andere Probleme dazugekommen, wie Aufnahme von Haftentlassenen, Krankenbetreuung, der gemeinsame Versuch, Beziehungsprobleme anzugehen.

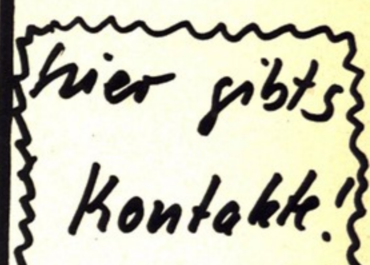
Die räumlichen Bedingungen sind sehr gut, da neben 21 einzelnen Zimmern große Gemeinschaftsräume zur Verfügung stehen, wir haben Zentralheizung, Duschen, 1 Bad und eine große Gemeinschaftsküche, ein solches Haus in Berlin zu dem relativ günstigen Preis noch einmal zu finden ist unmöglich.

Die Bewoge ist daran interessiert, möglichst viel Profit aus der Sanierung herauszuholen. Deshalb kaufte sie ganze Straßenzüge in den Sanierungsgebieten rechtzeitig auf. An der Sanierung läßt sich auf verschiedene Weise verdienen: der Senat finanziert den Abriß der Häuser, Neubauten und beteiligt sich an Renovierungskosten. Die hohen, für die meisten jetzigen Kreuzberger unbezahlbaren Mieten streicht die Bewoge ein, wobei die entstandenen Unkosten bald wieder raus sind. Abgesehen von einigen „hartnäckigen" Fällen gelingt es der Bewoge sehr leicht, die Bewohner de;im Sanierungsgebiet liegenden Häuser umzusiedeln. Immer in Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsstellen. Das verwundert nicht, wenn man die Personalunion zwischen den beiden kennt.

Legitimationen für die Räumung der Häuser werden immer wieder erfolgreich geschaffen – das vorantreiben des Zerfalls der Häuser über Jahre hinweg, indem nur die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten und oft nicht mal diese geleistet werden; Überbesetzung der Häuser, vor allem mit Ausländern, die oft keinen Mietvertrag erhalten und dann nach „Bedarf" rausgeschmissen werden. Es ließen sich noch weitere Beispiele schildern, wie hier vorgegangen wird. Entscheidend ist für uns aber, was können wir tun. Klar ist, daß BeWoGe und Senat nicht die Interessen der Leute berücksichtigen, für die sie angeblich sanieren. Also müssen wir für unsere Interessen selber eintreten und für ihre Durchsetzung kämpfen. Diese sind kurz zu formulieren, wir wollen in unserem Haus bleiben und wir wollen unser Wissen über die Rechte der Bevölkerung in Mietsachen weitergeben. Bewohner Kreuzbergs, die ihre Interessen gegen die Sanierungsgesellschaften und den Senat durchsetzen wollen, werden von uns untersützt, soweit es in unseren Kräften liegt.

Unsere Aktivitäten haben sich lange Zeit auf Verhandlungen mit den Senats- und Bezirktsamtsstellen, und der BeWoGe beschränkt; seit einiger Zeit arbeiten wir mit verschiedenen Leuten zusammen, die jetzt oder demnächst selbst von den Sanierungsmaßnahmen betroffen sind. Wir treffen uns regelmäßig in der Waldemarstr., um gemeinsame Aktionen zu beraten. Zur Zeit gehen wir mit einer zusammen erstellten Zeitung zu den Leuten, die in Häusern wohnen, die im Freimachungsraum 1975 liegen.

Kontakt über Info-bug, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60



Übrigens gibt es in Osnabrück ein besetztes Haus, das von den Bullen nicht geräumt wird. Das liegt sicherlich auch daran, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Leute dort sehr gut ist. Trotz Totschweigens seitens der örtlichen Presse wird die Bevölkerung informiert: Informationen in Schulen, Vereinen und was es sonst noch gibt und – ziemlich interessant – Veranstaltung in einem **Altersheim**, was die Leute sehr aufgebracht hat, gegen die Sanierungspolitik der Stadt. Schreibt den Genossen 'mal oder geht hin.

INITIATIVGRUPPE STADTSANIERUNG, 46 OSNABRÜCK WEISSENBURGSTRASSE 7

Die POLITIK des MIR in CHILE – revolutionäre Erfahrungen mit dem Reformismus

I.

Für die Entwicklung des MIR aus der chil. Studentenbewegung waren drei Faktoren entscheidend:
1. Die Wahlniederlage Allendes 1964, dd. h. ein Scheitern des reformistischen Weges zum Sozialismus.
2. Die erfolgreiche Revolution in Cuba und ihre Theoretisierung in der Focustheorie von Debray und Che Guevara.
3. Ein Aufschwung der Studentenbewegung, der u. a. bedingt war durch die zunehmende Dequalifizierung der Intellektuellen: der antiimperialistische Kampf der Studenten entwickelte sich zum antikapitalistischen Kampf weiter.





Nach der Wahlniederlage Allendes 1964 kam unter der Linken eine verstärkte Diskussion strategischer Fragen auf. Die parlamentarische Perspektive schien erfolglos. Vor allem der Sieg der cubanischen Revolution brachte eine neue Perspektive in die Diskussion der Linken: Die Perspektive des siegreichen bewaffneten Kampfes, die aufgrund der drohenden Übermacht des nordamerikanischen Imperialismus lange Zeit verschüttet schien. Es entwickelten sich verschiedene Diskussionsgruppen, vor allem in den Universitätsstädten Santiago und Concepcion, die die neue Strategiedebatte begannen. Als eine solche Gruppe bildete sich der MIR. Er setzte sich aus Genossen verschiedener Fraktionen der SP und kleinerer linker Organisationen zusammen sowie aus unorganisierten Genossen. Der größte Teil der Mitglieder der neuen Gruppe brachte also schon politische Erfahrungen mit ein.

Innerhalb der chil. Studentenbewegung konnte sich der MIR in den folgenden Jahren als politische Kraft entwickeln, hauptsächlich mit dem Aufschwung der Studentenbewegung in Concepcion (von dort stammen auch die heutigen Führungskader). Der materielle Hintergrund für die Ausbreitung der Studentenbewegung bildete die drohende Arbeitslosigkeit unter Studenten aufgrund der Frei'schen Wirtschaftspolitik (Dequalifizierung der Intellektuellen, akademisches „Proletariat". Der anti-imperialistische Kampf der Studentenbewegung, der sich an der militärischen Intervention der USA in Vietnam und in Santo Domingo entzündete, mußte in einem Land wie Chile, dessen kapitalistisches System eng mit der imperialistischen Herrschaft verflochten ist, notwendig einen anti-kapitalistischen Charakter annehmen.

Nachdem der MIR zu einer politischen Kraft an den Universtitäten geworden war und einen Stamm von Kadern herausgebildet hatte, gab er es als seine Aufgabe an, das studentische Ghetto zu verlassen und in anderen Bereichen zu intervenieren. Trotzdem hatte der MIR die Universität als ein Kampffeld nie verlassen und nie unterschätzt. Der MIR betrachtet die Studenten als gesellschaftliche Schicht, die es zu gewinnen, nicht etwa zu neutralisieren gilt. „Die Frage bei den Studenten ist nicht so sehr, daß sie nicht durchblicken – dazu haben sie an der Universität genügend Zeit, alle Ideologen der Gesellschaft zu begutachten –, sondern daß sie aus ihren Erkenntnissen auch praktische, persönliche Konsequenzen ziehen –" so der MIR.

Zu dieser Zeit (1967) kam es im ganzen Land zu einem Aufschwung der Massenbewegung. Die Genossen des MIR machten Agitation unter den Arbeitern der Klein- und Mittelbetriebe, die nur schwach gewerkschaftlich organisiert waren und nicht von der KP hegemonisiert wurden. Dabei kam es – wie auch an der Universität – immer wieder zu Konfrontationen mit den Bullen, denen der MIR im Gegensatz zur traditionellen Linken nicht aus dem Weg ging. Diese kämpferische Komponente war also von vornherein Bestandteil der Politik des MIR, man wußte, der MIR führt reale Auseinandersetzungen, dafür war er im ganzen Land bekannt, damit wurde er identifiziert und hatte Sympathien. Es ging dem MIR vor allem darum, die Massenbewegung zu entwickeln und neue Kampfformen zu propagieren, es ging um die militante Durchsetzung von Masseninteressen.

Der MIR wurde zu dieser Zeit stark von der revol. Entwicklung Kubas und der Landguerilla Che Guevaras beeinflußt. Dieser Einfluß bedeutete, bestimmte Elemente der Fucustheorie anzunehmen, die von Che und Debray als militärisches Modell des revolutionären bewaffneten Kampfes für ganz Lateinamerika formuliert und praktiziert wurde. Allerdings scheint es sicher, daß der MIR nie dem entscheidenden Fehler der Focustheorie „verfallen" war, nämlich der These, daß sich die politische Avantgarde aus dem militärischen Kampf ergebe. In Chile verbreitete sich die Guerilla im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern nie in bedeutsamen Maße. Der MIR selbst stützte seine Arbeit stets auf das Primat der Politik, d. h. er sah die Notwendigkeit der politischen Vorbereitung der Massen, der Intervention in der Massenbewegung, und er begriff den bewaffneten Kampf als höchste Form des politischen **Massen**kampfes. Gleichwohl gehen doch bestimmte Elemente der Focustheorie in die Praxis (und Theorie) des MIR ein: Die Beziehung auf die bäuerlichen Massen als Träger der Revolution mit der Arbeiterklasse, und die Vorstellung, von revolutionären Basen auf dem Lande aus die Machtzentren in den Städten zu schwächen und, verbunden mit der Arbeiterklasse, schließlich zu stürzen. Die Betonung der führenden Rolle der Arbeiterklasse wurde nicht immer so vertreten wie jetzt, und es ist anzunehmen, daß die relativ schwache Verankerung des MIR im Industrieproletariat nicht nur an der Stärke des Reformismus lag, sondern auch an der späten Intervention des MIR in dieser Arbeiterschicht.

Die strategischen Positionen des MIR waren zu dieser Zeit jedenfalls noch nicht sehr klar. Dies betraf beispielsweise die Frage der Wahlbeteiligung alternativ zum bewaffne-

ten Kampf, die Einschätzung der Christdemokratie als faschistisch oder bürgerlich-demokratisch etc. Der MIR ging zwar allgemein von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes aus und baute deshalb seit 67 eine militärische Infrastruktur auf, hatte aber noch keine eindeutige Konzeption für die Übernahme der Macht.

Die Notwendigkeit zur Strategiebildung ergab sich aber schon daraus, daß er, wenn er bei seinen Interventionen auf Reformisten stieß (z. B. in der Industriestadt Concepcion), sich vom Reformismus absetzen mußte – praktisch und theoretisch – , wenn er nicht von ihm aufgesogen werden wollte.

Später kritisierte der MIR die Focustheorie eindeutig, da sie die Partei als außerhalb der Massen stehend betrachtet und die Partei von dort aus den bürgerlichen Staatsapparat angreift. Die Partei wird in der **Focustheorie** im wesentlichen als logistische Basis der bewaffneten Aktion verstanden und nicht als Instrument zur Entwicklung des Massenkampfes. Diese **Konzeption der Avantgarde** als rein militärischer beruht auf der Annahme, daß die politische Situation Lateinamerikas, das politische Massenbewußtsein bereits so weit ist, daß es nur noch der militärischen **Intervention** bedürfe, um die Massen zur Revolution zu führen: aus der Guerilla entwickele sich auch die politische Form der Führung, die Partei. Zudem wird das Problem der Massenbewaffnung außer acht gelassen, die bewaffneten Aktivitäten beziehen sich auf die Avantgarde, es fehlt ein Konzept des Aufbaus eines Volksheeres. Ein solches Konzept schließt eine politische Massenlinie mit ein, es kann unmöglich unter rein -militärischen Fragestellungen und Aktionen entwickelt werden. Das avantgardistische Mißverständnis der Partei als rein militärischen Kern ist begleitet von einer Unterbewertung der politischen Arbeit in den Massen (entsprechend den konkreten Alltagsbedürfnissen der Massen) und der Geringschätzung einer politisch-militärischen Massenlinie.

II.

Die ersten Interventionen des MIR bezogen sich vor allem auf die Schichten, die in ihren Kämpfen als Gegener außer dem internationalen Kapital auch die nationale Bourgeoisie hatten – die Bauern und pobladores. Aus dieser Praxis entwickelte der MIR eine auf spezifisch chilenische Situation zugeschnittene Strategie, die von einem neuen, erweiterten Begriff des revolutionären Subjektes, des Proletariats ausging. Wegen der Verflechtung von nationalem Finanzkapital und Landbesitz in Lateinamerika wenden sich die Kämpfe von Bauern und pobladores gegen die nationale Bourgeoisie und stärken die Seite der Arbeiterklasse.

Aufgrund dieser Strategie unterschied sich der MIR von Maoisten und Trotzkisten, die sich ausschließlich auf das traditionelle Industrieproletariat bezogen.

Aus der Negation der Strategie traditioneller Kommunisten allein ergibt sich noch kein Programm. Die Anfangspraxis des MIR war deshalb weitgehend pragmatisch. Er intervenierte vor allem bei den pobladores (das sind die Bewohner der Vorstadt-Slums, die in Chile „poblacion" heißen), weil es sich bei ihnen um die „aktivste Bevölkerungsgruppe Chiles" handelte, wie ihre Kämpfe zeigten. Der MIR handelte dabei unbeeinflußt von traditionellen Bedenken (daß man mit dem Subproletariat nicht zusammen arbeiten dürfe), im Gegensatz zur tradionellen Linken, die die pobladores politisch und organisatorisch völlig vernachlässigten; einzig die Christdemokraten kümmerten sich um sie: sie versuchten sie mit Wahlgeschenken einzukaufen. – Die pobladores hatten als Gegner auch das nationale Kapital, nicht nur das internationale, deshalb paßt ihr Kampf auch nicht in die Strategie der späteren UP und wurde von ihr nicht vorangetrieben. Auch die sofort notwendig militante Kampfform der pobladores (Land- bzw. Hausbesetzungen) steht dem Konzept der KP entgegen.

Der MIR intervenierte also in einem Bereich, wo schon Kämpfe bestanden, wo die spontane Massenbewegung am weitesten herausgebildet war. Aus dieser anfänglich eher empiristischen Praxis bildete der MIR einen, der spezifischen Situation Chiles entsprechenden Strategieansatz. Das Hauptproblem dabei ist das Verhältnis von Proletariat zu Subproletariat (das in Chile quantitativ sehr stark ist) in die Massenbewegung, um ihr von dort einen neuen Anstoß zu geben. Anzumerken ist, daß das „Subproletariat", die pobladores, etwas anderes darstellen als bei uns. In Chile zumindest kann man mit der Marxschen Bestimmung der „Subproletarier" nicht mehr viel anfangen. Bei Marx sind dies „Lumpenproletarier", Leute, die als individuelle Existenzen gescheitert sind. Sie seien keine massenhafte, einheitliche soziale Schicht. Diese Subproletarier kommen aus allen Schichten, und ihre soziale Situation bietet keine kollektiven Veränderungsmöglichkeiten, die sich in eine revol. proletarische Perspektive einfügen würde. In Lateinamerika dagegen ist das Subproletariat eine quantitativ relevante neue soziale Schicht, die die imperialistische Durchdringung der Länder Lateinamerikas hervorbringt: Landflucht setzt ein, aber es existieren nicht die benötigten Arbeitsplätze, um diese entwurzelten Bauern und Landarbeiter zu integrieren. Selbstverständlich setzt sich dieses Subproletariat noch aus Angehörigen anderer Schichten zusammen: doch da sie in riesigen Slums am Rande der Städte zusammengefaßt sind, ergeben sich genügend gemeinsame soziale Bedingungen für kollektive Kampfmöglichkeiten.

1967 wurden die Maoisten und Trotzkisten aus dem MIR ausgeschlossen, der „Putsch" im MIR wurde von denen gewonnen, die die beste soziale Verankerung in Con-

(Fortsetzung nächste Seite)

UNSER POLITISCHES INTERESSE AN DER REVOLUTIONÄREN ENTWICKLUNG IN CHILE

1) Im Gegensatz zur Vietnam-Kampagne Ende der 60er Jahre verlangt die „Solidarität mit Chile" eine klare politische Stellungsnahme zum revolutionären Prozeß in Chile und zum chilenischen Widerstand. Die gesellschaftlichen Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen in Chile ähneln denjenigen Westeuropas so sehr, daß eine Parteinahme immer zugleich eine bewußte Auseinandersetzung über die verschiedenen politischen Praxisansätze und theoretischen Positionen innerhalb der revolutionären Linken Chiles erfordert.

Andererseits besteht die Bedeutung der revolutionären Erfahrungen Chiles für uns gerade darin, daß wegen der relativen Ähnlichkeit der gesellschaftlichen Bedingungen Chiles (kapitalistisch industrialisiertes Land, quantitativ relativ starke Arbeiterklasse, Parlamentarismus, starker Reformismus) mit denen Westeuropas im Gegensatz zu anderen revolutionären historischen Situationen wie etwa in Rußland, China, Vietnam die Kontroversen über die richtige revolutionäre Strategie, wie sie ähnlich auch bei uns bestehen, im Zusammenhang mit deren praktischen Konsequenzen deutlich werden.

2) Die politischen Erfahrungen aus Chile sind nicht einfach nur Bestätigungen alter Erfahrungen. Andererseits wollen wir nicht so tun, als ob wir völlig ohne eigene Kriterien den Prozeß der revolutionären Entwicklung in Chile betrachten und daraus die „objektiv" richtigen Lehren ziehen würden. Auch wir betrachten diese Entwicklung mit einer bestimmten Brille, die unserer politischen Position und unseren Erfahrungen hier in der BRD entspricht. Ein wesentliches Moment der chilenischen Entwicklung ist jedoch, daß keines der traditionellen Schemata – auch unsere eigenen nicht – völlig „bestätigt" wird.

3) Die Frage der revolutionären Strategie hat sich in Chile aus einer hochentwickelten Klassenauseinandersetzung heraus gestellt, auf deren historisch neue Fragestellungen, die sich aus der Auseinandersetzung der Massenbewegung mit der bürgerlichen Demokratie und dem Reformismus ergaben, keine fertigen revolutionär-strategischen Antworten existierten. Dieser historische, revolutionäre Prozeß hat sich nicht gradlinig entwickelt.

*Wir halten es aber nicht für richtig, in der Analyse der chilenischen Situation stets **nur** zu betonen, daß die Entwicklung der Massenbewegung widersprüchlich verlaufen ist, daß die Vereinheitlichung des chilenischen Volkes real noch nicht vorhanden war und auch die Arbeiterklasse in sich stark differenziert war. Man muß die Schwierigkeiten, die sich im chilenischen Prozeß gestellt haben, kennen und in seiner Strategie berücksichtigen, aber unser Interesse als revolutionäre Organisation liegt ganz besonders bei den praktischen Interventionsmöglichkeiten, die sich aufgrund dieser Einschätzung ergeben, und nicht darin, den Prozeß als solchen mit seinen Widersprüchlichkeiten in objektivistischer Weise zu bestaunen und am Ende nur sagen zu können: „Es konnte nicht anders kommen". –*

In dieser Richtung liegen aber die Schwächen der Einschätzungen des Sozialistischen Büros (Beitrag auf der Chile-Konferenz im April 74 in Ffm) und auch des Chile-Komitees Berlin (in Langer Marsch Nr. 13).

4) Wir betrachten den chilenischen Prozeß nicht vom Standpunkt der UP aus, sondern – in etwa – vom Standpunkt des MIR. Der MIR hat die UP nicht von innen kritisiert, sondern der Entwicklung der Massenbewegung und der Vereinheitlichung der Kämpfe der verschiedenen Schichten zentrale Bedeutung zugemessen.

Die UP wurde von der revolutionären Entwicklung, die sie selbst durchaus mit gefördert hat, überrollt und aufgelöst bzw. polarisiert: in den rechten Flügel, in erster Linie die KP, und in einen linken Flügel, der seinen inhaltlichen Bezugspunkt immer mehr im MIR fand. Der MIR war die einzige wichtige Kraft, die Notwendigkeit einer Neuformierung der revolutionären Kräfte unabhängig von der alten UP und in Auseinandersetzung mit ihr erkannt hatte und von dieser Basis aus die UP nicht nur kritisierte, sondern auch eine praktische Alternative innerhalb der Massenbewegung verfolgte, eine Alternative, die einen Bruch des UP-Blocks bedeutet hätte.

Der MIR scheint uns daher die Organisation gewesen zu sein, die die revolutionäre Tendenz in der Massenbewegung richtig begriffen, unterstützt und vorangetrieben hat: eine revolutionäre Organisation.

5) In der Politik des MIR vereinigen sich jedoch verschiedene Elemente: die einen bestätigen unser bisheriges politisches Selbstverständnis, andere stellen es in Frage (und für die anderen politischen Gruppen in der BRD gilt dasselbe, natürlich mit entsprechenden inhaltlichen Verschiebungen). Die klaren Parteinahmen für die konkreten Probleme der Massen, die Einsicht in die bewaffnete Auseinandersetzung mit den Vertretern kapitalistischer Interessen, die praktische Abkehr von bestimmten inhaltlichen Dogmen der traditionellen Arbeiterbewegung und auch des Marxismus-Leninismus, wie er in der BRD gepflegt wird,– dies alles ist begleitet von einem eindeutigen Selbstverständnis des MIR als marxistischer Leninist. Kaderorganisation, was durchaus in der Praxis und in der theoretischen Position des MIR Konsequenzen hat. Und die praktische Bedeutung des MIR ist nur unter der Einheit aller dieser Elemente zu erklären. Um diesen Punkt können wir uns nicht drücken.

Deshalb müssen wir aus Chile auch lernen, daß es falsch ist, die verschiedenen M-L-Parteien über einen Kamm zu scheren. Marxistisch-leninistisch nennen sich auch die KP Chinas und verschiedene Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Es ist ein politischer Fehler, den Marxismus-Leninismus, wie er sich historisch in verschiedenen Ländern herausgebildet hat, ausschließlich unter dem Blickwinkel der Praxis der M-L-Gruppen Westeuropas zu betrachten: das hieße aus der Kritik an den hiesigen Marxisten-Leninisten vorschnelle und deshalb falsche Schlüsse zu ziehen für die Einschätzung der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und des Marxismus-Leninismus Überhaupt.

*6) Aus den Erfahrungen des chilenischen Prozesses ganz konkrete Übertragungen machen zu wollen, wäre natürlich falsch. Gerade um diesen Fehler zu vermeiden, haben wir versucht, die Politik des MIR im Zusammenhang mit den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen Chiles zu diskutieren. Weder gibt es in der BRD pobladores, noch ist der SPD-Reformismus ohne weiteres mit dem Reformismus der UP Chiles zu vergleichen – und deswegen fordern wir auch nicht die **formale** Übernahme bestimmter Organisationsstrukturen.*

Die Betrachtung der chilenischen Entwicklung zwingt uns die Analyse der Klassenbewegung in der BRD auf: erst in diesem Zusammenhang kann man unmittelbar praktische und organisatorische Konsequenzen für die revolutionäre Linke hier formulieren.

Die Geschichte des MIR zeigt die Notwendigkeit, praktische Politik auf eine richtige theoretische Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung und deren möglicher revolutionären Dynamik zu gründen.

Chile Gruppe des RK
Frankfurt



cepcion hatten. Maoisten und Trotzkisten konnten die praktischen Interventionen des MIR, etwa bei den pobladores und campesinos (arme Bauern und Landarbeiter), nicht in Einklang bringen mit ihren strategischen Positionen. Die Maoisten (damit sind die sich mit China **identifizierenden** Marxisten-Leninisten gemeint) betrachten Lateinamerika als einen noch halbfeudalen Kontinent. Ihre Strategie besteht daher in einem breiten Bündnis demokratischer Kräfte einschließlich der nationalen Bourgeoisie. Da die pobladores und cempesinos aber als Gegner von vornherein auch die nationale Bourgeoisie hatten bzw. haben, paßte eine intervention in diesen Schichten (aus ähnlichen Gründen wie bei den Reformisten) nicht in die Konzeption der Maoisten. Der Unterschied zwischen Maoisten und Revisionisten in Lateinamerika besteht nicht in Bündnisvorstellungen mit dem nationalen Kapital (d. h. in der Etappenbestimmung der gesellschaftlichen Entwicklung), sondern höchstens in dem Gewicht, das sie dem bewaffneten Kampf zumessen.

Auch die Trotzkisten konnten die Interventionen bei pobladores und campesonos theoretisch schlecht rechtfertigen, da sie in ihren Vorstellungen vom städtischen Industrieproletariat als einzigem Träger des bewaffneten Aufstands ausgehen (vgl. die Position der Trotzkisten zu China). Was sie bei dieser nicht aus den chil. Bedingungen entwickelten Strategie unberücksichtigt lassen mußten, war die Möglichkeit, durch die Schaffung von Kampffronten bei Slumbewohnern und Bauern eine neue Dynamik in der chil. Klassenbewegung voranzutreiben. Der MIR konnte diese Interventionsmöglichkeiten nutzen, weil er nicht — wie Maoisten und Trotzkisten — in seinen strategischen Vorstellungen dogmatisch beschränkt war. Er hatte daher nicht von vornherein — einen theoretisch begrenzten Begriff vom rev. Subjekt Chiles und schloß deshalb bestimmte Schichten als Bezugspunkt der Intervention in seinem praktischen Verhalten und in seiner Klassenanalyse nicht aus.

Der MIR ging davon aus, daß es eine Selbständigkeit der nationalen Bourgeoisie in Lateinamerika (im „abhängigen" Kapitalismus) nicht gibt. Solange die Entwicklung der Produktivkräfte „den Zwängen der Kapitalakkumulation unterworfen ist, führt sie notwendig zu Monopolisierung der Reichtümer. Deshalb kann man dem Monopolkapitalismus auch kein ökonomisches Modell entgegensetzen, das die mittleren und kleinen Unternehmen verteidigen soll". Deshalb können in LA die nationalen Bourgeoisien auch keine eigenständige Rolle spielen und ist ein demokratisches Bündnis mit ihnen strategisch falsch. Der MIR hat sich folgerichtig auch auf jene Schichten bezogen, die sich auch gegen die nationale Bourgeoisie stellen, deren politisches Ziel im Sozialismus besteht. Weil der MIR anfänglich in erster Linie bei den pobladores eine soziale Basis hatte, konnte er sich auch innerhalb der Organisation gegen Maoisten und Trotzkisten durchsetzen.



III. Der MIR im Untergrund

Die Arbeit im Untergrund zwang den MIR zu einer wesentlich strafferen Organisierung. Der MIR wurde durch die Illegalisierung nicht zerschlagen, weil er schon zu dieser Zeit neben seiner Verankerung in den Massenorganisationen einen festen Organisationskern mit militärischer Erfahrung und strategischen Perspektiven hatte.

1969 wurde der MIR verboten. Ob er zur Illegalisierung gezwungen, in den Untergrund gedrängt wurde, ist umstritten. Die Einschätzung darüber hängt wohl hauptsächlich davon ab, wie man die Aktionen beurteilt, die dann zur Illegalisierung geführt haben. Die auslösende Aktion war die Entführung eines rechtsgerichteten Sensationsreporters, der mit der Polizei eng zusammenarbeitete. Er wurde vom MIR später auf der Straße ohne Kleider freigelassen. Es handelt sich um eine Aktion, bei der fraglich bleibt, ob der MIR ihre möglichen Rückwirkungen auf die eigene Organisation vorher genügend bedacht hatte.

Die Arbeit im Untergrund zwang den MIR zu einer wesentlich strafferen Organisierung, er vollzog die Veränderung von der Bewegung zur Partie. Dadurch wurde er zur Organisation mit der am stärksten entwickelten Hierarchie und Disziplin innerhalb der chilen. Linken. Das Cafehausrevoluzzertum wurde endgültig überwunden; es verträgt sich schlecht mit einem revolutionären Anspruch und mit einer revolutionären Praxis erst recht nicht unter den Bedingungen des Untergrunds.

Zur Strukturierung als Kaderpartei trug die Arbeit im Untergrund wesentlich bei (obwohl dieser Punkt etwas unklar ist; denn der MIR verstand sich ja schon vorher als pol. milit. Organisation). Münster beschreibt die Situation des MIR 1969 sehr lapidar: „Inzwischen (!) hatte sich der MIR auch (!) die Strukturen einer marx.-leninistischen Organisation gegeben".

Jedenfalls wurde der MIR durch die Illegalisierung nicht zerschlagen, sondern schaffte die Umorganisierung für die politische Arbeit im Untergrund. Er konnte von da ab bis zum Wahlsieg Allendes nicht offen als MIR auftreten, sondern nur in seinen Massenorganisationen Movimiento pobladores revolucionarios (MPR), MUI (Universitaet), Movimiento campesinos revolucionarios (MCR), Frente trabajadores revoluvcionarios (FTR, Arbeiter der Klein- und Mittelbetriebe). Der MIR hatte zur Zeit seiner Illegalisierung schon eine relativ breite Massenverankerung (über die Massenorganisationen) und einen festen **Organisationskern mit militärischer Erfahrung und strategischen Perspektiven,** sonst wäre auch die Organisierung des MIR als Partei unter den schwierigsten Bedingungen im Untergrund nicht möglich gewesen. Die Illegalisierung zwang ihn noch mehr zu einer streng hierarchischen Organisierung und zu einer klareren Theoretisierung strategischer Konzeptionen.

Was uns dabei besonders interessieren muß, sind die Voraussetzungen, mit denen der MIR sich **noch in der Legalität** die genannten pol. Ausgangs- und Überlebensbedingungen für die Arbeit im Untergrund geschaffen hat, bzw. exakter: wie wir — hoffentlich auch ohne Illegalisierung — unverbindliches Beisammensein und strategische Konzeptionslosigkeit überwinden können.



IV. Das Verhältnis des MIR zur UP

Der MIR beteiligte sich nicht an der UP, weil er anders als die UP ein Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie für strategisch falsch hielt. Ihm war klar, daß die nationale Bourgeoisie in einer zugespitzten Klassensituation an der Seite des nordamerikanischen Imperialismus stehen und auch vor einem Putsch nicht zurückschrecken würde. Deshalb hielt er an seiner politisch-militärischen Organisation fest.

Der MIR klagte die UP andererseits nicht als bürgerlich an, weil er sah, daß durch die UP-Regierung bessere Entwicklungsbedingungen für die Massenbewegung sich boten. Das produktive Element der UP-Regierung bestand darin, daß sie mit ihrem beschränkten Programm eine allgemeine Klassenkonfrontation schuf. Der MIR machte daher eine von der UP unabhängige Politik und erkannte die UP als linke, reformistische Regierung an.

Er ging davon aus, daß in der Konfrontation mit der Bourgeoisie die UP 1970 auf der Seite der ausgebeuteten Massen stand, daß sich die UP aber an der Frage des Bündnisses mit der nationalen Bourgeoisie spalten würde. Der dann notwendige, neue Vereinheitlichungsprozeß auf revolutionärer Basis ist aber besser von außerhalb der UP voranzutreiben.



Der MIR ging bei der Formulierung seiner Position zum Wahlsieg der UP von folgenden Fragestellungen aus:

a) ist die Strategie des bewaffneten Kmapfes — dessen Notwendigkeit ja wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnis des MIR als revolutionäre Partei bestimmte im Gegensatz zum Reformismus — als Perspektive zusammengebrochen durch den Wahlsieg des Reformismus?
b) ist dementsprechend die bisherige Organisationsform der Partei als politisch-militärische überflüssig?
c) In welcher Weise muß sich die revolutionäre Linke zur UP und ihrem Programm verhalten:
- soll sie sich am Bündnis beteiligen und es so unterstützen? (Mapu)
- soll die Regierung als bürgerlich denunziert und attackiert werden?
- oder ist eine eigenständige Politik zu machen, die aber die UP-Regierung als Ausdruck des „Arbeiterreformismus" anerkennt?

Der MIR sah sich also durch den UP-Wahlsieg einer Situation gegenüber, die eine Diskussion der Linken über ihre strategischen Vorstellungen notwendig machte. Damit wandte er sich gegen schematische Urteile, die im Programm der UP nichts anderes sehen konnten als eine dem Charakter des bürgerlichen Staates entsprechende aussichtslose, irreführende Perspektive, die nur auf eine unvermeidliche Niederlage hinweist.



Die unorthodoxe Haltung des MIR begründete sich nicht aus Oppurtunismus gegenüber dem Reformismus, sondern aus seiner Analyse der spezifischen Kennzeichen des chilenischen Reformismus. Aufgrund des minimalen Reformprogramms Frei's, das die UP aufgegriffen hatte, hatte die Massenbewegung einen starken Aufschwung genommen. Der



Wahlsieg Allendes wurde vom MIR als Ausdruck der Hoffnungen und der Stärke dieser **Massenbewegung interpretiert**, als „Arbeiterreformismus", und **nicht** als Ausdruck der Interessen des fortschrittlich-kapitalistischen Teils der chilenischen Bourgeoisie. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn der MIR sieht (richtig), daß Teile der nationalen Bourgeoisie, die an der Kapitalisierung des Landes, am Aufbau einer nationalen Wirtschaft interessiert sind, sich nur im partiellen Widerspruch zum US-Imperialismus und dem politischen und ökonomischen eng mit den USA verbundenen Teil der nationalen Bourgeoisie (z. B. parasitäre Großgrundbesitzer) befinden. Lateinamerika ist kein feudal-oligarchisch strukturiertes Land, in dem die bürgerliche Revolution, die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus historisch „an der Tagesordnung" ist.

Die Wirtschaftsstruktur der lateinamerikanischen Länder ist in ihrer Un-Entwickeltheit durch und durch von imperialistischen Ausbeutungsinteressen nach Rohstoffen, Absatzmärkten und weiterverarbeitenden Industrien und billigen Arbeitskräften bestimmt. Konflikte zwischen den nationalen Bourgeoisien und den USA sind Streitigkeiten um die Gewinnverteilung, um den Anteil der Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte, Konflikte, die gegebenenfalls immer zurücktreten hinter dem gemeinsamen Interesse an der Aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaft, der Ausbeutung. Diese Interessenidentität drückt sich aus in der bestehenden engen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtung der herrschenden Klassen der lateinamerikanischen Länder und den USA. Ist die Massenbewegung in den einzelnen Ländern schwach, so treten die Widersprüche zwischen den progressiven Sektoren der Bourgeoisie und den USA hervor; es entwickelt sich ein gewisser Nationalismus, der auch die Massenbewegung ergreifen kann, ohne daß er zur Entwicklung einer sozialistischen Perspektive beiträgt. (Peru) Wird die Bourgeoisie von der Massenbewegung in die Defensive gebracht, so wird die Einheit mit dem Imperialismus lebensnotwendig. (siehe Chile). Die Forderungen der Massen nach Nationalisierung der imperia-



Haus, Bewußtsein und Gewehr

listischen Monopole, Enteignung des Großgrundbesitzes etc., Forderungen, die taktische Bündnisse mit der Bourgeoisie ermöglichen, bleiben nicht bei diesen Zielen stehen, so daß die kurzfristigen Bündnisse zerbrechen, der antagonistische Interessenkonflikt zwischen Arbeitern und Bauern einerseits und Bourgeoisie und Imperialismus andererseits aufbricht. Dies begründet (u. a.) das notwendige Scheitern des Reformismus. Zur Herrschaftserhaltung, zur Erhaltung des Privateigentums, zur Erhaltung des bürgerlichen Staates bedient sich auch der „reformwillige" Sektor der nationalen Bourgeoisie terroristischer Herrschaftsmethoden, wie in Brasilien, Bolivien, jetzt Chile, deutlich wird.

Der Reformismus der Allende Regierung in Chile war für den MIR (wie gesagt) Ausdruck der seit drei Jahren wachsenden Massenbewegung, die durch die Allende Regierung weitergehende sozialistische Forderungen einzulösen trachtete. Aufgrund der Gespaltenheit der Bourgeoisie (drückt sich aus in der Kandidatur von Tomic und Allessandri), und aufgrund der internationalen Lage, die durch die Verflechtung der USA in Südostasien und Nahen Osten, durch eine gewisse Unbeweglichkeit des amerikanischen Imperialismus gekennzeichnet war, nahm der MIR an, daß die reformistische Regierung in Chile einen gewissen Spielraum haben würde. Für die Revolutionäre stellte sich die Aufgabe, die unter Frei begonnene Massenbewegung weiterzutreiben und in diesem Prozeß die Auseinandersetzung der Massen mit dem Reformismus zu führen. Durch die konkrete Unterstützung dieser Kämpfe mußte die Gebundenheit der Allende-Regierung an den bürgerlichen Staat, ihre Abhängigkeit von der Bourgeoisie sich zeigen und die Entwicklung einer alternativen Macht der Arbeiter und Bauern Chiles vorangetrieben werden. Zu diesem Zeitpunkt auch stellte sich der MIR klar die Aufgabe der Intervention innerhalb der gewerkschaftlich organisierten, kommunistisch orientierten Arbeiterschaft. Das Ziel, den Bruch der Massen mit dem Reformismus voranzutreiben, stellt die Arbeit von Revolutionären innerhalb dieser Arbeitsschicht an erster Stelle. (Tatsächlich hatte der MIR dabei keine großen Erfolge zu verzeichnen- sei es aus Zeitgründen, sei es, weil er sich diese Schicht **praktisch** doch vernachlässigt hat -ist nicht klar.) Die Haltung gegenüber der UP beschrieb der MIR als „kritische Solidarität". Er sah die spezifische Kraft der Allende Regierung, gegenüber den bürgerlich nationalen Illusionen der Regierungen, verfiel aber nicht selbst reformistischen Illusionen. (z. B. der MIR nahm nicht selbst an Wahlen teil, 1971 aber proklamierte er Wahlbeteiligung; praktisch sah die Wahlpropaganda so aus, daß einzelne Kandidaten der UP unterstützt oder angegriffen wurden).

Der MIR hatte aufgrund der verminderten Repression unter der UP neue Möglichkeiten, sich als Partei zu entwickeln (es ist die Frage, ob er mehr als 1 Jahr Untergrund überstanden hätte, ohne sich von den Massen zu entfernen). Doch über die neuen Möglichkeiten der legalen politischen Arbeit vernachlässigte der MIR aus seiner Einschätzung des Reformismus heraus nicht die Notwendigkeit der Entwicklung einer „militärischen Massenlinie". Der MIR, der bis 1970 nicht in den Fehler des Fokismus, des rein militärischen Handelns, verfallen war, hielt jetzt am politisch-militärischen Organisationsprinzip und an der **Notwendigkeit der Entwicklung einer politisch-militärischen Massenlinie fest.** (Anders als verschieden kleine Gruppen in Chile, die später gar keine Bedeutung mehr hatten (MR 2, linke Abspaltung vom MIR) bzw. Selbstkritik übten (VOP, siehe Münster) betrachtete der MIR die politischen Fragen als die grundlegenden.)

Allerdings hatte der MIR – wie die anderen Parteien auch – ,dieses Grundprinzip des revolutionären Kampfes noch nicht in ein klares strategisches Konzept der Massenbewaffnung und des Aufbaus des Volksheeres umsetzen können. Zwar hatte er die Notwendigkeit der Massenbewaffnung in Bezug auf die Verteidigung der Landbesetzungen, der Volks-Schulen etc., stets betont und auch vorangetrieben, doch unternahm auch der MIR keine Anstrengungen, diese Bewaffnung offensiv zu wenden auf allgemeiner Ebene, d. h. Koordinierung auf nationaler Ebene, Operationspläne etc. – allerdings darf das nicht platt als Vorwurf verstanden werden, es ist erklärbar und bedingt durch verschiedene Faktoren wie z. B. der Einschätzung der Rolle des Heeres. (siehe letzten Abschnitt).

Die kritische Unterstützung der UP durch den MIR drückte sich etwa darin aus, daß er der UP anfänglich bestimmte Sicherheitsapparate zur Verfügung stellte und sein Informationsdienst eng mit der UP zusammenarbeitete. Auf diese Zusammenarbeit geht die rechtzeitige Aufdeckung verschiedener Umsturzpläne der Bourgeoisie zurück.

Diese taktisch-kritische Unterstützung der UP gab der MIR aber nur so lange, wie die UP offensiv war. Als sie sich Mitte 1972 nur noch defensiv verhielt (z. B. Zurückgabe von besetzten Fabriken) steuerte der MIR klar auf eine Umgruppierung der revolutionären Kräfte, d. h. auf ein Zerbrechen des UP-Blocks hin. (ein Prozeß, der sich auch durch die Zuspitzung der Konflikte zwischen Christdemokraten und UP entwickelte). Es kam zu dieser Zeit, der Endphase der UP, aber trotz erheblicher politischer Bewußtheit der Kämpfe (im Hinblick auf die Regierung) nicht zu einem Bruch zwischen den Arbeitern und der Regierung, wie der MIR annahm. Hier wird ein für ein Land mit starker reformistischer Arbeiterbewegung zentrales Problem deutlich, wie dem Reformismus die Hegemonie über die Massenbewegung entrissen werden kann. Es ist nur möglich durch die Einflußnahme der revolutionären Organisation auf die Klassenbewegung.



V.

Der MIR war und ist eine Kaderorganisation. (Die Organisation bestimmte die politische Arbeit ihrer Mitglieder).

Aufgrund der politisch-militärischen Organisierung des MIR waren die einzelnen Basiszellen des MIR nicht miteinander verbunden, sie hatten eine eigene Aktionsautonomie bei strikter Respektierung der Linie der Partei.

Im MIR konnte mitarbeiten, wer sich in einer seiner Massenorganisationen bewährt hatte.

Der MIR war – und ist – organisiert nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, entsprechend seinem Selbstverständnis als marxistisch-leninistische Partei. (Ohne uns jetzt auf eine Erörterung dieses Problems einzulassen, wollen wir doch betonen, daß wir nicht Verfechter prinzipialistischer Standpunkte sind, also **abstrakt** für oder gegen Zentralismus. Betrachtet man die revolutionären Parteien der Arbeiterbewegung, so haben sie sich fast alle zum demokratischen Zentralismus bekannt, ohne sich jedoch in ihrer konkreten Gestalt zu ähneln wie ein Ei dem anderen. Für jede konkrete historische Situation muß eine adäquate Organisation für die Avantgarde und die Massenbewegung gefunden werden, damit die politische Avantgarde ihre Funktion – sich im Massenprozeß zu entwickeln und in ihm eine politische Alternative zum Reformismus zu formulieren – wahrnehmen kann. Geht man von dieser Hypothese aus, so ist absolute Basisautonomie und Dezentralismus abzulehnen, denn die Entwicklung einer politischen Organisation bedeutet auch immer eine gwisse Zentralisierung von Erfahrungen. Im übrigen wäre es borniert zu glauben, daß „demokratischer Zentralismus" innerparteiliche Diskussionen, Basisaktivität etc., ausschließt- das hieße, diese Parteistruktur generell mit dem Stalinismus zu identifizieren.) Der MIR hat sich angesichts der Tatsache, daß er sich als einzige revolutionäre Organisation außerhalb der UP zu einer gewissen Stärke entwickelt hat, das Problem der organisatorischen Strukturierung seiner politischen Arbeit wohl richtig gestellt, und zwar in verschiedener Hinsicht.

Im MIR selbst, in der Partei, arbeiteten nur Genossinnen und Genossen, die sich durch politische Arbeit in den Massenorganisationen des MIR mindestens ein Jahr lang bewährt hatten. Auch galten strenge Klandestinitätsprinzipien, die Genoss(inn)en wurden streng überprüft.

Die Mitglieder des MIR in den Massenorganisationen kannten sich (zumindest offiziell) nicht. Diese Mitarbeit in den Massenorganisationen war das einzige Mittel, um mit dem MIR in Kontakt zu treten, denn es gab keine öffentlichen Büros oder Adressen.

War man Militanter des MIR geworden, so lag die Entscheidung über die weitere politische Aktivität des Genossen bei der Partei, er (sie) wurde dort eingesetzt, wo er bestimmte Aufgaben am besten wahrnehmen konnte, wo Initiativen notwendig waren. „Die Entscheidung darüber, ob, wie, und wo ein Genosse arbeitet, studiert, lebt usw. obliegt der Organisation" (MIR).

Für die Situation in der BRD mag das im Moment nicht adäquat sein, es soll aber eine Richtung politischer Organisierung angeben: daß aufgrund einer Analyse, die verbindlich ist für die ganze Organisation, die politische Arbeit bestimmt wird, und daß man innerhalb der Organisation diskutiert, warum man in welchem Bereich sinnvoll arbeitet. Bei uns vollzieht sich das doch nur sehr individuell und voluntaristisch, wer z. B. im Betrieb arbeitet oder lieber ein Stipendium annimmt. Das weist auf eine Beliebigkeit der Intervention aufgrund fehlender objektiv bestimmbarer Kriterien hin. Praktisch wirkt sich das dann so aus, daß sich z. B. bei der Emigrantenarbeit in den Mietstreikhäusern (in Ffm) die Genossen aufgrund mehr oder weniger Zufälligkeiten oder scheinbar privater „Hobbies" beteiligten. Was fehlte, war eine aus der objektive Situation der Emigranten – um beim Beispiel zu bleiben – abgeleitete Begründung für die Intervention, wobei dann auch zu klären wäre, was denn nach dem „Kampf um das Haus" folgt. Doch zurück zur MIR. Die interne Organisation des MIR bestand – soviel wir wissen – aus einzelnen Basiszellen mit möglichst großer Aktionsautonomie, die unter strikter Respektierung der Linie der Partei unter Führung erfahrener Kader, agierten. Diese hielten die Verbindung von der Basisebene zu den mittleren und führenden Organen der MIR, d. h. sie waren Mitglieder der regionalen und nationalen Führungsorgane der MIR.

Der MIR war gekennzeichnet durch 2 Ebenen organisatorischer Strukturierung: den – auch unter Allende beibehaltenen – illegalen politisch-militärischen Kaderstrukturen und den offenen Massenstrukturen, dem organisatorischen Mittel ihrer politischen Interventionen. Die spezielle Kaderstruktur hatte u. a. den Vorteil, daß der MIR als einzige der linken Parteien Chiles nicht vom CIA infiltriert wurde. – Das Schwergewicht des MIR lag nicht bei **avantgardistischen** politischen oder militärischen Aktionen, sondern bei der Entwicklung der Massenlinie. Nicht durch derartige Aktionen, sondern durch die Unterstützung der Klassenkämpfe konnte sich der MIR in den Massen verankern. Der MIR hat eine revolutionäre Massenlinie entwickelt durch die Zentralisierung und Verarbeitung verschiedener politischer Erfahrungen aus verschiedenen Sektoren (Arbeiter, Bauern, Stu-

denten etc.) und aus den Erfahrungen anderer Länder (Kuba, Vietnam, Bolivien). **Die Kader des MIR begaben sich in die Massenbewegung, doch sie überließen dieser nicht alles.** Ihr Ziel war es vielmehr, Kader unter den pobladores in den Fabriken heranzubilden, die die Kämpfe politisch und organisatorisch strukturieren und leiten sollten. Organisatorisch hieß das: Aufbau von MIR-Zellen als Basis der Partei und Massenorganisation; später die Unterstützung und Förderung der Poder popular als Machtorgane des Volkes.

Wenn der MIR in verschiedenen Bereichen politisch-militärische Organisationen gebildet hat, so hat er das nicht getan, um als Partei den Feind zu schlagen, sondern mit der Strategie, daß nur der Kampf der Massen – unterstützt und geführt von der revolutionären Partei den Feind schlagen kann.

VI. Verhältnis Partei-Massenbewegung

Der MIR sah seine Strategie nicht in externen militärischen Aktionen, sondern in der Entwicklung der Massenbewegung. Er konnte eine Massenlinie entwickeln durch die Zentralisierung und Verarbeitung von politischen Erfahrungen aus verschiedenen sozialen Sektoren (Arbeitern, Bauern, pobladeros, Studenten) und der Erfahrungen anderer Länder (Kuba, Vietnam).

Im Gegensatz zum MIR stellt sich für die bundesrepublikanischen Marxisten-Leninisten die Vereinheitlichung der Massenkämpfe nur über ihre Partei(en) und deren Bündnispolitik her. Daher betrachten sie spontan stattfindende Kämpfe in erster Linie im Hinblick auf die Stärkung ihrer Partei(en). Der Massenkampf wird als ideologischer Kampf zur Propagierung des Sozialismus begriffen, die konkrete Durchsetzung von Masseninteressen und die Weiterentwicklung der Kämpfe ist dem untergeordnet.

Demgegenüber ging der MIR in seiner Klassenanalyse von den konkreten materiellen Bedingungen Chiles aus. Der MIR erkannte, daß genügend einheitliche soziale Kriterien, die sich aus der materiellen Situation verschiedener sozialer Schichten ergaben, vorhanden waren, um durch die Förderung der Kämpfe bei Arbeitern, Bauern, pobladores usw. die Vereinheitlichung ihrer Kämpfe zu ermöglichen, da diese Schichten in ihren Kämpfen einen gemeinsamen Feind hatten: die nationale Bourgeoisie und den US-Imperialismus.

Bei der Beurteilung des MIR fällt als erstes der zentrale Stellenwert auf, den er – als marxistisch-leninistische Partei – der Entwicklung der Massenbewegung zumißt. Dies zeigt sich an Form und Inhalt der Intervention.

Unseren Vorstellungen von Marxismus-Leninismus widerspricht das, und tatsächlich zeigen die bundesrepublikanischen ML ein Verhältnis zu den Massen, das die Inhalte spontaner sozialer Bewegungen, den Kampfwillen der Massen primär unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Partei interpretiert; die Stärke der Partei ist der entscheidende Indikator der Stärke der Klassenbewegung. Dies Verhältnis bestimmt auch die Form der Intervention: die ML treten meist mit einem absoluten Führungsanspruch auf; ziehen sich zurück, wenn diser nicht durchsetzbar ist. Sie treten auf mit dem Interesse, Propaganda für die Linie der Partei zu machen. Der Massenkampf wird als **ideologischer Kampf** begriffen (z. B. KBW im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen Mai/Juni 1974). Es geht ihnen nicht darum, die Massen bei der kämpferischen Realisierung auch ihrer unmittelbaren Ziele zu unterstützen, um durch die praktische Durchsetzung dieser Ziele hindurch und die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen Lernprozesse über die Klassenverhältnisse und den Charakter des Staates zu entwickeln. Sondern die Kämpfe werden dazu benutzt, um – wobei sie von der abstrakten Einsicht der Unmöglichkeit antikapitalistischer Reformen im Kapitalismus ausgehen – die Notwendigkeit des Kommunismus zu propagieren, d. h. auch die Notwendigkeit der Organisierung in Partei soundso zwecks Erreichung dieses Ziels. Im Verhältnis Partei-Massenbewegung werden eindeutige Schwerpunkte auf die Partei gesetzt: die politische Avantgarde. Das politisch notwendige Interesse an der Vereinheitlichung der Kämpfe der verschiedenen Schichten zu gemeinsamen antikapitalistischen Zielsetzungen gegen Bourgeoisie und Staat wird primär auf die Partei bezogen. Die Frage der Vereinheitlichung der Massen wird zur Frage ihrer Vereinheitlichung durch die Partei und in der Partei und ihren Unterorganen.

Sie wird zur Frage der **Bündnispolitik der Partei**, die Repräsentanten verschiedener sozialer Schichten in sich vereinigt; durch ihre Massenorganisationen, durch Parteiprogramme und Plattformen etc. soll die Partei die Bündnispartner des Proletariats an sich binden und so dem Proletariat vermitteln. Die Einheit der Kämpfe also, das Bündnis „zwischen Arbeiterklasse und den anderen Schichten des Volkes" soll sich über die Partei herstellen. Die gemeinsamen Kampfziele sollen sich durch ideologische Überzeugungsarbeit, politische Plattformen u. ä. ergeben. Die unmittelbaren Kämpfe (auch des Proletariats) bekommen durch die Partei die Möglichkeit der politischen Artikulation gegen die Bourgeoisie und ihren Staat.

Indem sich die ML nicht die Frage der **Inhalte gemeinsamen antikapitalistischen Kampfes** verschiedener sozialer Schichten neu stellen, d. h. entsprechend der Inhalte, die einen **Massenvereinheitlichungsprozeß auf der Ebene so-**



zialer Kämpfe ermöglichen, bleiben sie im Rahmen einer traditionellen Klassenanalyse, und damit im Bezugsrahmen des Marxismus-Leninismus, dessen historische gesellschaftliche Vorraussetzungen mit den Klassenverhältnissen heute nicht mehr einfach gleichzusetzen sind. Die inhaltliche und organisatorische Bestimmung der Rolle der Partei auf der Basis der Trennung von ökonomischem und politischem Kampf hatte ihre historische Grundlage (wenn dadurch auch nicht umstandlose Berechtigung) in der weitgehenden Trennung von Staat und Wirtschaft, ebenso wie sich das Konzept der Bündnispolitik der Partei aus der minoritären sozialen Rolle des Proletariats (z. B. in Rußland) bzw. aus einer strengen Differenzierung zwischen Arbeiterklasse und quantitativ überlegenen Mittelschichten bestimmte. Dagegen ist die heutige Entwicklung des Kapitalismus gekennzeichnet von einer zunehmenden Verflechtung von Staat und Gesellschaft; im Kontext der veränderten Ausbeutungsbedingungen bekommen auch Lohnforderungen heute explizit politischen Charakter (siehe 73er Streiks). Auch hat sich das Verhältnis Proletariat/Mittelschichten komplett verändert, die kapitalistische Vergesellschaftung der Arbeit bewirkt – wie auch jetzt in der „Krise" zu sehen ist – einen weitgehenden Proletarisierungsprozeß bestimmter Teile der Mittelschichten (Angestellte, Bauern, Lehrer (?)); dieser Prozeß ist verbunden mit einer allgemeinen Dequalifikation der Arbeitskraft in weiten Teilen der gesellschaftlichen Arbeit, die die konkreten Ausbeutungsbedingungen einander angleicht. Sehr allgemein wären dies die Voraussetzungen für neue Kampfmöglichkeiten der (proletarischen) Massen und ihrer Möglichkeiten zur Vereinheitlichung, von denen aus die Funktion der Partei anders abgeleitet werden muß. (Siehe Italien als Beispiel eines revolutionären Prozesses, der gekennzeichnet ist durch ein hohes Maß an kapitalistischer Vergesellschaftung und bewußter Einheit der Arbeiterklasse und anderer sozialer Schichten: hier wäre die historisch neue „strategische" Führungsrolle des Massenarbeiters zu diskutieren.)

In Chile nun befindet sich die kapitalistische Vergesellschaftung der Arbeit längst nicht auf der Stufe der BRD oder Italien. Chile ist als industrialisiertes Land zu bezeichnen, wenn auch auf einem technologisch rückständigem Niveau. Die zwar zahlenmäßig starke Arbeiterklasse:

Das waren die Minenerarbeiter, die der MIR mit der Arbeiteraristokratie vergleicht (um mit Lenin zu sprechen), diese nehmen eine soziale und ökonomische Sonderstellung ein aufgrund der isolierten Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dann die Arbeiter der nationalen Monopole – Betriebe von 500 bis 700 Arbeitern, Facharbeitern zumeist. Dann die quantitativ überwiegende Schicht des industriellen Proletariats, die Arbeiter der Klein- und Mittelbetriebe. Diese Fabriken haben ein sehr veraltetes technologisches Niveau, sie beschäftigen jeweils nur sehr wenig Arbeiter, 5–20 ungefähr. Diese Arbeiter sind Angelernte, ehemalige Handwerker und ähnliches. Die Lohndifferenz zwischen den ersten und den letzten beträgt etwa 1 : 5.

Zudem existierte in Chile eine spezifische Situation, in der auch zahlenmäßig starke Schichten im Volk wie die armen Bauern, Landarbeiter, poblaciones, Studenten in ihren unmittelbaren Kämpfen nicht an ständische Grenzen, sondern auf die nationale, vom Imperialismus gestützte Bourgeoisie als Feind stießen (vgl. weiter vorne!). Es existierte eine historische Situation in der Bauern, die Land besetzten, dies nicht zum Privateigentum erklären wollten, sondern es – da sie als Feind die Feudalherren sondern **landbesitzende Kapitalisten** hatten – es kollektiv bewirtschaften, also das Privateigentum abschaffen wollten – ebenso, wie die Arbeiter der Mittel- und Kleinbetriebe, die für die Sozialisierung bzw. für die Ausweitung der Sozialisierung der Produktion kämpften.

Daher hatte die Entwicklung der Massenkämpfe einen solch zentralen Stellenwert in der Politik des MIR. Gegenüber dem UP-Reformismus versuchte er, aus diesen Kämpfen heraus eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln und auf der Massenebene zu vereinheitlichen. Aufgrund dieser Funktion als innerer Avantgarde war der MIR fähig, die neue Ebene der Massenvereinheitlichung in den Organen der poder popular zu unterstützen.

Die Massenorganisationen des MIR blieben nicht bei unmittelbarer Interessenvertretung stehen, sie waren politische Instrumente zur Führung der Massenbewegung, um dem Reformismus die Hegemonie über diese zu entreißen.

Der MIR nun griff in seiner Klassenanalyse diese historische Situation richtig auf. Diese Klassenanalyse, die sich in der Absetzung vom Reformismus an der Hypothese der Möglichkeit des Sozialismus in Chile orientierte, zeigte, daß z. B. die Landarbeiter und kleinen Bauern auf dem Land Träger der Forderung nach Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion sein konnten, weil sie als Gegner die nationale Bourgeoisie hatten. Der MIR sah, daß genügend einheitliche soziale Kriterien, die sich aus der materiellen Situation verschiedener sozialer Schichten ergaben, vorhanden waren, um durch die Unterstützung und Förderung der Kämpfe bei Arbeitern, Bauern poblaciones usw. die politische Vereinheitlichung dieser Kämpfe zu ermöglichen. **Das städtische und ländliche Proletariat,** die Armen in Stadt und Land ebenso wie die Studenten und Teile der Staatsangestellten und -beamten hatten in der spezifischen chilenischen Situation bei der Entwicklung ihrer unmittelbar jeweils andersgearteten Kämpfe **einen gemeinsamen Feind,** die nationale Bourgeoisie und den US-Imperialismus. Auf dieser Basis intervenierte der MIR, und versuchte die Vereinheitlichung der Kämpfe durch ihre eigene Entwicklung voranzutreiben. Er setzte an den materiellen Problemen des Volkes an und brauchte deswegen nicht nur abstrakt-hilflos den „Kampf für den Sozialismus" zu propagieren, sondern konnte diesem Kampf einen Weg weisen, der gerade durch die Verwirklichung konkreter Massenbedürfnisse hindurch führte.

Demgegenüber war der UP-Reformismus nicht in der Lage, auf die Probleme der Armen in Stadt und Land und der Bauern politisch zu antworten, indem er ihnen eine Kampfperspektive außer der des Wahlkampfes geboten hätte, denn die Kampfformen der Pobladores usw. waren notwendig militant und zum Teil auch illegal. Sie widersprachen dem Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie, das die UP zur Sicherung ihres Programms anstrebte.

Der MIR hatte – wir würden sagen: trotz des strengen Kaderparteikonzepts – das „Ohr an den Massen". Aus dem konkreten Massenkampf heraus versuchte er, die revolutionäre antikapitalistische Perspektive innerhalb der Massen zu entwickeln, diese Perspektive auf Massenebene zu vereinheitlichen. Deshalb begriff der MIR sich auch als „innere Avantgarde" der Massen, was für uns zunächst, da er doch als Partei, nach unseren Begriffen also „extern" operierte, schwer vorstellbar ist. Demgegenüber versuchte die KP Chiles, auch marxistisch-leninistisch, ein Bündnis zwischen Schichten materiell anderer, zum Teil sogar antagonistischer Interessenlagen herzustellen: zwischen dem Proletariat und Teilen der Bourgeoisie. Dabei mußte die KP notwendig eine diktatorische Rolle gegenüber den Arbeitern einnehmen und konnte die Massenmobilisierung nur zu sehr begrenzten Zwecken wie Wahlen vornehmen. Wenn auch bei bestimmten Teilen im Proletariat stark verankert, konnte man sie doch beim besten Willen nicht „innere Avantgarde" nennen.

Aufgrund seiner Funktion als „innerer Avantgarde" der Massenbewegung war der MIR in der Lage – im Gegensatz zu der UP – die qualitativ neue Ebene der Masseneinheitlichung zu erkennen und zu unterstützen, die sich in



den Organen der Poder Popular ausdrückte, welche sich auf Initiative des Volkes, in einer besonderen Konfrontationssituation mit Bourgeoisie und Staat, herausbildeten.

Diese Beziehung der Partei zur Massenbewegung brachte auch eine besondere **Form der Intervention.** So schreibt Meschkat (Sondernummer d. Chile Nachrichten 2): „Der MIR hatte mit dem Aufbau von Massenorganisationen unter den Bewohnern der Elendsviertel und Bauern Erfolge, weil seine Kader selbst in den Poblaciones und auf dem Lande lebten, keine Linie von außen herantrugen, sondern halfen, die realen Bedürfnisse der Menschen zu artikulieren". Dieses Vorgehen trug dem MIR übrigens vonseiten anderer Parteien und Revolutionären wie Hugo Blanco (Trotzkist) den Vorwurf ein, er sei spontaneistisch und/oder ökonomistisch — ein Vorwurf, den Enriquez allerdings zurückweist: „. . . der **Ökonomismus (ist) ein Bestandteil des Reformismus"**

Diese Art der Intervention stößt bei uns, dem Revolutionären Kampf, auf uneingeschränkte Sympathie. Die Massen bei der Realisierung ihrer unmittelbaren Interessen zu unterstützen, ihre realen Bedürfnisse zu artikulieren: das versuchen auch wir, da auch wir annehmen, daß sich nur durch eine materielle Kampferfahrung hindurch, auf der Basis materieller Interessen, Klassenbewußtsein entwickeln kann. Bei uns allerdings ist nicht klar, mit welcher Zielsetzung wir intervenieren. Es fehlen strategische Vorstellungen, die eine politische Gewichtung der verschiedenen Kämpfe möglich machen würden; die Folge davon ist, daß wir allen Kämpfen gleiche strategische Bedeutung zumessen, auch wenn sie real sehr unterschiedliche Bedeutung und Perspektiven haben (z. B. Bürgerinitiativen und Arbeitskämpfe).

Deshalb betonen wir die Erreichung des unmittelbaren Zieles unverhältnismäßig stark — das erklärt z. B. den Vorwurf der ML, wir seien im Grunde reformistisch, weil wir keine Perspektive über den „Kampf um das Haus" hinaus formulieren können. Dies betrifft nicht nur die Inhalte (wie weitermachen?), sondern auch die Organisationsfrage: weder in der Betriebsarbeit noch im Häuserkampf gibt es politisch „faßbare" Resultate: der Häuserrat war vom Tisch, als die geräumten Häuser größtenteils geräumt waren, die Emigranten sind vereinzelt oder bei den Reformisten, undnwir haben uns zwar um einige proletarische Jugendliche vergrößert, die aber auch nicht recht wissen, welche politische Rolle sie eigentlich spielen sollten — außer bei Demonstrationen und sonstigen Aktionen.

Der MIR jedenfalls intervenierte nicht nur der einzelnen Aktion zuliebe und beschränkte sich nicht bloß auf die technische Unterstützung der Aktion. Auch wenn er den Prozeß der Massenvereinheitlichung in nicht traditioneller Weise begriff und entsprechend anders intervenierte, so vernächlässigte der MIR nicht das Problem der politischen Führung der Kämpfe, der Aufgabe der Entwicklung vieler taktischer Schritte zur Erreichung des strategischen Zieles, des Sozialismus,

Auch die Ungleichzeitigkeit und Sprunghaftigkeit der Kämpfe, die Notwendigkeit in diesen Kämpfen die revolutionäre Alternative zum Reformismus zu entwickeln, machen die politische Avantgarde, die Partei, notwendig (MIR).

Doch intervenierte der MIR eben nicht, um die Partei zu stärken, bis sie „losschlagen" kann; sondern die revolutionäre Partei zu entwickeln hieß für den MIR zu allererst, „den Massen die Initiative zu überlassen, konkrete Handlungsanweisungen zu finden und Massenstrukturen zu finden, die es erlauben, die revolutionäre Bewegung weiterzuführen, auch wenn es notwendig sein sollte, das Parlamentarismusspiel zu zerbrechen", — also die Unidad Popular anzugreifen.

Die Massenstrukturen, die der MIR zur Führung einzelner Bewegungen entwickelte, waren seine Massenorganisationen MCR, FTR etc. „Jede dieser Bewegungen entspricht einer Tendenz, die unter den Massen vertreten ist, und in jedem Sektor haben wir versucht, eine organisatorische Form zu finden. Diese Fronten erweitern die Eingriffsmöglichkeiten des MIR erheblich, denn wir sind überall in diesen Organisationen in leitenden Funktionen vertreten, zusammen mit kleineren politischen Gruppen, die von uns abhängig sind. Es gibt viele Bauern und Militante, die in den Fronten arbeiten, ohne dabei Militante des MIR zu sein".

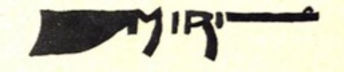
Diese Massenorganisationen erschöpfen sich in der Charakterisierung als Organe unmittelbarer Massenvertretung allein. Sie waren gleichzeitig **politische Instrumente zur Führung der Massenbewegung** selbst. Mit ihrer Hilfe konnte in den Massen die Auseinandersetzung mit dem Reformismus geführt werden, sie waren ein Mittel, den radikalen antikapitalistischen Inhalt der Kämpfe klar zu formulieren und zu verallgemeinern, d. h. also die Kämpfe in bestimmter politischer Richtung zu führen. Entsprechend dem Inhalt der Kämpfe drückten sie die Einheit des politischen und ökonomischen Kampfes aus, unterscheiden sich also grundlegend in ihrer inhaltlichen Bestimmung von dem traditionellen Verhältnis von Gewerkschaft und Partei.

Der MIR definierte also die Rolle der Partei in einer neuen inhaltlichen Beziehung zu der Massenbewegung; doch er stellte, die Notwendigkeit der politischen Führung nicht infrage, wobei er unterahm das Konzept der Partei revolutionärer Kader, von Berufsrevolutionären, wie es Lenin entwickelt hatte.

Diesem Parteimodell folgte der MIR offenbar. Die MIR-Kader intervenierten als Revolutionäre, d. h. organisiert mit klaren politischen Interessen. Sie schlüpften nicht in die Rolle z. B. eines Sozialarbeiters, wenn sie den Bauern schreiben beibrachten. Sie stellten ihre politische Arbeit auch nicht unter den Stern des Verschmelzens von Student, Arbeiter, Bauer, Indianer usw., sondern sie intervenierten als Revolutionäre. Für den MIR-Kader war nicht die Herkunft ausschlaggebend, — Student muß an der Uni; Bauer bei Bauern arbeiten etc. — sondern entscheidend für die politische Rolle des Kaders war allein ob und wie er politische Funktionen wahrnehmen konnte; beispielsweise haben auch MIR-Kader, die einmal Pobladores waren, an der Uni politische Arbeit geleistet. Der MIR sah also seine Aufgabe darin, als Partei von Revolutionären politische und militärische Führungsaufgaben zur Entwicklung der Massenbewegung wahrzunehmen. Der MIR hat auf die Frage, warum er innerhalb der UP keine institutionellen Verantwortlichkeiten übernommen habe, geantwortet: „Wir haben eine viel größere Verantwortung übernommen: wir versuchen dem Massenprozeß eine politische Führung zu geben, den Prozeß zu verteidigen, die Verschwörung zu bekämpfen". Auch hat es der MIR als seine größte „Schwäche" bezeichnet, daß es „uns nicht gelungen ist, dem Reformismus die Führung der Massenbewegung zu entreißen" (Enriquez). Als wichtigste Aufgabe des chilenischen Widerstandes jetzt formuliert der MIR: „Wenn die politische Führung der Arbeiterklasse sich dem (Imperialismus und Kapitalismus) nicht entgegenstellt oder nicht alles in ihrer Macht stehende unternimmt, um die Kampfkraft der Massen im Sinne dieses Programms zu lenken — besonders in Krisenzeiten des kapitalisitschen Wirtschaftssystems — so ist der Preis dafür der unausweichliche Sieg der Ultrareaktionären bürgerlichen Konterrevolution. Diese alte Lektion des Leninismus und der vergangenen 50 Jahre weltweiten revolutionären Kampfes ist die entscheidende Lehre aus der blutigen Niederlage des chilenischen Volkes am 11. September". (MIR-Buch, S. 117)

Die Alternative zum Reformismus, die revolutionäre Perspektive innerhalb der Massen zu entwickeln und durchzusetzen, hat die Arbeit auf **jeder** Ebene des politischen und militärischen Massenkampfes bestimmt: das genau heißt, die revolutionäre Führung wahrzunehmen, heißt: Hegemonie über die Massenbewegung. Im Verhältnis zum Reformismus hatte der MIR nur eine schwache Massenbedeutung, konnte für die Massen noch nicht die Alternative darstellen — doch der konsequente Anspruch hat ihn jetzt zu einer entscheidenden Kraft des Widerstandes werden lassen.

Die spezifische Beziehung der Partei zu den Massen erklärt, warum sich der MIR selbst die **„innere Avantgarde"** benennen konnte, und diese inhaltliche und organisatorische Beziehung, d. h. auch das Parteikonzept des MIR, entsprach offenbar den chilenischen Verhältnissen und sichert dem MIR jetzt politische Überlebenschancen im Gegensatz zu anderen Parteien.



VII. Poder popular und Staatsmacht

Der Ausdruck des höchsten Reifegrades des revolutionären Prozesses in Chile war die Herausbildung dessen, was zusammengefaßt als ‚poder popular' bezeichnet wurde: commandos communales, cordones industriales, consejos communales sampesinos sowie die ‚Volksversammlung von Concepcion'.

Die UP als ganzes gesehen bzw. immer deutlicher: ihr Regierungsflügel und die KP, lehnten diese konkreten Formen von poder popular ab. Sie sagten, daß dies das Bürgertum verschrecke und den Putsch der Reaktion herbeiführe, und sie erkannten (richtig), daß die poder popular letzten Endes auch der UP-Regierung perspektivisch die Macht streitig machen würde.

Die linken Flügel der UP-Teile der Mapu, der PS usw., unterstützten diese Initiativen der ‚poder popular'. Teilweise mit dem Argument, daß die UP auf die Aktivität der ‚Basis' angewiesen sei (in *ihrer* Auseiandersetzung mit der Reaktion), also taktisch zur Unterstützung der UP-Regierung. Teilweise mit ähnlichen Argumenten wie der MIR:

Der MIR unterstützte die Formen der ‚poder popular', weil er bzw. (ganz konkret) *insoweit* er in ihnen Keimformen einer revolutionären Machtstruktur der Massen sah:

- **der Ort, wo sich Industriearbeiter und Bauern (etc.) vereinigen konnten *im Rahmen* einer revolutionären Initiative**
- **Ansätze einer alternativen Lebens- und Gesellschaftsorganisation**
- **Massendemokratische Rätestrukturen, die sich auf Grund ständiger Bedrohung militärisch verteidigen mußten und so als *Kampfstrukturen* entwickelten.**

Diese drei Bestimmungen geben auch grob die Momente wieder, auf Grund derer sich die konkreten Initiativen und Ansätze der ‚poder popular' als *praktisch-notwendige* Lösungen realer Probleme allmählich herausbildeten und vervollständigten

Das vorher angegebene Verhältnis von Partei und Massenbewegung erlaubte es, daß der MIR die unabhängigen Initiativen der Massen, die sich nach dem ersten Transportunternehmerstreik entwickelten, unterstützte. Diese Initiativen konkretisierten sich in der Bildung von commandes communales (die alle sozialen Bereiche einer Gemeinde vereinigten – Arbeiter, Bauern, Studenten, Frauen, Angestellte, Kleinhändler), von cordones industriales (Arbeiterräten) und consejos communales compesions (Bauernräten). Ebenso unterstützte der MIR die Volksversammlung von Concepcion als die (perspektivische) Möglichkeit, das Parlament durch die wirkliche Volksdemokratie zu ersetzen. Die UP nahm notwendig andere Positionen ein:

Die der Herausbildung von ersten Ansätzen von p. p. (Volksversammlung von Concepcion) am 12. Mai 72 reagierten die UP Parteien aufgeschreckt und mit scharfer Ablehnung. Sie sahen die Masseninitiativen ohnehin eher als Gefährdung ihrer Bündnisstrategie als eine Stärkung der revolutionären Bewegung. So konnte sich Allende nur vorstellen, daß die Initiatoren der Volksversammlung Konterrevolutionäre seien. Dieses Verhältnis der UP zu den unabhängigen Organisationen der Massen änderte sich nicht bis 1973, allerdings kristallisierten sich innerhalb der UP verschiedene Positionen heraus, die die p.p unterstützten. Der rechte Flügel der UP (Allende und KPCH) erkannte erst kurz vor dem Putsch (Juni 73) die Notwendigkeit der Mobilisierung der Massen und die Schaffung der Volksmacht, doch selbst dann begriffen sie ihr Eintreten für die p.p. stets nur taktisch, als Unterstützung der UP.

Der MIR dagegen bezeichnete die p.p., speziell die commandos communales, als geeignetes Instrument, ... „Kräfte zu sammeln um das Parlament aufzulösen (als Perspektive), ein Programm aufzustellen für die Gesamtheit des Volkes, um die Gesamtheit der Feinde zu schlagen. Es ist möglich und notwendig, derartige Losungen aufzustellen, die auch von Teilen der PS und IC erhoben worden sind, und die wir ‚consejos communales de trabajadores' nennen". Deren Aufgabe ist es, „die Gesamtheit des Volkes zu vereinen, und zu aktivieren, indem sie ein Programm erstellen, daß die Forderungen der verschiedenen Sektoren des Volkes interpretiert". Die comunalräte sind offen für jeden, sie sind der Ort der ideologischen Auseinandersetzungen. Der MIR sah in diesen Räten das „Programm des Volkes" sich konkret entwickeln, sich die Volkseinheit auf höherer Ebene herstellen: Hier war der Ort, an dem sich Industriearbeiter und Bauern vereinigen konnten. Diese Initiativen der Arbeiter und Beamten zur Wahrnehmung sozialer Aufgaben und der Weiterführung der Produktion dienten dem unmittelbaren Lebensinteresse des Volkes, sie verwirklichten in Ansätzen eine alternative Lebensorganisierung, doch sie waren zugleich auch gerichtet gegen Unternehmer und Imperialismus, die das soziale und wirtschaftliche Leben Chiles lahmlegen wollten. D. h. die beginnenden Rätestruturen entwickelten sich als Kampfstrukturen, waren ein Angriff gegen die Funktionen und die Macht der Bourgeoisie. Entsprechend waren sie dauernd bedroht und mußten sich auch militärisch verteidigen. Daß die Rätestrukturen sich überhaupt in einem gewissen Umfang entwickeln und konsolidieren konnten, daß die Bourgeoisie nicht sofort zuschlug, lag an dem **Machtvakuum** zu dieser Zeit: die Bourgeoisie war noch gespalten, deshalb geschwächt. Die UP konnte auf die Angriffe der Unternehmer nicht adäquat antworten innerhalb des selbstgesetzten Rahmens der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Staates. Die Gewerkschaften repräsentierten nur einen kleinen Teil des Volkes, zudem konnten sie aufgrund der Bindung an die UP nur begrenzt operieren . .

Der MIR interpretierte die Situation beim Transportunternehmerstreik 1972 als Machtkonfrontation zwischen nationalem Kapital, Imperialismus und Arbeiterklasse. (Bauern etc.), die Rätestrukturen sah der MIR als adäquate Antwort des Volkes auf die seitens der Bourgeoisie gestellten Machtfrage. „Wenn sich die Unternehmer weigern zu produzieren, zu transportieren, zu verkaufen, und zu handeln, dann muß und kann das Volk diese Tätigkeiten in seine eigene Hand nehmen ... dann kann die Arbeiterdemokratie in Industrie und Landwirtschaft die Produktion selber machen und Handel und Transport in Gang setzen. Die Enteignung der Großindustrie, des Großhandels und der (staatl.) Verteilerorganisation, die chilenische Kammer des Baugewerbes, und die großen Transport und Schiffahrtsunternehmen, die Massenkommunikationsmittel, die Banken und die Minen im Besitz der Nordamerikaner, die Arbeiterkontrolle über die privaten Unternehmen soll vorangetrieben werden, um die ökonomische Basis, auf die sich der Widerstand der Unternehmer stützt, zu brechen".

Die Durchsetzung dieses Programms, das die Machtfrage gegen Kapitalisten und Staat (Und Imperialismus natürlich) formulierte, kann nur verwirklicht werden, „wenn sich eine Macht des Volkes entwickelt .. Embryos der Volksmacht, die es erlauben, die notwendige Kraft zu erzeugen, um das Parlament in Frage zustellen und in Zukunft durch die Volksversammlung zu ersetzen".

Als wichtigste politische Aufgabe stellte sich der MIR deshalb die „Aktivierung der Massen", um die Entwicklung der Commandos etc. weiterzutreiben. „Wir rufen dazu auf, den Kampf der Arbeiterklasse und der Massen voranzutreiben, das Volk von unten her in Kommunalen Räten zu vereinen. Diese Räte sind das Werkzeug, das der Arbeiterklasse und dem Volk erlauben wird, die Reaktion der Unternehmer und den Faschismus entgültig zu schlagen". Als sich die Machtfrage zuspitzte, die Bourgeoisie sich einigte, bezeichnete der MIR (nach dem ersten Putschversuch) die Commandos Communales (CC) als **die** Instrumente des Volkes, die von ihrer faktischen (aber doch ziemlich schwachen) Machtposition aus die UP und die loyalen Teile der Armee zwingen sollten, eine revolutionäre Gegenoffensive einzuleiten gegen den drohenden Putsch, „ohne ihnen jedoch ausschließlich die Entscheidung und Vorbereitung zu delegieren, die unseren hundertjährigen Kampf (der revolutionären Bewegung) um die Staatsmacht fortsetzen soll. Die CC, das revolutionäre Volksprogramm und die Volksmacht sind die Instrumente, die diese Unabhängigkeit gewährleisten, mit denen die Arbeiter auch ohne schwankende Verbündete – wenn notwendig – den Kampf entschlossen fortsetzen werden". Die Poder popular erschien dem MIR als die Möglichkeit, die gespaltene Linke angesichts des Putsches auf der Basis der Volksmacht, eines von der Regierung unabhängigen poder popular, um von dort die Regierung aufzufordern, der Bourgoisie unsere Interessen aufzuzwingen".

Angemerkt werden muß, daß die reale Entwicklung der poder popular lange nicht so entwickelt war, wie es hier scheinen könnte. Hier interessiert nicht so sehr die tatsächlichen und unterschidlichen Entwicklungen von Comandos, cordones etc. Hier interessiert vor allem die politisch-strategische Gewichtung der Organe der Poder popular, wie sie von den verschiedenen Parteien der chilenischen Linken Chiles vorgenommen wurden. Dies ist deshalb so wichtig, weil die PP schließlich die herausragende Besonderheit des chilenischen revolutionären Prozesses darstellt)

Die Auseinandersetzung der chilenischen Linken zur ‚poder popular' steht in der Tradition der langen Auseinandersetzung zwischen Revolutionären und Reformisten über die Bedeutung der Staatsmacht im revolutionären Prozeß, die angefangen hat an den Lehren, die Marx aus dem Scheitern der Pariser Kommune zog, und die Lenin anzuwenden versuchte. Aber dies ist nur eine Characterisierung der Auseinandersetzung um die ‚poder popular'.

Die Frage einer an den Bedürfnissen der Massen wirklich orientierten Politik entscheidet sich nicht kurzschlüssig allein an der Organisationsstruktur: das Verhältnis von „offener Massendemokratie" und zentralistischer Entscheidungsstruktur ist vom MIR *trotz Aufrechterhaltung* inhaltlich revolutionärer Massenpolitik stets an der Frage und nach Maßgabe der anstehenden Aufgaben und der gesellschaftlichen Verhältnisse neu gestellt und entschieden worden.

Die vorhin beschriebenen Differenzen in Hinblick auf die poder popular innerhalb der Linken Chiles beziehen sich letztlich auf grundsätzlich verschiedene Beurteilungen der **Rolle des bürgerlichen Staates** im revolutionären Prozeß.

Der Reformismus geht bei seiner Vorstellung von der „Revolution" von der Unüberwindlichkeit des Staates durch den bewaffneten Kampf, also von seiner Unbesiegbarkeit aufgrund seiner militärischen Stärke aus. Dies ist die Basis für den „friedlichen Weg zum Sozialismus", der mit Hilfe der entsprechenden Bündnispolitik, durch Sozialisierung der Wirtschaft, durch „Eroberung" des Staates durch Wahlen sich die Möglichkeit zur sozialistischen Transformation der Gesellschaft schaffen will. Gerade die Rolle der UP zeigt – bedenkt man die Folgen – auf tragische Weise, daß die Regierung nicht den Besitz des Staates, ja noch nicht einmal die Kontrolle über den Staatsapparat erlangen konnte (wegen der sog. Legalitätsgarantien). Schwerwiegendstes Resultat dieser Politik ist die Entwaffnung des Volkes. Die Revolutionäre dagegen (MIR u. a.) gehen aus von der Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes, von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Der MIR formuliert als Ziel des Widerstands (und das galt auch vor dem Putsch), daß die „chilenische Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat in seinen Grundfesten zerstören und darauf einen Arbeiter- und Bauernstaat errichten (wird)".





Der MIR steht damit in einer bestimmten revolutionären Tradition des Marxismus-Leninismus.

Marx schreibt in seiner Interpretation der Pariser Kommune, daß das Proletariat durch seine Form der Selbstorganisation neue Formen des proletarischen Staates entwickelt – die Räte. Der alte Staat muß zerschlagen werden und direkte Demokratie an seine Stelle gesetzt werden, denn „die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in den Besitz nehmen und diese für ihre Zwecke in Bewegung setzen". Genau diesem Irrtum unterlagen die Reformisten, genau diesen Irrtum machen die KPen in Westeuropa zum Ziel ihrer Politik.

Lenin, der als erster in Kritik zur Sozialdemokratie der II. Internationale diese Erfahrung der Pariser Kommune, das Problem der Machtfrage, und die Lehre, die Marx daraus gezogen hatte, erneut in das Zentrum der politisch-theoretsichen Überlegungen stellte, schrieb über die Volksmacht in Rußland. „Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der provisorischen Regierung, der Regierung der Bourgeoisie, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber doch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende Regierung herangebildet hat: die Sowjets der Arbeits- und Soldatendeputierten.

Wie ist diese andere Regierung klassenmäßig zusammengesetzt? Aus Proletariern und der in Soldatenröcke gesteckten Bauernschaft. Welcher Art ist der politische Charakter dieser Regierung? Sie ist eine revolutionäre Diktatur, d. h. eine Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Machtergreifung stützt, auf die unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten und nicht auf ein von einer zentralisierten Staatsmacht erlassenes Gesetz. Sie ist eine Macht von ganz anderer Art ... Diese Macht ist von dem selben Typus, wie es die Commune war. Die Grundmerkmale dieses Typus sind: I. Quelle der Macht ist nicht das vorher vom Parlament beratene und beschlossene Gesetz, sondern die direkte „Machtergreifung", um diesen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen. II. Ersetzung von Polizei und Armee als vom Volk getrennte und dem Volk entgegengestellte Institution durch die direkte Bewaffnung des ganzen Volkes. Die Staatsordnung wird unter einer solchen Macht von den bewaffneten Arbeitern und Bauern selbst, vom bewaffneten Volk selbst geschützt".

Daß diese Vorstellung in der russischen Entwicklung sehr bald in der Errichtung eines neuen ‚repressiven Polizei- und Staatsapparates unterging, ist ja bekannt. Trotzdem ist es diese, auf Lenin zurückgehende Tradition der Arbeiterbewegung, die bewußt dieses Problem der Machtfrage in der revolutionären Entwicklung angepackt hat. Das ist wohl auch der Grund, warum der MIR sich selbst als „marxistisch-leninistisch" bezeichnet.

Nicht nur die heutigen ‚reformistischen und revisionistischen Varianten des „Marxismus-Leninismus", auch eine anarchistische Position würde mit dem oben Gesagten nicht übereinstimmen, wenn auch von jeweils sehr verschiedenen Standpunkten aus. Wir können hier nur auf dieses Problem hinweisen. Es muß noch ausführlicher diskutiert werden. Es gibt ja genügend historische Beispiele, auf die man sich beziehen kann. Hier soll nur angedeutet werden, ebenso wie die Frage der Rätedemokratie:

Es ist auffallend, daß der MIR des Aspekt der revolutionären Volksdemokratie, die ja die Räte in Chile auch ausdrückten, selten betont. Sicher wurden die Momente der Demokratisierung der Willensbildung in der Planung der Produktion, in der Gestaltung des Produktionsprozesses, in der kommunalen Verwaltung, in der Justiz etc., als entscheidende Inhalte der poder popular angesehen. Auch wurde gesehen, daß die Erfahrung der direkten Demokratie für diejenigen, die bisher immer nur von anderen beherrscht und getreten wurden, selbst schon ein wesentliches „revolutionäres" Kampfmotiv darstellt. Die Frage ist aber, wie die Massendemokratie innerhalb des Kräfteverhältnisses zwischen den revolutionären Kräften und der Bourgeoisie gewertet wird: kommt es darauf an, die „Massendemokratie" als strategisches Ziel zu verteidigen, d. h. der Ausweitung und Vertiefung von Formen, in denen die Massen sich selbst organisieren und wo sie ihre eigenen Erfahrungen machen (können), den absoluten Vorrang einzuräumen, oder muß die poder popular verteidigt und entwickelt werden, weil sie die (militärischen) Machtbastionen gegen die Bourgeoisie darstellt?

Der MIR legte wohl, wenn es zum Widerspruch zwischen beiden Bestimmungen kam, klar das Schwergewicht auf die zweite Bestimmung. Er sah dementsprechend auch die Notwendigkeit, die „innere Demokratie" der poder popular den verschiedenen politischen Kampfbedingungen unterzuordnen und anzupassen. Das bedeutet, daß die „innere Demokratie" unter Umständen (!) zugunsten der „höchsten Form des politischen Kampfes, des bewaffneten Kampfes" aufgegeben werden muß.

Bei der Organisierung eines campamentos (besetzten Landes) verdeutlicht sich das (z. B.). „Vorher, unter anderen politischen Bedingungen (unter Frei, sehr große Repression) herrschte im campamento eine Art Diktatur ohne jegliche Mitbestimmung; es gab keine Diskussionen. Man mußte allerdings berücksichtigen, daß die damalige politische Situation diesen Stalinismus als einzig mögliche politische Lösung rechtfertigte, denn es gab keine Alternative. Man mußte schnelle Entscheidungen treffen, die Menschen im campamento so schnell wie möglich mobilisieren können – da konnten wir nicht erst zwei Tage diskutieren. Die pobladores sind diesen nach kurzer Besprechung schnell getroffenen Entscheidungen mit Vertrauen gefolgt. Nach dem Regierungswechsel gab es ja dann die Grupo movil nicht mehr (Terrorgruppe von Frei). Frei war weg, vielmehr der Genosse Allende an der Regierung, und da hätten die pobladores natürlich keine stalinistische Diktatur mehr akzeptiert. Der veränderten politischen Lage entsprach eine andere politische Organisation, dafür sind ja politische Analysen notwendig (!)".

SOLDADO
NO MUERAS POR
LOS PATRONES.
VIVE LUCHANDO
JUNTO AL PUEBLO
SOLDADO
DESOBEDECE
A LOS OFICIALES
QUE INCITAN
AL GOLPE
MIR

Soldat
stirb nicht für die Unternehmer.
Lebe, kämpfend
an der Seite des Volkes.

Soldat
verweigere den Offizieren
den Gehorsam,
die dich zum Putsch
antreiben.

VIII. Die Rolle des Heeres und ihre Einschätzung vor dem Putsch

Der MIR hatte zum Zeitpunkt des Putsches keinen wirklichen Erfolg gehabt in der Umsetzung eines praktischen Konzeptes zur Massenbewaffnung. Neben seiner allgemein minoritären Position in den Organen der Massen neben Vertretern der UP-Parteien, liegt u. M. auch an seiner falschen Einschätzung des Heeres: nämlich die Annahme, daß sich die proletarische Basis des Heeres im Falle eines Putsches gegen das rechte Offizierskorps stellen würde.

Der MIR verstand sich als Kaderorganisation, die politische und militärische Aufgaben zu lösen hatte. Er versuchte, sich dementsprechend zu organisieren. Er betonte dabei immer, daß die Frage des bewaffneten Kampfes politisch gestellt und gelöst werden mußte: d. h. als Entwicklung einer politisch-militärischen Massenlinie, d. h. als Bewaffnung der Massen (und nicht: der Avantgarden wie in der Praxis der focus-Guerilla).

Weiter oben wurde schon darauf hingewiesen, daß der MIR der auch ansatzweise praktisch herausgebildeten Voraussetzungen in den Bereichen der ‚poder popular' – genauso wie die anderen Parteien und Organisationen – zum Zeitpunkt des Putsches **kein** praktisches Konzept zur Massenbewaffnung und zum Aufbau eines Volksheeres besaß, zumindest keines, das die sich stellenden Aufgaben hätte lösen können. Anders gesagt: Die Organe und die reale Macht der ‚poder popular' waren im Sept. 73 noch wenig entfaltet. Zum einen lag dies natürlich an der relativ kurzen Zeit der Herausbildung solcher Strukturen im revolutionären Prozeß in Chile, ferner an der Minderheit, die diejenigen politischen Kräfte (wie der MIR) besaßen, die die ‚poder popular' als Machtstrukturen der Massenbewegung zu entwickeln versuchten. Aber es scheint auch daran gelegen zu haben, daß **vor** dem Putsch alle revolutionären Kräfte in Chile, auch der MIR, das Verhalten des Heeres im Falle eines Putsches falsch einschätzten: Entweder dachte man, daß sich Teile des Heeres unter Führung loyaler Generäle der UP anschließen würden – dies war die Position der UP, deshalb versuchte sie, durch Hereinnahme der Generäle in die Regierung diese an sich zu binden,

Oder man setzte auf die horizontale Spaltung des Heeres – in der Annahme, die proletarische und bäuerliche Basis des Heeres, Soldaten und Unteroffiziere, würden sich gegen die Feinde des Volkes wenden. Auch der MIR teilte diese Position. Im „Programm des Volkes" (MIR) – ein Kampfprogramm, das unmittelbare und „Übergangsziele" für alle relevanten Bereiche formuliert – wird dem Heer nur folgender Satz gewidmet: „Die Armee und die Soldaten werden sich bei der Durchführung dieser Aufgaben (des Programms) nicht gegen das Volk wenden, und werden die Mittel nützen, die unsere Arbeit (im Heer) ihnen zur Verfügung gestellt hat, um unsere Solidarität gegen die Feinde und Aggressoren des Volkes zu verteidigen". (LA Sonderbericht, Nr. 5, S. 5).

In beiden Fällen führte dies jedenfalls zu der Hoffnung, daß eine auch nur ansatzweise entwickelte ‚poder popular' zumindest mit der Unterstützung von Teilen des Heeres rechnen könnte. Nachträglich gesehen hat sich diese Hoffnung als falsch erwiesen. Es wurde unterschätzt, daß bestimmte Heeresabteilungen einfache Soldaten aufgrund der technologischen Struktur kaum braucht, z. B. bei der Luftwaffe, auf die sich die Junta stützte. Die qualifizierten Soldaten dieser Heeresgattung sind anders materiell und ideologisch an das Heer gebunden als ein einfacher Soldat auf Zeit. In der Marine wurde vorher schon „geputscht". Die Vorstellung von der Spaltung des Heeres stammt von Revolutionen, die unter anderen Bedingungen als die in Chile stattfanden: nämlich im oder im Anschluß an einen imperialistischen Krieg. Der imperialistische Krieg hatte das Volk bewaffnet, die Erfahrung langer, vielleicht aussichtsloser entbehrungsreicher Kämpfe hatte die Truppen „demoralisiert" und ermöglichte es, daß es unter Führung von Demokraten und Sozialisten zur Spaltung der Heere kam, wobei sich die Soldaten sowohl gegen die Offiziere wandten, sowie es auch zu „Abfall" ganzer Divisionen unter Führung fortschrittlicher Generäle kam.

Für Chile existiert kein vergleichbares historisches Beispiel, denn der revolutionäre Prozeß entwickelte sich unter den Bedingungen imperialistischen Friedens – einer Krise, die ihre Zuspitzung in einem Krieg auf längere Zeit nicht finden wird. (Auch Cuba kann nicht als Beispiel herangezogen werden, das ist in vielem ein Sonderfall) Deshalb auch ist Chile wichtig für unsere (zukünftigen) strategischen Diskussionen. Die Funktion des Heeres verändert sich entsprechend mehr und mehr dahin, die Klassenkämpfe im eigenen Land zu verhindern, statt Grenzen zu verteidigen oder zu erobern. Es findet eine ideologische und organisatorische Durchstrukturierung der Heere statt, die demokratische Entwicklungen schwer machen dürften. Die Veränderung der Heere in Berufsheere zeigt eine solche Entwicklung.

Zwar war die nur schwach entwickelte poder popular in Chile gegenüber diesem geschlossenen Eingreifen des Heeres im September 1973 machtlos, aber dennoch hatte sich eine Perspektive angedeutet, wie der militärische Kampf massenhaft geführt werden muß, die ‚poder popular' als Organe des Aufstandes. Auf dieser fortgeschrittensten Erfahrung der revolutionären Entwicklung in Chile basiert auch – den veränderten Umständen entsprechend –, der politisch-militärische Ansatz des MIR im Untergrund: Die Widerstandskomitees sind als Ausdruck und als Keimformen einer zukünftigen ‚poder popular' unter den politischen Bedingungen der Repression anzusehen. ●

Spendet für den Widerstand in Chile!
an: Monica Maurer
Sonderkonto
Kto. Nr. 2995 11-807
Postscheckamt-München

Literatur:

- A. Münster, Chile – friedlicher Weg?, Rotbuch 44
Texte der MIR, Widerstand in Chile, Wagenbachverlag
- Chile – unsere „Commune", politische Einschätzung von Lotta Continua, Politladen Erlangen

Zur ‚Poder Popular':

- Die ‚Botschaft des Volkes', das Revolutionsprogramm der chilenischen Massenbewegung (in: Revolution und Konterrevolution in Chile, Luchterhand-Verlag)
- Texte zum antiimperialistischen Kampf Nr. 7, Roter Stern-Verlag
- Ursula Bernauer, Elisabeth Freitag, Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit, Dokumente aus Elendsvierteln, Laetare Verlag

Zu den Widersprüchen der UP

- K. Meschkat „Neue Kampf- und Organisationsformen" !
- U. Müller-Plantenberg „Grundzüge und Ergebnisse der Bündnispolitik der Chilenischen Linken 1970–73
beide in: Sondernummer 2 der Chile-Nachrichten und nochmal abgedruckt in ‚Probleme des Klassenkampf' Nr. 14/15.
- Marini, Sepulveda, Die Wirtschaftspolitik der ‚via chilena' ! (in: Revolution und Konterrevolution, Luchterhand)

Dokumente -10-:

BLOSS KEIN ATOMKRAFTWERK

Wyhl

Bauplatzbesetzung und Räumung
„Ihr wißt nicht, was ihr hier zerstört habt!"

26. Januar

3 000 Menschen aus der gesamten Region demonstrierten in der vom geplanten Kernkraftwerk am meisten Nachbargemeinde Weisweil noch einmal. „Die Region läßt sich in Wyhl kein Atomkraftwerk aufzwingen — hunderttausend Betroffene sind dagegen — 883 Wyhler sind dafür." Schon am 24. Januar ist vom Wirtschaftsministerium die erste Teilgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerks ergangen. Das erfährt die Bevölkerung erst am 28. Januar.

29. Januar

4 Nachbargemeinden und sechs Einzelkläger erheben beim Verwaltungsgericht Klage. Die sofortige Vollziehbarkeit der Teilgenehmigung soll ausgesetzt werden.

11. Februar

Das ca. 40 ha große Rhein-Aue-Waldgelände auf der Gemarkung Wyhl wird für 2 Mio. DM an die Kernkraftwerk-Süd GmbH. verkauft.

17. Februar

Das Gericht hat noch nicht entschieden, aber am Montag fangen Waldarbeiter und Arbeiter von Hoch-Tief an, unter Bewachung und Aufsicht der Kernkraftwerk-Süd, mit Wald- und Planierungsarbeiten den Bauplatz vorzubereiten. Damit sollen in Wyhl vollendete Tatsachen geschaffen werden, um die Gerichtsentscheidung zu beeinflussen. Für die Kraftwerksgegner ein echter Notstand und eine Aufforderung zum Handeln. Ein Zäunchen wird gezogen, Schilder angebracht, Flugzettel verteilt. Bürgermeister Zimmer und die Kernkraftwerk-Süd drohen potentiellen Besetzern auf einer Din-A-4-Seite mit Strafen: Zwangsgeld von 200,— DM bei jedem Betreten des Platzes, Schadenersatz, Anzeige wegen Hausfriedensbruch usw. usw.

18. Februar

Für Dienstagmorgen ist „vor Ort" am Baugeländezaun eine Pressekonferenz anberaumt worden, wo die Klage von Professor Bender der Presse überreicht werden soll. Auch die Bevölkerung ist dazu eingeladen. Die 300 Menschen können nicht mitansehen, wie Bagger und Sägen im Rhein-Aue-Wald wüten. Nach etwa 15 Minuten schweigendem Entsetzen wird mit den Arbeitern diskutiert, die Baumaschinen werden besetzt. Eine Stunde später erschienen die Grünen (ca. 20 Stück), die Spitzel und Badenwerks-Polizisten wurden nicht gezählt. Aufforderung: „Verlassen sie den Platz." Androhung von Strafen. „Wir sind zu wenige", die Besetzer weichen 100 Meter zurück. Noch einmal: „Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei". Klatschen und Johlen. An die Polizisten werden Flugblätter verteilt, die wissen wenig über Atomkraftwerke. So werden sie in kleinen Diskussionsgruppen informiert. Diese Aufweichung war erfolgreich. Den Befehl, Personalien aller Anwesenden aufzunehmen, konnten sie nicht mehr befolgen. Im Polizeifunk: „Wir machen uns nur lächerlich!" Die Frage, die im Raum schwebte: Ist dies eine Besetzung oder nicht, ist entschieden: Dies ist die Besetzung. Wir bleiben.

So richten sich Polizei und Besetzer ein. Eine Hütte wird in Windeseile aufgebaut. Wein und Schnaps, gemischter Aufschnitt — der Wirt spendet — machen die Runde. Feuer werden angelegt, Lieder gesungen. Im Laufe des Nachmittags kommen viele hundert Franzosen und Badener auf dem Bauplatz vorbei. 200 Besetzer schlafen in Zelten und auf Stroh. Die Erfahrungen aus Marckolsheim nützen: Wachen werden eingeteilt, noch eine Lagerfeuer-Diskussion über das Prinzip des gewaltlosen Widerstands. Nur die KPD will die Führung übernehmen und lehren, was schon alle wissen, die hier länger den Kampf führen, daß die Gewalt vom Staat ausgeht. Sie lassen sich nicht belehren, bleiben bei ihren Schemata, die die Realität nicht zulassen, ein isoliertes Grüppchen.

Drei Stunden lang kommt Unterstützung vom anderen Rheinufer. Der Sender „Freies Atom", auf dem Marckolsheimer Platz postiert, sendet Musik und Reden, die Mut machen: „Der Rhein soll bleiben, wie er ist, rein."

19. Februar

In aller Frühe, den kritischsten Stunden, wo Bauarbeiter anrücken, bringen Frauen Kaffee und Tee. Der Baubeginn wird immer wieder erfolgreich verhindert, indem Gruppen Baufahrzeugen den Weg verstellen und Bagger besetzen. Es wird nur kritisch, als ein wütender Arbeiter einen Mann und eine Frau, die sich auf ein Baggerteil gesetzt haben, etwa 10 Meter in die Luft hebt, dann noch hin und her schwenkt.

In den Dörfern werden 15 000 Aufrufe zur Mitbesetzung verteilt. Die Materialzufuhr (Hütten, Plastikfolien zum Schutz gegen Wind und Regen, die ersten Bausteine für eine Küche) klappt viel besser. Trotz Regen sind viele hundert Kaiserstühler auf dem Platz. 17 Pfarrer und Mitarbeiter evangelischer Gemeinden aus dem Kreis erklären in einem Telegramm an Ministerpräsident Filbinger, daß sich am Protest gegen den Baubeginn in erster Linie Angehörige aller Kirchengemeinden am Kaiserstuhl beteiligen. Sie protestieren damit gegen Filbingers Behauptung, die Besetzung werde von bundesweit organisierten Extremisten getragen. Nachdem der Landesvater im Fernsehen erklärt hat, in einem Rechtsstaat könne eine längere Besetzung in Wyhl nicht hingenommen werden, sind die Besetzer alarmiert.



Wachen und Alarmsystem in den Dörfern werden noch einmal besprochen, über das Verhalten gegenüber der Polizei wird diskutiert. Ab drei Uhr werden in der ganzen Region Polizisten zusammengezogen, aber der Einsatz zieht sich hin bis zum Tagesanbruch. Stundenlang stehen weiße Helme dicht an dicht in hundert Meter Abstand vom Lager. Eine Frauendelegation diskutiert mit Polizisten. Sie kommen aus Bruchsal und Göppingen (Polizeischule), wissen über Kernenergie such nicht mehr als Badenwerk-Argumente. Einer von ihnen schwört auf Wein, der bald bei BASF hergestellt würde. Später zeigt sich, daß einige Bullen brutal mit zwei älteren Frauen umgehen, die der Delegation angehören.

Alle Aufforderungen der Polizei, den Platz zu verlassen, werden mit der „Wacht am Rhein", insbesondere dem Refrain, beantwortet: „Auf welcher Seite stehst Du, he, hier wird ein Platz besetzt. Hier schützen wir uns vor dem Dreck, nicht morgen, sondern jetzt." Nochmals und nochmals. Inzwischen hocken ungefähr 150 Elsässer und Deutsche im Kreis am Boden. Etwa 20 werden auf brutale Art und Weise fortgeschleppt, getreten, geschlagen. Es wird nicht unterschieden, ob es alte Frauen oder junge Frauen mit Kind sind, Franzosen oder Deutsche. 54 Personen werden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Alle anderen bekommen minutenlang einen Wasserwerfer zu spüren. Langsam werden sie vom Gelände geschoben. Sie müssen verschiedene Polizeiabsperrungen passieren, hinter denen herbeigeeilte Kaiserstühler warten.

Einem alten Volkslied einen neuen Text gegeben:

In Mueders Stübele, do goht der hm hm hm
In Mueders Stübele, do goht der Wind.
Der Wind sait d'Wohrhait, nit äso wie d'Zittig sait
Der Wind sait d'Wohrhait, ich loos em Wind.
Der Wind sait: „D'Büre, die hän jetzt hm hm hm"
Der Wind sait: „D'Büre, die hän jetzt Krieg!"
Der Krieg, der dundret nit, kunnt nit von üswärts
Der Krieg, der kunnt üs dinem aigne Land.
Sind nit d'Franzose, s'isch 's große hm hm hm
Sind nit d'Franzose, s'isch 's große Geld.
Die riiche Herre hän d'Büre üsbrücht
die brüche Arbetslitt für die Fabrik.
Wil der Atomstrom der git viel hm hm hm
Wil der Atomstrom git viel Profit.
Erscht kunnts Atomkraftwerk und dann kunnt die Chemie
Un bis du „Au" gsait häsch, ischs Ländle hi.
So gosch zur Arbet für klaine hm hm hm
So gohsch zur Arbet für klaine Lohn.
Din Lohn isch immer klai, sich der Profit au groß
Un kunnt die Krise: bisch arbetslos.
Do bisch die Arbet los un bisch de Acker los
un dine Herre bliebe riich un groß
So goht im Elsaß und in Bade hm hm hm
So goht im Elsaß und in Bade Krieg
In Mueders Stübele goht erscht en andre Wind
Wenn mange Litt emol erscht uffgewacht sind!

Radikale Worte und weinende Frauen und Männer sind nicht selten. „Ich wähle jetzt rot." „. . . als ob wir Baader-Meinhof sind!" Das sind die ersten Wehen einer großen Revolution. So hat es immer angefangen." Bis Nachmittag um 15.00 Uhr sind alle Verhafteten entlassen. Bewußt wurden junge, linke und Franzosen ausgewählt, ältere Frauen meist weggeschickt. Das Prinzip der Rädelsführer, möglichst bundesweit organisiert, muß sich doch nachweisen lassen.

Geldstrafen und Prozesse wegen Hausfriedensbruch werden die 30 Bürgerinitiativen gemeinsam beantworten und die Anklagen in ein Tribunal gegen Atom- und Bleigefahr verwandeln. Einen Skandal wie diese Räumung kann sich die Landesregierung nicht öfter leisten, aber das Kernkraftwerk wird 5 Jahre lang gebaut und — es ist nicht aller Tage Abend.

21. Februar

Vor zwei, später vier Stacheldrahtrollen, hinter denen sich Einheiten der Bereitschaftspolizei und Bauarbeiter verschanzen, versammeln sich mehr als 5 000 zur Protestkundgebung. Für Sonntag wird eine neue Kundgebung am selben Ort angekündigt und einige Meter vor dem Stacheldraht die ersten Zelte wieder aufgeschlagen.

Vietnam am Kaiserstuhl?

Sonnabend, 22. Februar

Seit der gewaltsamen Räumung des Baugeländes durch annähernd 1 000 Bereitschaftspolizisten am Donnerstagmorgen sind ständig etliche hundert Kaiserstühler am Zaun. Dieser ist inzwischen angewachsen auf mehr als 10 Panzerdrahtrollen. Die Demonstranten treten ihn langsam nieder und nähern sich auf diese Art und Weise immer wieder der Polizei auf der anderen Seite des Stacheldrahts. Schon wieder sind neue im Einsatz, diesmal aus Heidelberg. Wissen die etwas über die Gefahren von Atomkraftwerken? Wird der Abstand zwischen den Parteien zu klein, legen die Grünen neue Rollen aus, später müssen sie Pfähle in 20 cm Abstand in den Boden rammen und mit Draht verspannen.

Sonntag, 23. Februar

Zu der schon am Freitag angekündigten Protestkundgebung kommen annähernd 20 000 Menschen aus der ganzen Region. Viele erreichen die Kundgebung nicht mehr, weil sie von ihrem Parkplatz aus mehrere Kilometer laufen müssen. Ein Pfarrer leitet die Kundgebung. Der KBW sei der Zeit voraus, meint er, denn die KBW überschriebenen Flugblätter sind auf den 24.2. datiert. Auch die Blätter des „Regionalkomitees Baden-Württemberg" der KPD könne man ruhig fallen lassen. „Tritt sich fest." Diese Gruppe fordert in ihrem Blatt „eine einheitliche rote Kampffront der Arbeiter und Werktätigen in unserem Land!" Hammer und Sichel auf einem schwarzen Stern zieren den Kopf. Wer sich hier ein wenig auskennt, weiß, daß für die Bauern und Winzer des Kaiserstuhls die schwarze CDU in Stuttgart immer mehr mit „Hammer und Sichel" identifiziert wird. Das wird zu Mißverständnissen mit den „Genossen" führen. Die Leute in Baden kennen Stacheldraht und Panzerspähwagen nur aus dem Konflikt mit dem geteilten Deutschland — „schwarzer Kommunismus" aus Stuttgart. Ein Landwirt, der seit früh auf immer CDU gewählt hat, erklärt, er habe sein Parteibuch zurückgeschickt. Auf seinem Transparent ist Stacheldraht zu einem Kranz gewunden: „Des Landesvaters Heiligenschein".

Nahezu alle Redner und Rednerinnen rechnen mit dem Landesvater ab. Der hat, um seine These von den bundesweit organisierten Extremisten zu beweisen, eine kluge Statistik aufgestellt. Von den 54 Verhafteten seien 13 Ausländer, 33 Freiburger und andere Auswärtige und „nur" acht Kaiserstühler. Die Polizei hat aber gezielt herausgegriffen und verhaftet: Den Leiter der KPD aus Stuttgart usw. usf. In der Rede einer jungen Freiburgerin heißt es:

„Wenn hier nur acht Kaiserstühler gegen das KKW wären, dann könnte Filbinger ruhig schlafen und bräuchte keine Lügen zu verbreiten. Weißer heißt es: 12 Franzosen waren dabei. Das klingt so richtig nach einer internationalen Verschwörung. Tatsache ist aber, daß die deutsche Polizei unseren elsässischen Nachbarn die Vorzüge des Emmendinger Polizeipräsidiums gezeigt hat. Nachbarn, die unsere Sprache sprechen, die am KKW näher dran sind als die meisten Kaiserstühler Ortschaften; die hier als direkt Betroffene ein Recht haben, mit uns zusammen unsere Interessen zu verteidigen. Wenn Herr Filbinger versucht, Stimmung gegen die Elsässer zu machen, weil sie einen französischen Paß haben, dann zeigt dieser Finsterling, daß ihm jedes Mittel recht ist, auch der Nationalismus — unter dessen Folgen die Menschen hier immer am meisten zu leiden hatten. Wir halten hier keine Wacht am Rhein an der Siegfried Linie oder der Maginot Linie, sondern an der Linie der Vernunft. Und diese Wacht halten wir gemeinsam."

Als Freiburgerin verwahrt sich die Rednerin gegen die Unterstellung, Freiburger ginge das Atomkraftwerk nichts an. Die ganze Region sei betroffen und alle handelten im eigenen Interesse. Dem Freiburger Hans Filbinger allerdings liege der Kaiserstuhl so am Herzen, daß er Polizeigarden, Wasserwerfer und Panzerspähwagen und Polizeidrahtrollen und Hubschrauber schicke. Zu Filbingers Lieblingsthema „Radikale" führt sie aus:

„Die Bürgerinitiativen haben von Anfang an erklärt und wir erklären es wieder: unser gemeinsames Ziel ist es, die Gefahren, die den Menschen hier drohen, zu verhindern. Unsere Bewegung ist so breit, daß man sie auf kein Parteiprogramm einschränken kann. Unser Ziel ist so klar und konkret, daß alles, was irgend tut, daran gemessen wird, ob es diesem Ziel nützlich ist. Wir fragen niemanden nach seinem Parteibuch, wie das in Stuttgart und in Bonn üblich ist. Wir fragen: Kannst Du hier was helfen oder nicht. Wir haben beschlossen, daß wir keine Parteipropaganda wollen, weil uns das schadet. Wir brauchen keine Trittbrettfahrer, weder von der CDU noch von der SPD noch von der FDP noch vom KBW oder der „Roten Fahne". Und daß wir noch niemals Parteipolitik gemacht haben, das weiß jeder, der sich hier auskennt. Und wenn hier CDU-Mitglieder auf diesem Platz sind, sagen wir dann etwa „Wir sind eine CDU-Versammlung"? Oder wenn katholische Pfarrer da sind, sagen wir dann „Wir sind eine katholische Gemeinde"? Oder wenn Anhänger von Franz-Josef Strauß hier sind, sagen wir dann, „Wir sind Maoisten"? Nein, der Herr Filbinger soll doch gleich sagen, was er wirklich will: Er will seine Politik im Interesse der Atomindustrie durchsetzen und trifft auf Widerstand. Um diesen Widerstand zu brechen, benutzt er alle Gewalt, die ihm zur Verfügung steht, ob das die Kripo-Scharen sind, die in Endingen, Weisweil und Wyhl ein und aus gingen, ob das Stacheldraht und behelmte Polizei ist, oder ob

das sein Einfluß auf Presse und Fernsehen ist, wo er seine Diffamierungen dieser Volksbewegung verbreiten kann. Das alles ist seine Gewalt, sie soll uns einschüchtern, falsch informieren, schließlich direkt verletzen. Aber wir haben eines gelernt: Das einzige wirksame Mittel, über das wir verfügen, ist unsere Einheit und unser Zusammenhalt und vor allem unser langer Atem. Das hier ist für keinen von uns ein Spiel, wir haben schon zuviel begriffen und zuviel geblutet und zu lange gekämpft, um jetzt einfach aufzugeben. Im Gegenteil. Jetzt geht es erst richtig los. Das KKW Wyhl wird nicht gebaut."

Am Ende der Kundgebung wird die Bevölkerung aufgerufen, sich doch auf dem Naturwanderpfad den schönen Rheinauewald noch einmal anzusehen. Bei dieser Wanderung zupfen etliche tausend an den Badenwerkszäunen und Schildern rund um das Gelände, bis sie fallen. Die Polizei, im Walde versteckt (etwa 3 000 Mann) versucht, Stellung zu halten. Sie erkämpft sich diese mit Einsatz von Hunden, die einige Demonstranten beißen, mit Schlagstöcken. Einige Steine fliegen. Immer deutlicher wird klar, daß sie nicht die Festung halten können und wollen. Vielen Grünen ist nicht klar, warum sie hier sind, sie flehen: Bitte, bleiben Sie doch zurück. Aber der Fortschritt ist unaufhaltbar. Schließlich haben 2 000 Demonstranten alle Polizeilinien durchbrochen und strömen von allen Seiten auf den alten Platz der Besetzung, der nun durch Rodungsarbeiten um einiges vergrößert ist. Man liegt sich in den Armen. Die Luft pfeift aus den Rädern der Baumaschinen, einige Verhaftete müssen unter dem Druck der Besetzer freigegeben werden. Jetzt zieht die Polizei ab. Fluchtartig. Das hat bisher noch niemand der Anwesenden jemals erlebt. Die ersten Aufrufe: Holt Zelte, Hütten, Stroh, Essen, installiert Euch. Wir halten den Platz. Sie werden zuerst zögernd, dann immer rascher befolgt. Einige Arbeiter geben die Schlüssel zu ihren Bauwagen an die Besetzer ab, einer gibt eine komplette Küche her, ein anderer ist voll mit Luftmatratzen. Eine Bauhütte wird aus einem badischen Dorf herangeschafft und überhaupt entwickelt sich auf den Zufahrtsstraßen ein reges Treiben. In den Dörfern wird mobilisiert. Wurstringe, Brötchen und badischer Wein stillt Hunger und Durst. Im Nu sind etwa 10 Feuer entfacht. Über Nacht bleiben mehrere hundert Besetzer; die Zufahrtsstraßen werden mit Baumstämmen verbarrikadiert. Alle Leute, die das Gelände betreten, werden inspiziert. So hoffen die Besetzer, der großen Flut von Spitzeln Herr zu werden.

Kaum jemand schläft – denn die Nacht ist extrem kalt und feucht, außerdem herrscht Alarmstufe 2. Immer neue Meldungen, daß Bereitschaftspolizei wiederum zusammengezogen wird. Sirenen heulen in den Dörfern und Kaiserstühler strömen auf den Platz. Eine undurchdringbare Nebeldecke beschränkt die Sicht auf wenige Meter. Schon aus diesem Grunde wird ein Polizeieinsatz immer unwahrscheinlicher (schon am Donnerstag haben sich Bullen verfahren, wir konnten das am Polizeifunk mitverfolgen). Als in den Morgenstunden des Montag an die 1 500 Menschen auf und um den Platz versammelt sind – in der Mehrheit Winzer und Bauern und badische Frauen – ist es geschafft. Im Laufe des Tages folgen Tausende aus den Dörfern. Die Spitzel melden das nach Stuttgart (einige von ihnen werden identifiziert und rausgeschmissen) und obwohl Filbinger noch am Abend im Fernsehen davon spricht, daß dieser Landfriedensbruch nicht hingenommen werden könne und der Platz geräumt werden müsse, wird er durch seine Parteigenossen und durch die Polizei, die nicht so recht will, gezwungen vorerst nachzugeben. Es verspricht, in den nächsten Wochen die besonnene Bevölkerung von den radikalen Extremisten zu sondieren.

Trotz der angekündigten vier Wochen Ruhepause wird auch am Montagabend noch volle Bereitschaft gehalten. Angeblich sollen die Polizisten sich in ihren Quartieren bereit machen zur Abfahrt. Noch einmal Alarm . . .

Am Dienstag, 25. Februar 75, widmet die Badische Zeitung eine halbe Seite der CDU. Überschrift: CDU-Gemeinderatslisten sind gefährdet. „In den CDU-Ortsvereinen der Winzergemeinden des Kaiserstuhls rumort es. Mitglieder treten aus der Partei, aus Ortsvereinsvorsitzende lehnen eine Kandidatur zu den bevorstehenden Kommunalwahlen ab und Gemeinderatskandidaten erklären, nicht mehr die Verantwortung für ein solches Mandat übernehmen zu können . . ." Der CDU-Ortsverband des Winzerdorfes Bischoffingen hat sich aufgelöst. Auf der letzten Seite der badischen Zeitung eine Anzeige in der Größe eines Viertel Blattes: „Nit allem sich neige, 's eige zeige!" 20 CDU-Mitglieder, meist Winzer, erklären öffentlich ihren Parteiaustritt: „In berechtigter und großer Sorge um ihre Heimat wehren sich die Bürger am Kaiserstuhl gegen den Bau des Kernkraftwerks Wyhl. Das verwerfliche Vorgehen der Landesregierung in Personalunion mit den KKW-Betreibern durch die brutalen Polizeiaktionen läßt sich unter diesen Landes-Parteiführern mit unserer Mitgliedschaft in der CDU nicht mehr vereinbaren." Darauf folgt die namentliche Unterschrift der 20 Ausgetretenen.

An die deutsche Presseagentur schreibt das internationale Komitee der 30 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen KKW Wyhl und Bleiwerk Marckolsheim einen Beschwerdebrief. Wenn die Berichterstattung in den überregionalen Tageszeitungen – besonders Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung – die zum großen Teil auf fehlerhaften Informationen durch die DPA zurückgeht, nicht ab sofort „korrekt im journalistischen Sinne" sind, sehen sich die Bürgerinitiativen gezwungen, mit einer Dokumentation, die vorbereitet wird, vor den deutschen Pressetat zu gehen.

Frauen schlagen Alarm

16. Oktober 74

Die Badischen Frauen des nordwestlichen Kaiserstuhls sehen, daß Politik nicht mehr nur Männersache ist. In der ersten Oktoberwoche trafen sich 6 Frauen aus Weisweil. Eine Woche später schon 40 Frauen aus 5 Ortschaften. Sie verfaßten gemeinsam ein Flugblatt, mit dem Aufruf an alle Frauen, „aktiv zu werden, bevor es zu spät ist".

„Was beim Erörterungstermin noch geleugnet wurde, ist durch das Beispiel Marckolsheim jetzt bewiesen: das KKW zieht weitere lebensgefährliche Industrie nach sich . . .

Eine solche Bleifabrik brauchen wir genausowenig, wie das Atomkraftwerk. Es ist erwiesen, daß es nicht für **uns** Strom produzieren wird, sondern für eine Industrie, die unsere Heimat und uns zerstört und die wir sowieso nicht wollen. Unser Strombedarf ist längst gedeckt! Und wir wissen, daß das KKW nur wenige und außerdem hochqualifizierte Arbeitsplätze schafft, die mit Fachleuten von auswärts besetzt werden.

Frauen, laßt euch nicht länger belügen! Kämpft für die Gesundheit eurer Familien! Kämpft jetzt, bevor es zu spät ist!

Was wir brauchen, sind gesunde Arbeitsplätze und eine Umwelt, in der unsere Kinder gesund aufwachsen können. Wir haben gehört und gesehen, wie eine gewissenlose Industrie tausende von Contergan-Kindern verkrüppelt und die Mütter im Stich gelassen hat. Wir wollen keine Bleikrüppel und auch keine Hiroshima-Kinder!

Alle Frauen müssen sich jetzt gegen diese Gefahr zusammenschließen, in jedem Dorf des Kaiserstuhls und nördlich des Kaiserstuhls. Man kann jetzt nicht gegen die Bleifabrik und für das Atomkraftwerk sein, oder umgekehrt: eins hängt mit dem anderen zusammen, und beides kann uns nur schaden. Blei und Atom machen auch nicht vor einzelnen Dörfern halt: deshalb alle Frauen zusammenhalten.

Dieser Kampf ist jetzt wichtiger als die Hausarbeit! Was nützt uns später der perfekte Haushalt, wenn darin nur noch kranke leben? ? ?

Beteiligt euch an der Bauplatzbesetzung in Marckolsheim und bereitet gleichzeitig die Platzbesetzung in Wyhl vor! Wir Badener Frauen dürfen nicht hinter den Marckolsheimer Frauen zurückstehen!

Kommt zu unserem nächsten Treffen am Dienstag, 15.10., 20 Uhr, im Löwen in Sasbach! Laßt euch nicht am Kommen hindern, wenn ihr kein Auto habt, verabredet euch mit anderen Frauen!"

„Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir mehr erreichen, wenn wir als Gruppe auftreten: dann müssen sie auf uns hören".


Den Panzerfahrzeugen werden die Ventile aufgedreht

Barikaden – Kontrollen

Es ist jetzt notwendig, im Wyhler Wald eine Stadt zu bauen, sich für lange Zeit einzurichten. Alle warten darauf, daß das Verwaltungsgericht mit seinem Urteil auf der Seite der Bevölkerung steht. Sollte es aber für das Badenwerk und die Landesregierung entscheiden, ist das nur ein weiterer Beweis, wie die Interessen in diesem Lande verflochten sind. Ein Verwaltungsgerichtsurteil kann uns nicht von der Ungefährlichkeit des Atomkraftwerks überzeugen. Aufruf an alle Leser: Tut etwas in Euren eigenen Städten. Bombardiert die lokalen und überregionalen Zeitungen mit Leserbriefen und Anrufen, wenn sie nicht die Wahrheit über Wyhl berichten.

Aussprüche aus der Badischen Zeitung zitiert: „Verbitterung und Zorn, Empörung und Entschlossenheit eint jene vielhundertköpfige Gruppe, die am schwelenden Holzfeuer auf der Baustelle ausharren will, bis das wahnwitzige Unternehmen Kernkraftwerk abgeblasen wird." Ein Winzer aus Kiechlinsbergen: „Sehen Sie hin: Vietnam am Kaiserstuhl. Und der Atmosphäre dieses Bildes entsprechend sind die Polizeibeamten vorgegangen: brutal!" Weit vor der Einfahrt haben gewichtige Männer mit schweren Eichenbohlen Barrieren aufgetürmt; „damit es die Polizeifahrzeuge bitteschön nicht zu bequem haben!" „Uns zu Radikalen stempeln? Das können sie vielleicht mit Studenten machen. Mit uns klappt sowas nicht!" „Wir haben's doch alle bei der Räumung erlebt: die Polizei fischt sich ganz gezielt die jungen Langhaarigen raus, die nicht Kaiserstühler Dialekt sprechen. Sie nur werden festgenommen, von ihnen nur notiert man Personalien, um hinterher sagen zu können, daß man ausschließlich auf junge Radikale gestoßen sei. Wer aber ein Bauerngesicht hat und mit Kaiserstühler Zungenschlag spricht, der wird von der Polizei überhaupt nicht beachtet. Darin liegt doch die Heimtücke!" „Wir halten eisern durch, was auch immer das Verwaltungsgericht entscheidet!" Eine Gruppe von Männern aus Bahlingen. „Filbinger unterschätzt unseren Durchhaltewillen", sagt die junge Frau an der Suppenterrine. ●


Bekannte Methoden auch in Wyhl

Bauernkrieg auf der Rheinaue

WIR WOLLEN ALLES, bloß kein Atomkraftwerk (auch: Kernkraftwerk, auch KKW). Warum? Das ist jetzt oft genug erklärt worden, nachzulesen bei Holger Strohm „Friedlich in die Katastrofe", oder: KEIN KKW IN WYHL, Arbeitskreis Umweltschutz, Freiburg c/o FS Chemie. Es hilft uns übrigens, wenn Interessierte sich mit der Sache beschäftigen und in ihrem Umkreis mit diesem Wissen arbeiten, statt hinter dem Lärm der Volkskämpfe herzujagen. Zur Vorgeschichte der 21 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen: Schlag nach WWA Nr. 22; Kursbuch April 75; Frauenjournal Nr. 2 „Frauen schlagen Alarm" (Bei Trikont); ID-Sondernummer Wyhl.

1. Wüühl

Das badische Dorf Wyhl (sprich: Wihl, bitte nicht Wüühl) zwischen Kaiserstuhl und Rhein ist nicht das Zentrum des Widerstandes gegen das KKW, im Gegenteil. Am 12. Januar 75 haben 55 % der Wyhler für und 43 % gegen den Verkauf des Geländes an die Kernkraftwerk Süd GmbH gestimmt. Und das liegt nicht nur an der gewaltigen Propaganda der Regierung, an der erpresserischen Enteignungsdrohung und auch nicht nur an der Cleverness des Bürgermeisters Zimmer. Sondern: 80 % der Wyhler sind Arbeiter und Angestellte, ein paar Hundert sind Pendler, und bei vielen von denen haben die Versprechungen „saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit" eben gewirkt. Der DGB hält sich raus, die ÖTV macht KKW-Propaganda, und eine eigenständige Arbeiter-Argumentation in Betrieben und an der Gewerkschaftsbasis gibt es kaum. Aber in Wyhl hat die KWS eine ziemlich verhetzte, antikommunistische Gruppe „KKW JA!" initiiert und die machen den Leuten tatsächlich Angst. Der Widerstand gegen das KKW wird vor allem von Leuten aus den umliegenden Ortschaften getragen, die natürlich genauso betroffen sind, aber niemals gefragt wurden.

2. Siegesgewißheit und Resignation

Seit dem 20. September haben die 21 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen den Bauplatz für ein Bleichemiewerk in Marckolsheim besetzt gehalten und gewonnen. Das KKW aber ist ein größerer Fisch, und die staatliche Gewaltanwendung dementsprechend groß. In den Wochen nach den Straßensperren gegen Wirtschaftsminister Eberle ging die Kripo in den mobilisierten Dörfern ein und aus. Und es soll sich keiner täuschen: Die Drohung mit der Kriminalisierung hat zunächst gewirkt. Viele Verhörte und erkennungsdienstlich behandelte hat man wochenlang bei keiner Aktion mehr gesehen. Die Platzbesetzung in Wyhl wurde dauernd verschoben, die Angst vor individueller Gefährdung war sehr groß. Das bisher so starke Gefühl, im Recht zu sein, also unschlagbar, schrumpfte etwas. Wieder einmal wurden die Stimmen lauter, die auf das Verwaltungsgericht warten wollten.

Trotzdem kamen zu einer Protestversammlung gegen den Kripo-Überfall am 26. Januar 3000 Leute nach Weisweil (grenzt an Wyhl). Von Platzbesetzung wurde aber öffentlich nicht geredet.

3. Besetzung, erster Teil

Am Montag, 17. Februar, ziehen Arbeiter das besitzanzeigende Zäunchen ums Gelände und fangen an, den Wald zu holzen. 200 Mark Strafe wird jedem angedroht, der übern Zaun steigt. Dazu winken Hausfriedenbruch, Sachbeschädigung und zahllose Paragrafen. Am nächsten Tag Pressekonferenz der Bürgerinitiativen am Zaun, sie soll öffentlich sein mit viel Publikum. Das Publikum betritt erwartungsgemäß den Platz, setzt sich auf die Bagger, richtet nach Marckolsheim-Routine die Besetzung ein. (die Leute von der Roten Fahne haben bis heute nicht begriffen, daß diese Pressekonferenz listiger war als ein fetter Aufruf zur Platzbesetzung.) Probleme: Die Arbeiter wurden zum Teil wahnsinnig aggressiv, wenn sie von jungen Leuten mit Studenten-Look blockiert wurden. Kamen dagegen erst mal Leute aus den Ortschaften, Bauern, Arbeiter, Frauen, gab es sofort ganz freundliche Diskussionen. Weiter: Das war diesmal eine Besetzung Seite an Seite mit der Polizei, sehr unbequem. Auch wußten alle, die Räumung kommt sehr schnell. Wie soll man sich verhalten? Alle plädierten für Gewaltlosigkeit: Hinsetzen, demonstrativ wegschleppen lassen, Fernsehen ist da. Bloß die zum ersten Mal überhaupt in der Gegend aufgetauchten KSV-Studenten mit ihrem Stuttgarter Regionalchef eröffneten ihre Belehrungen über staatliche und revolutionäre Gewalt. Sie beriefen sich ständig auf den Volksmund, den sie allenfalls aus der Peking-Rundschau kennen, denn, „die kampfentschlossenen Bäuerle aus Wyhl" gibt es leider nicht. (In Wyhl (3000 Einwohner) findet man noch 5 Bauern.)

4. Räumung

Um 4 Uhr früh, am Donnerstag den 20. Februar (genau vor 5 Monaten haben wir in Marckolsheim angefangen), rücken erwartungsgemäß die Hundertschaften an, mit Hunden, Wasserwerfern, Panzerspähwagen. Großes militärisches Manöver – gegen 150 Leute, die dichtgedrängt ums Feuer sitzen und „die Wacht am Rhein" singen. 54 werden weggeschleppt, einer nach dem anderen, keiner schlägt zurück, aber keiner geht auch freiwillig. Dann Wasserwerfer, dann Rückzug der übrigen. Inzwischen sind, alarmiert durch Telefon und Feuersirenen, Tausende von außen gekommen, erfahren von Augenzeugen, was los war, sehen die Panzerdrahtrollen, die aufgezogen werden, sehen die ganze militärische Pracht und lernen. Niemand hätte etwas gelernt, wenn sich da drin 50 geübte Polit-Studenten mit der Polizei geprügelt hätte. So aber sehen alle, ohne Ausnahme, daß die 150 da drin stellvertretend für alle verletzt und vergewaltigt wurden. Und das tut seine Wirkung.

5. Belagerung

In den Ortschaften wird von nichts anderem als dieser Räumung und der Polizeibrutalität gesprochen. 3 Tage und drei Nächte halten sich ununterbrochen einige Hundert Leute am Panzerdrahtzaun auf, legen Holz drauf, treten ihn runter, ununterbrochen. Auf der anderen Seite ziehen die Polizisten schon die neunte Rolle, weil vorne alles plattgetrampelt ist. Im Wald wird weiter gerodet. Die Demonstranten singen: „Im Wald da sind die Räuber,

die machen unsern Wald kaputt". Alte Männer, Frauen, Kinder, Studenten reden auf die Polizisten ein. Der Ton wechselt dauernd zwischen Beschimpfung und Erklärungen, die grünen Männchen sind völlig entnervt. Sie haben es das erste Mal wirklich mit dem Volk zu tun. Am Freitag sehen sie eine Kundgebung mit 5000 Leuten vor ihrem Draht, am Sonntag dann über 10.000. Das hatte man ihnen vorher nicht gesagt. Einige machen nervöse Gun-Man-Bewegungen an der Knarre, andere versuchen sich zu verteidigen, anderen sieht man die Sehnsucht nach der Kaserne an. Diese Belagerung ist sehr wichtig. Wichtig ist auch, daß die CDU-Basis am Kaiserstuhl in allen Fugen kracht. Der Ortsverein Bischoffingen löst sich auf. 20 Winzer erklären in der Zeitung ihren Austritt. Kein Ortsverein findet genug Kandidaten für die Kommunalwahlen.

6. Besetzung II

Sonntag, 23. Februar. Nach der größten Kundgebung, die der Kaiserstuhl je gesehen hat, fordert ein Pfarrer die Leute auf, mal auf dem Naturlehrpfad um den Bauplatz herumzuwandern und sich anzusehen, was da passiert ist. Und Tausende wandern. Nach und nach ist der Platz eingeschlossen. (Später behaupten die KSV-Strategen, der Pfarrer hätte abgewiegelt. . .)

An einigen Brennpunkten kommt es zu Schlägereien. Die Hundeführer drehen am schnellsten durch. Einer, der seinen Köter von der Leine läßt und auf einen einsamen Fotografen hetzt, zischt sein „Faß! Faß!" wie in Trance. An paar Stellen fliegen Steine. Einige Demonstranten werden aus der Kette gerissen, verprügelt und in den Gefangenen-Transporter geschleppt. Dann wirft der Einsatzleiter das Handtuch. Durchbruch an zwei Stellen, die Polizei (drei Hundertschaften gegen 3000) ist dankbar für freien Abzug. Dafür muß der Gefangenentransporter wieder aufgemacht werden. Riesiger Jubel. So einen Sieg hat noch keiner erlebt. Langsam bauen wir das Besetzer-Camp wieder auf, aber diesmal viel größer. Zelte, Blockhütten, viele Wachfeuer, Blockaden auf jeden Zufahrtsweg. Zwei Tage noch ständige Alarmbereitschaft, dann sieht Filbinger ein, daß er's jetzt mit einem Gewaltstreich nicht schafft. Der Platz bleibt besetzt. Einige Barrikaden werden abgebaut, Begründung: Unsere Barrikaden sind wir selber, die Masse der Bevölkerung.

7. Die Bürgerinitiativen

Im August waren es 21 badisch-elsässische Bürgerinitiativen, inzwischen sind es über 30. Sie sind so buntscheckig wie die ganze Volksbewegung, wenn auch der Anteil der Ortselite bei den Aktivisten besonders groß ist. Aber: Allen geht das KKW an den Lebensnerv. Alle sind mit Demonstrationen und Straßensperren und Platzbesetzung weit über ihren Schatten gesprungen. Viele sind in einer sehr widersprüchlichen Situation: Sie wissen, sie müssen jetzt weitergehen, um das Ziel zu erreichen – gleichzeitig würden sie gern dahin zurück, wo sie herkommen. Die Bürgerinitiativen sind immer nur dann einen Schritt weitergegangen, wenn sich herausstellte, daß andere Mittel versagt haben. Erst als für alle sinnfällig erwiesen war, daß die Politiker nicht helfen, sondern Phrasen dreschen und lügen, wurde die Platzbesetzung beschlossen. Erst als erwiesen war, daß eine Platzbesetzung **möglich** ist, kamen Tausende. Erst als erwiesen war, daß die Staatsgewalt brutal und stumpfsinnig den gewaltlosen Widerstand zu brechen versucht, kamen Zehntausend. Es gibt immer einige in den Bürgerinitiativen, die zögern, schwanken, Angst kriegen, abwiegeln. Um so wichtiger ist es, immer wieder eine gemeinsame Formel zu finden, die möglichst viele akzeptieren können. Wer es gar nicht aushält, fällt dann eben für eine Zeit aus. Die Leute aus den Bürgerinitiativen sind jetzt schon eineinhalb Jahre der Motor der ganzen Bewegung, sie haben ungeheuer viel Geld, Zeit, Nerven, Arbeitskraft und Hoffnung in diese Arbeit gesteckt. Wenn dieser Motor ausfällt oder stottert, passiert überhaupt nichts. Es gibt keinerlei organisatorische Alternative zu diesen Gruppen.

8. Nordhorn, II. Auflage ?

Die Studenten von der KPD (Rote Fahne) waren der Ansicht, sie müßten diese Alternative schaffen. Daß sie fremd waren, uniformiert und Anhänger einer Doktrin, die am Kaiserstuhl nichts gilt, war ihnen egal. Daß ihr jähes Erscheinen gerade am ersten Tag der Platzbesetzung (nach eineinhalb Jahren Vorbereitung!) auffällig war, fiel ihnen nicht auf. Während die Bevölkerung gerade dabei war, sich aus der Bevormundung durch Parteien zu lösen, hatten sie nur eine Idee: „Mit der KPD für den Sozialismus!". Es war schon toll.

Sie erschienen also zu zehnt etwa, und nahmen die Sache in die Hand. Jeden Morgen fanden die Dorfbewohner im Briefkasten einen „Rote-Fahne-Informationsdienst Nr. 1–8", in dem die KSVler zeigten, wie sie mit dem Volk verschmelzen: „**Wir** haben bisher dies und das gemacht, **wir** werden und müssen . . .", – das floß ganz ungeniert aus der Feder. Dann gabs da noch Unmenge Belehrungen über längst erledigte Fragen; weiter: böse Angriffe gegen Leute aus den Bürgerinitiativen, die schon monatelang die Besetzung vorbereitet und durchgeführt hatten – nichts da, der KSV entlarvte sie als Abwiegler. Schließlich die üblichen Phrasen „die einheitliche rote Kampffront. . . entschlossener Kampf usw.usw."

Auf dem Platz wählten sie dann und wann aus ihren Reihen „Platz-Räte", die am Megafon lutschten und den Leuten lästig wurden. An der Platzbesetzung interessierte sie die militärische Seite, das Geländespiel „Rote Armee gegen Staatsapparat": Sie erläuterten, wie man Bullen verhaut und jedenfalls siegreich hervorgeht. Daß unsere Stärke aber gerade darin liegt, nicht das Polit-Rocker-Klischee zu bestätigen, war ihnen unbegreiflich. Kurz: Die Gruppe versuchte ohne jede Berechtigung den Eindruck zu erwecken, sie hätte in Wyhl die Führung übernommen. Das versuchte zur selben Zeit in Stuttgart auch Herr Filbinger. In den Ortschaften blieben immer mehr Leute zu Hause, die sagten, der Platz wär nicht mehr ihr Platz, sondern besetzt von „dere KPD, dene Studente". Die Zögerer und Abwiegler in den Bürgerinitiativen bekamen Oberwasser, sagten: „Wenn die nicht gehen, müssen wir uns eben zurückziehen". Es bestand exakt dieselbe Gefahr der Spaltung und des Zusammenbruchs wie in Nordhorn, hervorgerufen durch exakt dieselben Dummheiten wie damals die Aktivitäten der Liga.

Deshalb veröffentlichten die Bürgerinitiativen eine Distanzierung von der KPD, verbunden mit der nochmaligen Aufforderung, den Platz zu verlassen. Allem Anschein nach, sind sie jetzt abgereist; gut so.

9. Es wird noch lange dauern

Filbinger und die Atom-Industrie haben mit diesem Widerstand nicht gerechnet. Sie hatten gehofft, bloß ein paar Linke aus dem Weg räumen zu müssen, jetzt haben sie sich am Kaiserstuhl erst mal einen Zahn ausgebissen. Es geht das Gerücht, 75 % der Bevölkerung in den Kreisen Emmendingen und Freiburg wären gegen das KKW, inzwischen. Also versucht die Regierung dreierlei: Die Leute durch eine weitere Propaganda-Flut umzustimmen. (dagegen helfen nur weitere Aufklärungsaktionen von unserer Seite). Zweitens wird er den Trick mit der Spaltung weiter probieren. (dagegen hilft Vernunft bei den Linken. Wenn sie die Autonomie der Bewegung respektieren und sich nicht dauernd besserwisserisch in den Vordergrund spielen, nützen sie der Bewegung am meisten). Und drittens wird er versuchen, die Bürgerinitiativen einzuschläfern.

Die Position der Initiativgruppen sieht zur Zeit so aus: Wir haben 3000 Gründe gegen das KKW. Die müssen entkräftet werden, auch von einer Urteilsbegründung! Der Instanzenweg geht zunächst einmal 3, 4 Jahre. Den halten wir uns offen. In der Zwischenzeit lassen wir keine Veränderung im Wyhler Wald zu. Wird die Baugenehmigung zurückgezogen, kann die Platzbesetzung auch unterbrochen werden. Schließlich sind die Leute hier auch etwas müde: 5 Monate Bauplatzbesetzung wie in Marckolsheim, das wäre viel Arbeit.

SPD und FDP spielen jetzt ein wenig Oppositionsklavier, anscheinend sehr unernst.

Man sollte die SPD in diesem Punkt ruhig von unten etwas treten. Weiter wäre es gut, überall Veranstaltungen zu Wyhl zu machen. Das wird nicht bloß die linke Subkultur sein, die sich dann trifft, und das ist gut so. Zu diesem Zweck müssen sich allerdings die Gruppen, die das tragen wollen, auch mit der Sache auseinandersetzen. Wyhl ist jedenfalls jetzt ein Beispiel. Das hat auch Filbinger erkannt: „Wenn das Beispiel von Wyhl Schule macht . . dann wäre dieses Land unregierbar geworden."

Wir sehen das so: Wenn das Beispiel Wyhl Schule macht, wenn wir hier siegen wie in Marckolsheim, dann ist die Herrschaft der Resignation bös angesägt, und das ist mehr wert als Millionen linke Phrasen, mit denen sich Linke bestätigen, daß sie gewaltig reinhauen würden, wenn sie eine Rote Armee wären.

Und ein Atomkraftwerk ist wirklich ein großer Fisch.

Man frage nach bei Siemens. ●

ACHTUNG !!!

Der Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten hat am 27.2.75 eine Sondernummer herausgebracht, in der die Entwicklung in Wyhl und Marckolsheim chronologischer Folge aufgezeichnet und belegt ist. Unser Artikel ist ein Auszug aus dieser Nummer. Die Sondernummer ist erhältlich gegen Einsendung von 1 DM auf das Postscheckkonte W. Spruck, 6 Frankfurt 60, Nr. 525228–602 (Ffm.), beim Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (id), 6 Frankfurt/M., Hamburger Allee 45.

Einzelheiten:

Am Mittwochnachmittag wurden die Baumaschinen abgefahren. Der Bauarbeiter, der den letzten Trecker wegfuhr, hat den Besetzern geholfen, die Barrikaden wieder aufzubauen – riesige Baumstämme, die von Hand nicht weggetragen werden können. Damit ist das Gebiet wieder abgeriegelt.

Das Warnsystem funktioniert. Es gibt Informanten, wie z. B. den Linienbusfahrer, der früh um sechs bei der Frühschicht sofort sehen kann, wenn die Bullen anrücken. Die verschiedenen Ortschaften wechseln sich ab bei der Platzbesetzung, beim Wacheschieben an den Einfahrtsstraßen; es werden auch Streifendienste gefahren. Als in der Nacht von Montag auf Dienstag Hundertschaften angerückt sind, haben Sirenen getutet und Kirchenglocken geläutet, und die Polizei ist wieder abgedreht.

Auf dem Platz richtet man sich auf Dauer ein. Brot und Fleisch wird angefahren, es gibt eine Art Kantine, um ca. 300 Leute zu verpflegen, das klappt sehr gut. Neben den Zelten entstehen feste Blockhäuser, sanitäre Einrichtungen (Wasserpumpe und Klo), eine Informationszentrale soll eingerichtet werden.

Der ganze Alltag wird über den Kampf gegen das KKW politisiert. Die Aufspaltung in KKW-Gegner und KKW-Befürworter wird ziemlich konsequent gehandhabt. Händler und Wirte, die in Wyhl zu den Befürwortern zählen, werden boykottiert. Am Sonntag hatte einer seine Würstchenbude vor dem Platz aufgestellt, um an den 10 000 Demonstranten zu verdienen. Es ist rausgekommen, daß er ein Befürworter des KKW ist, da haben sie ihm die Luft aus den Reifen gelassen, und er hat kein einziges Würstchen verkauft. In den Schulen und Fabriken wird über das KKW diskutiert und über Sachen, die auf dem Platz gelaufen sind. In den Schulen laufen Abstimmungen und meistens gewinnen die KKW-Gegner.

SPENDENLISTE

45.-	Wiesbaden
5.144,50.-	RK
100.-	FB 3 Ffm
1.500,-	Bochum
600.-	Köln
350.-	Kassel

Drei Räuber, die in der ostfranzösischen Stadt Dijon einen Banküberfall verübt hatten, nahmen nicht nur 40 000 Franc (etwa 22 000 Mark) mit, sondern auch die eingebaute Kamera, von der sie während ihrer Tat gefilmt worden waren. (AP)

Pressemitteilung

Hoesch plant Beteiligung an Riesenstahlprojekt in Südafrika

Vor einiger Zeit wurden Pläne des niederländisch-deutschen Konzerns Estel bekannt, sich an einem Stahlprojekt in der Republik Südafrika (RSA) zu beteiligen. Dem Estel-Konzern gehören das niederländische Unternehmen Hoogovens, Ijmuiden, und Hoesch, Dortmund an. Zusammen mit dem südafrikanischen Staatsbetrieb VÖEST will Estel ein 2,5 Milliarden DM-Projekt in der RSA verwirklichen. Klöckner hat schon gewinnträchtige Investitionen in der RSA. Ebenso wie VÖEST ist das Unternehmen auch durch die Durchbrechung des von der UNO gegen Rhodesiens illegale Regierung verhängten Boykotts bekanntgeworden.

Zu dem „Saldanha-Sishen-Projekt" gehören das schon arbeitende Eisenerzbergwerk Sishen, der Ausbau des natürlichen Hafens in der Saldanha-Bucht an der Westküste Südafrikas, eine etwa 1 000 km lange Eisenbahnlinie zwischen Sishen und Saldanha und Hochöfen entlang der Eisenbahnlinie. Das Projekt würde lediglich Halbfabrikate liefern, die dann bei Hoogovens und Hoesch weiterverarbeitet würden. Die Arbeiter für das Projekt werden, wie in der RSA üblich, in das Gebiet zwangsumgesiedelt. Die Regierung Vorster will ohnehin möglichst viele Afrikaner aus den großen Städten entfernen, da sie Angst hat, diese Städte könnten „Zentren sozialer Unruhe" werden. Allerdings hat diese Politik nicht verhindern können, daß sich die schwarzen Arbeiter trotz Verbots immer fester organisieren und auch gegen die brutale Unterdrückung durch das Apartheid-Regime gerade in letzter Zeit immer häufiger für ihre Forderungen streiken.

Nach einer Untersuchung der Anti-Apartheid-Bewegung der Niederlande (AABN) laufen die Vorverhandlungen für das Projekt seit Anfang 1972. Im Juli 1974, so AABN, habe in der BRD ein Treffen von Vertretern der beteiligten Firmen (Estel, Klöckner, VÖEST, ISCOR) stattgefunden. Die AABN gab weiter bekannt, daß der südafrikanische Stahlkonzern ISCOR Estel-Techniker zur Vorbereitung des Projekts anwirbt, die in Südafrika arbeiten werden, aber weiter von Estel bezahlt werden.

Nach Bekanntwerden der Investitionspläne ist in den Niederlanden sofort heftig protestiert worden. Im Gebiet von IJmuiden haben sich Gruppen mit Beteiligung von Hoogovens-Arbeitern gebildet, die versuchen wollen, die Ausführung der Pläne zu verhindern. Damit treten sie für ihre eigenen Interessen ein, indem sie die weitere Auslagerung von Produktionsstätten verhindern wollen, und sicn zugleich solidarisch mit ihren südafrikanischen Kollegen und deren Befreiungsorganisationen bzw. dem verbotenen südafrikanischen Gewerkschaftsbund SACTU.

Das Projekt stellt erneut eine Unterstützung der Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung dar und macht wiederum deutlich, daß internationale Konzerne und Konsorten Nutznießer dieser Politik sind. Aufsehen haben in den Niederlanden die Äußerungen eines führenden Gewerkschaftsfunktionärs erregt, der im Aufsichtsrat von Estel sitzt und die Investitionspläne damit verteidigte, daß man auf diese Weise Einfluß auf die südafrikanische Regierung ausüben könne, in Südafrika freie Gewerkschaften zuzulassen und die Löhne der Schwarzen an die der Weißen anzugleichen. Dieses Argument ist bisher nur von den Unternehmern als Rechtfertigung verwendet worden für die Tatsache, daß sie ja gerade wegen der uneingeschränkten Ausbeutungsmöglichkeiten der schwarzen Afrikaner in Südafrika investieren.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung sagte das niederländische Vorstandmitglied des Anti-Rassismus-Programms des Weltkirchenrats, R. J. van der Veen: „1975 zu erwägen, in Südafrika zu investieren, ist ebenso verantwortungslos wie 1938 zu erwägen, in Nazi-Deutschland zu investieren."

(Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika – BASA)

Agnellis Lob der KPI gerügt

Vo. ROM, 2. Februar. Der Präsident der Fiat und des italienischen Industriellenverbandes, Agnelli, hat in einem Gespräch mit dem „Corriere della Sera" die italienische Kommunistische Partei gerühmt, daß sie die augenblickliche schwierige Lage Italiens nicht dazu ausgenutzt habe, das demokratische System gewaltsam niederzuwerfen und selbst die Macht zu ergreifen. Das Gegenteil sei der Fall. Die Partei wolle die große Gelegenheit ergreifen, sich als verantwortungsbewußte Partei darzustellen, um sich annehmbar zu machen und mehr Raum zu gewinnen. Der Chefredakteur der liberalen „Nazione" aus Florenz, Bartoli, hat Agnelli mit der Feststellung geantwortet, daß die Kommunisten es nicht nötig hätten, eine Tür gewaltsam zu öffnen, die sich von selbst auftue.

Kurznachrichten

„Mercedes vor den Ölscheichs gerettet"

„Bravo, Mercedes bleibt deutsch" (Bildzeitung)

Der Retter war die deutsche Bank, welche die Aktien für 2 Milliarden aufkaufte. Und Retter war auch der deutsche Steuerzahler, denn den Flicks wurde Steuerfreiheit zugesichert. Die vaterländische Tat brachte den Flicks einen Zusatz-Gewinn von rund 500 Millionen Mark. Hätten sie nämlich den Arabern die Aktien für 2,5 Milliarden verkauft, hätten sie ca. 1 Milliarde Steuern zahlen müssen, macht nur noch 1,5 Milliarden. Daß da die Flicks mal wieder ein Ding gedreht haben, sickert langsam an die Öffentlichkeit. Gerüchte behaupten, es hätte von den Arabern überhaupt kein Angebot bestanden. Flick kaufte die Aktien in den fünfziger Jahren für ca. 60 Millionen, heute verkauft er sie für 2 Milliarden, macht einen Gewinn von 1940 Millionen. Dazu brachten die Aktien noch Dividenden von 515 Millionen, macht zusammen 2455 Millionen.

Hat einer die Flicks mal bei Mercedes arbeiten gesehen?

(Auszug aus der Zeitschrift „Befreiung" 2/75)

ZUR SITUATION IN PORTUGAL

Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der portugiesischen Regierung, veröffentlicht am 20. Februar, beschränkt sich nicht auf ökonomische Fragen, sondern umfaßt auch die Bereiche Gesundheit, Erziehung usw., wobei der Schwerpunkt aber auf der Umstrukturierung der Nationalökonomie liegt.

Das Programm legt nur den Rahmen für die Politik der nächsten drei Jahre fest, wobei die Konkretisierung von der jeweiligen politischen Kräftekonstellation abhängig sein wird. Das Programm sieht aber auch Sofortmaßnahmen für die nächsten drei Monate vor, wie z. B.:

Arbeitslosenunterstützung (erstmalig in Portugal)

Einschränkung und Kontrolle ausländischer Investitionen; in einigen Bereichen wie Banken und Versicherungen werden sie verboten; in den Schlüsselindustrien muß das einheimische Kapital bzw. der Staat die dominierende Stellung erhalten,

Kapitalgesellschaften sollen unter strengere Aufsicht gestellt, die Kleinaktionäre geschützt, Mittelstand und Kleinbetriebe staatliche besonders gefördert werden,

Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten wird angestrebt,

Einführung der Agrarreform: insbesondere Verstaatlichung aller auf Staatskosten bewässerten Ländereien über 50 ha, Verpflichtung für die großen Latifundien, ihren Anbau nach den vorher vom Staat ausgearbeiteten Richtlinien vorzunehmen.

Das Programm ist ein Kompromiß – nicht nur der Koalitionsparteien (Volksdemokraten, Sozialisten, KP-Kommunisten), sondern ein Kompromiß der portugiesischen Klassen. Das Großkapital bezeichnet es als den „Beginn der totalen Verstaatlichung", die MFA und KP-Kommunisten sehen es innerhalb ihrer „antimonopolistischen Strategie" als unbefriedigend, aber für die gegenwärtige Situation als das einzig Erreichbare an, und die Linken bezeichnen es als das, was es ist: ein sozialdemokratisches Reformprogramm. Indem Zugeständnisse sowohl an die technokratische PPD, die möglicherweise als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervorgehen wird, als auch an die autonome Arbeiterbewegung, die in ihren Inhalten und Forderungen das Programm bereits weit überholt hat, gemacht werden, soll der offene Klassenkonflikt, der auch zum Bürgerkrieg führen könnte, verhindert werden.

Das Programm stellt das Privateigentum nicht in Frage, läßt aber staatlichen Interventionen großen Spielraum und geht in zwei für Portugal wichtigen Bereichen über die „westeuropäischen Verhältnisse" hinaus: in der Agrarreform, mit der längerfristig der bisher bestehende extreme Gegensatz von Kleinstbauern, die am Rande des Existenzminimums leben, und Latifundienbesitzern, also den großen Agrarkapitalisten im Süden, beseitigt werden wird, in der Übernahme von 51 % des Aktienkapitals in folgenden Schlüsselindustrien: Bergbau, Petrochemie, Energieversorgung, Stahl und Eisen, Tabak und Waffen. Dies allerdings ohne wirkliche Enteignung, sondern durch Aufkauf oder Entschädigung.

Beide Reformen muß man als Antwort auf die autonomen Klassenaktionen, die es in diesen Bereichen in den letzten Monaten gegeben hat, sehen: im Süden Portugals haben die Landarbeiter auf den Großgrundbesitzen mit Landbesetzungen begonnen. Die Besetzung von Fabriken und die Übernahme der Produktion durch die Arbeiter, dort, wo Betriebe stillgelegt werden oder massenhaft Entlassungen vorgenommen werden sollten, ist inzwischen keine Seltenheit mehr. Nur indem der Staat die Fortsetzung der Produktion und damit die Arbeitsplätze gewährleistet, kann diese Bewegung gestoppt werden.



letzte meldung: putschversuch in portugal gescheitert - - - - - - - - - - - - - - - - - anführer (s.o.) hat in spanien zuflucht gefunden - - - - - - - - - - - - - - - unser kommentar: der cia ist auch nicht mehr das war er war - - - - - - - - - - - - - -

Hinzu kommt, daß die KP und ihre Gewerkschaften jetzt eine andere Strategie verfolgen als in den ersten beiden Phasen der Kämpfe (bis zum Dezember): aller Voraussicht nach wird die KP nach den Wahlen einen Großteil ihrer Macht auf Regierungsebene verlieren (die Wahlprognosen schwanken zwischen 5 und 15 % für die KP); daher bemüht sie sich jetzt schon, ihren Einfluß „an der Basis" zu verstärken. Sie kann daher gegenüber Streiks und Besetzungen nicht mehr offen repressiv auftreten, sondern muß versuchen, durch Reformen und Institutionalisierung der Konflikte (Mitbestimmung usw.) den Zusammenhang mit den autonomen Bewegungen nicht zu verlieren. Deshalb mußte sie in der „Januarkrise" ihr Konzept der Einheitsgewerkschaft, in der sie die Macht hat, durchsetzen, was ihr mit Hilfe der MFA auch gelang. Natürlich ist die Einheitsgewerkschaft gegenüber zersplitterten Richtungsgewerkschaften und gegenüber den aus der Zeit des Faschismus stammenden Berufsgewerkschaften ein Fortschritt. Aber die Forderung nach einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation entsprang nicht einer Massenbewegung, sondern wurde von oben her durchgedrückt, während die Avantgarde der Arbeiterklasse mit dem Aufbau autonomer Kommissionen den ganzen Gewerkschaftsstreit schon rechts liegengelassen hatte.

Die Sozialistische Partei – deren linker Flügel sich im Dezember nicht zuletzt wegen der Gewerkschaftsfrage abgespalten und eine neue Partei gegründet hatte – erfüllte die klassische Rolle des Spalters und damit direkt oder indirekt den Auftrag des CIA, vergleichbar mit der PS in Italien. Über die Sozialisten laufen auch die wesentlichsten Interventionen aus dem Ausland, insbesondere der BRD, England und der Niederlande. Sie sind das Einfallstor der ausländischen Kapitalinteressen. Wir verzichten hier darauf, diese Einflußnahmen ausführlicher darzustellen, weil dazu ein guter und materialreicher Artikel im „Arbeiterkampf" – Zeitung des Kommunistischen Bundes vom 18.2.75 erschienen ist.

Entwicklung der Klassenkämpfe in Portugal

Die Kämpfe 1974

Die Kämpfe der portugiesischen Arbeiter nach dem 25.4.1974 lassen sich in 3 Phasen untergliedern.

In der **ersten** Streikphase (die in den Mai 74 fällt) nutzten die Arbeiter ihre neuerworbenen Rechte (Versammlungs-, Diskussions-, Koalitionsfreiheit) zur Erkämpfung eines Minimums an materiellen Lebensbedingungen. Diese Kämpfe endeten mit dem gesetzlich fixierten Lohnminimum, was als Erfolg und zugleich als unbedingte Notwendigkeit anzusehen war. Ausgangspunkte dieser Kampfphase waren hauptsächlich kleinere Betriebe der Metall-, Textil- und der Elektroindustrie. Dieserart Betriebe bilden die Hochburg der PC (daneben noch der Bergbau und das Landproletariat des Alentejo); hier hatten die unteren Parteikader seit Jahrzehnten Widerstandsgruppen gegen den Faschismus organisiert – freilich um ganz andere Inhalte, als ihre Agitation heut sich freut. Die antifaschistische Arbeit der PC war keineswegs gebunden an irgendein „Allgemeinwillen", durch irgendeine Verpflichtung durch „die gemeinsame Anstrengung aller Kräfte" die Wirtschaft aufzubauen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die besondere Schwierigkeit der PC, **trotz** ihres jetzigen Reformismus die alte radikale Arbeiterbasis nicht zu verlieren.

In der zweiten Streikphase radikalisieren sich die Forderungen in ihrem wirtschaftlichen wie auch politischen Inhalt; neben dem politischen Kampf für den Rausschmiß faschistischer Manager aus Verwaltungen und Geschäftsleitungen tritt die Infragestellung der Organisation der Arbeit und des ganzen Lohnsystems überhaupt (häufiger Wechsel zwischen den Abteilungen, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"). Aus der defensiven Situation der Arbeiter in der ersten Phase konnte das Problem des Sinns der Tätigkeit noch nicht aufgegriffen werden, jetzt wurde es klar, daß sich der politische Umsturz des 25.4. auch im Betrieb niederschlagen mußte.

Träger dieser zweiten Streikwelle sind die modernen Massenarbeiter, die in den durchmechanisierten Betrieben arbeiten: Mabor, Toyoto, Lisnave TAP. In die gleiche Phase fallen auch die Streiks der Postler und der Zeitungsarbeiter (bis Juni 74). Wichtig nicht nur zur Einschätzung dieser Kämpfe, sondern auch für eine Prognose über die Entwicklung der Klassenauseinandersetzung in Portugal ist, daß nur ca. 15 % der Arbeiter in modernen Großbetrieben arbeiten. 1/3 arbeitet in handwerklich strukturierten Betrieben und die überwiegende Mehrheit in Klein- und Mittelbetrieben.

Die Arbeiter beginnen, neue Kampfformen und Organisationen zu entwickeln. Bei Sogantal, Ucal, Carminha gab es Produktion/Verkauf in eigener Regie. Durch die Solidarität mit den Druckern des „Jornal do Comérciou, deren Forderungen nach Entlassung eines faschistischen Direktiors durch die Besitzer nicht nachgekommen wurde, kann an einem Tag keine einzige Zeitung erscheinen; die Pressen werden zur Herausgabe eigener Streikzeitungen genutzt. Champaliamaud (ein führender Vertreter der portugiesischen Großbourgeoisie) kann sein Vorhaben, eine neue Tageszeitung zu gründen, erst gar nicht durchführen.

Im Widerspruch zu den alten faschistischen Berufsgewerkschaften, deren Verantwortliche von oben ernannt wurden, bilden die Arbeiter Kommissionen, die in ständigem Kontakt zur Basis stehen, die ein direktes, später auch politisches Mandat erfüllen. Während bei TAP die Kommission mit dem Arbeitsminister verhandelt, bleiben die ganze Zeit über die Kollegen auf dem Betriebsgelände versammelt und vermeiden dadurch die Isolation ihrer Vertreter.

Der mittlerweile zur Regierungspartei avancierten PC paßten diese Vorstöße der Arbeiter nicht ins Konzept. Zu diesem Zeitpunkt verfügt die PC bereits über entscheidende gesellschaftliche Machtpositionen, die sich zum einen auf den Versuch der Kontrolle der Arbeitskämpfe beziehen (Intersyndical, Arbeitsministerium) zum anderen auf wichtige ideologische Schaltstellen erstrecken (Journalisten in Massenmedien und Tageszeitungen, Lehrkörper an Universitäten). Ein Intersyndical-Funktionär in einem UZ-Interview vom 6.7.74: „Jetzt ist es im Klasseninteresse der Arbeiter, auf den Zuwachs des nationalen Reichtums und auf ökonomische Stabilisierung hinzuarbeiten, um das Chaos zu verhindern." Was das Klasseninteresse der Arbeiter ist, bestimmt die Intersyndical, den politischen „Kampf" führt die PC – die Arbeiter sollen v. a. nicht streiken und die PC wählen.



Diese nach dem April gewonnene Macht will die PC durch ein breites Bündnis abstützen, für das das Kleinbürgertum durch Überzeugung gewonnen werden soll. Die kämpfenden Arbeiter der Großbetriebe konnten von Anfang an nicht auf die Unterstützung von PC/Intersyndical rechnen, die die Arbeiteraktionen auf das defensive Ziel der „Verteidigung der Demokratie" reduzieren wollen. In zugespitzten Kämpfen ging die PC über eine bloße Distanzierung weit hinaus und organisierte so z. B. gegen den Kampf der Postler eine Straßendemonstration unter der „Parole": „Gegen den Streik um des Streiks willen."

Arbeiterautonomie und neue Widerstandsformen

Über die Erfahrungen mit den Unternehmern (Entlassungen, Demontage industrieller Anlagen) und in der Auseinandersetzung mit PC und PS politisiert sich in diesen Kämpfen eine Avantgarde der Arbeiter. Die Arbeiterkommissionen werden zur ständigen Einrichtung und entwickeln zwischen den Betrieben eine Koordination ihrer Aktivitäten.

Gegen die Entlassungen (18 000 vom Juni bis Dezember, d. h. ca. 2 % aller Arbeiter – Expresso 22.2.75, nach offiziellen Schätzungen, real ungefähr dreimal soviel) erweisen sich Streiks als untaugliches Mittel, weswegen – als **dritte** Kampfphase – viele Arbeiter kleinerer und mittlerer Betriebe die Fabriken besetzen, sie selbst verwalten und weiter produzieren. Diesem Vorgehen bei den Klein- und Mittelbetrieben entspricht der verstärkte Kampf um Arbeiterkontrolle, d. h. Offenlegen der Bücher, keine Privilegien für Manager. Im Februar stehen 250 Betriebe im Kampf (Besetzungen mittlerer und kleinerer Betriebe, Verweigerung von Überstunden bei Großbetrieben); die Kämpfe sind nicht vereinzelt. (Expresso, 22.2.75) Zuletzt bezogen die Kämpfe auch den Reproduktionsbereich mit ein: In Lissabon wurden zahlreiche Häuser von Bewohnern der Elendsviertel besetzt. Bei diesen Aktionen wurden sie teilweise von den Bauarbeitern unterstützt, d. h. einige Häuser wurden sofort nach der Fertigstellung besetzt.

Im Alentejo besetzen Landarbeiter brachliegendes Land zur eigenen Nutzung. (60 % der Bevölkerung lebt auf dem Land, im Norden atomisierte Produktion in selbstversorgerischen Kleinstbetrieben – 48 % der Bauern besitzen weniger als 1 ha Land –, im Süden Großgrundbesitz mit lohnabhängigen Landarbeitern in kollektiven Arbeitszusammenhängen, die Hälfte der Besitzer haben nur 1,1 % der Fläche, 7 % besitzen 57 %. Trotzdem verzichteten diese 7 % Latifundienbesitzer auf ertragssteigernde Investitionen (Landstriche liegen brach; das Agrarland Portugal ist nicht in der Lage, seinen Eigenbedarf zu decken und hat mit Abstand den niedrigsten Hektarertrag in Europa)]

Diese Kämpfe zwangen auch die PC, nicht mehr offen gegen die Betriebs- und Landbesetzungen vorzugehen. Ihre Standardargumentation des letzten Jahres, alle nicht von ihr geführten Arbeitskämpfe seien Provokationen der Rechten, können sie nicht einmal mehr ihren eigenen Anhängern verkaufen.

Einige Daten zur portugiesischen Wirtschaft 1974

Alle diese Daten sind nicht offiziell und liegen meist unter dem Realwert.
Inflationsrate: ca. 33 % (1973 : ca. 25 %)
Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts: 2–3 %
Einnahmen aus dem Tourismus: 30 % weniger als 1973
Arbeitslosenquote: ca. 6 % am Jahresende
Industrien, die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen sind: Bau (ca. 30 % aller Arbeitslosen); Metall (15 %); Kleidung und Schuhe (13 %); Textil (13 %).
Zwei Drittel der kleinen und mittleren Unternehmen haben zwischen Juni und November Entlassungen vorgenommen, aber nur 1 % der Großunternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten.

Höhepunkt dieser dritten Kampfphase war die von den Arbeiterkommissionen mobilisierte Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit vom 5.2. (s. Libération-Artikel). Die Demonstration war ein **offensives, kollektives** Kampfmittel gegen das Hauptinstrument der Kapitalisten (Arbeitslosigkeit), die Arbeiter zu spalten, zu schwächen, zu **individueller** Reaktion auf die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes zu veranlassen.

Wahlen und wie es weitergehen könnte

Die Streiks, die Fabrikbesetzungen und Produktionsübernahmen, die Demonstrationen, die Landbesetzungen, die Bildung autonomer Arbeiterkomitees – das ist die eine Seite der portugiesischen Klassenrealität heute. Die andere Seite wird deutlich z. B. in den Prognosen über die Wahlen vom 12.4. Zur Zeit sieht es so aus, daß PPD (technokratische Reformer) und PS als stärkste Parteien aus der Wahl hervorgehen werden. Die Schätzungen für die PC liegen bei ca. 15 %. Diese zunächst überraschende Prognose wird etwas klarer, wenn man sich überlegt, in welch ungeheurem Ausmaß Portugal ein unterentwickeltes Land ist: Trotz formeller 6-jähriger Schulpflicht (erst seit 1968!) die - v. a. von der armen Landbevölkerung des Nordens - ohnehin kaum absolviert werden kann, hat Portugal eine Analphabetenrate von 38 % (Griechenland: 18 %, Spanien: 13 %). Für je 1 378 Menschen gibt es einen Arzt (wobei das Stadt/Landgefälle unberücksichtigt bleibt); für 1 000 Einwohner stehen knapp 4 Krankenhausbetten zur Verfügung; Epidemien sind häufig und weit verbreitet (letztes Jahr Cholera in den Slumgürteln um die Städte). (Zahlen für die 60er Jahre)

Begründet auf diese existenzielle Not und die daraus resultierende politische Apathie (50 Jahre Faschismus und staatlich geförderter katholischer Aberglaube) des Volkes konnten sich – v. a. im Norden – die faschistischen Strukturen halten. Die Macht der Pfaffen und lokalen Größen ist kaum angetastet. Die „campanha de dinamizacao cultural" der MFA ist ein erster, wenn auch nur aufklärerischer Versuch, diese lokalen Strukturen zu brechen. Genossen, die sich vor der MFA-Kampagne an der von Studenten organisierten Alphabetisierungskampagne in den Dörfern beteiligten, holten sich dort teilweise blutige Köpfe. Im Norden wird im Gegensatz zu Südportugal, den Großstädten und dem Industriegürtel um Lissabon auch nicht die PC, sondern eher die rechte CDS („Zentrumsdemokraten", die kürzlich in Porto auf ihrem Parteikongreß von Genossen besucht wurden) drittstärkste Partei werden.

Gegenüber der möglichen rechten Regierung hat in den letzten Wochen die MFA versucht, sich bestimmte Positionen abzusichern: Bildung eines Staatsrates, der mehrheitlich von MFA-Mitgliedern besetzt wird. „Dieser Staatsrat soll unter anderem das Recht haben, sein Veto gegen Gesetze oder Beschlüsse der Zivilregierung einzulegen. Dem Militär soll außerdem die Besetzung des Verteidigungs- und des Wirtschaftsministeriums vorbehalten bleiben." (FR, 24.2.74) Außerdem hat die MFA das Vetorecht für die Ernennung des Staatspräsidenten, unter anderem wichtig, um eine mögliche Rückkehr des Reaktionärs Spinola zu verhindern.

Wichtig ist, sich klarzumachen, daß die MFA kein frei über den Bewegungen oder Parteien schwebendes Entscheidungsgremium ist, sondern in sich selbst um diese Fragen gespalten ist. Die Bewegung der Arbeiter und die massenhaften Aktionen gegen die Rechten ermöglichten bisher in den entscheidenden politischen Fragen den linken Kräften in der MFA sich durchzusetzen.

Materialien:

UNO Statistical Yearbook 72
UNESCO Yearbook 72
World Handbook of political and social indicators – Yale University Press 72
Capitalismos E Emigracao em Portugal, 1970, von Carlos Almeida und Antonio Barreto.

20000 Arbeiter in den Straßen von Lissabon

ARBEITER UND SOLDATEN GEGEN DIE NATO

Die Bewegung der Arbeiter „fernab von den Parteien"

Die Freitage folgen aufeinander – und sie gleichen sich nicht in Portugal. Am Freitag, den 31. Januar mußte die MFA die Straße für alle politischen Parteien der Linken verbieten. So setzte sie deren Querelen ein Ende. Am letzten Freitag (dem 7. Februar) riefen die Arbeiterkommissionen der 37 wichtigsten Unternehmen Lissabons zu einer **Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit** auf. Mehr als 20 000 Personen – die Organisatoren sprachen von 40 000 – marschierten trotz Verbot durch die Zivilgouverneure in den Straßen Lissabons. Die MFA hat im portugiesischen Klassenkampf jene autonome Arbeitermacht erscheinen lassen, die der Intersindical (von der P.C. beherrschte Dachgewerkschaft) ihre Vertretungsbefugnis streitig macht. Tausende von Arbeitern vereint – unabhängig von ihren verschiedenen Parteizugehörigkeiten. Die Portugiesen haben ein Wort, um das auszudrücken: sie sagen „apartidado" – unübersetzbar. (Dem Sinn nach: fernab von den Parteien.)

Die Portugiesen sind aus der Januarkrise mehr „apartidado" hervorgegangen als jemals zuvor: die fruchtlosen Auseinandersetzungen der Parteien; die ständige Vermehrung der Organisationen, der Treffen und Gegen-Treffen, Demonstrationen und Gegendemonstrationen. Symptome, die nicht täuschen: die stereotypen Gemeinplätze der Parteien sind mittlerweile Teil der alltäglichen Vergnügen der Portugiesen. Die MFA, die Victor Alves, Staatsminister und einer der Theoretiker der Bewegung erst letzte Woche als politische Bewegung „fernab der Parteien" definierte, erscheint in den Augen der Massen als Modell der politischen Demokratie.

Die Arbeiterkommission

Was die Arbeiter Lissabons in den Straßen der Hauptstadt gezeigt haben, ist auch eine „Lektion in Demokratie". Um die Bedeutung dieser Demonstration zu verstehen, muß man zur Zeit des 25. April 74 zurückblenden. Der Sturz der Diktatur durch die Streitkräfte hatte eine Bresche geöffnet, in die sich die Arbeiter hineingedrängt hatten. Eine gigantische Streikbewegung – die zeitweise mehr als 200 000 Arbeiter umfaßte – brach hervor, um die Fabriken von faschistischen Elementen zu säubern und um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Intersindical, 1970 gegründet, kam aus dem Untergrund hervor, politisch überwiegend von der P.C. beeinflußt. Und ihr erster Führer wurde Arbeitsminister in der ersten provisorischen Regierung. Spinola appellierte an die Kommunisten, wie de Gaulle 1944, die Arbeiterklasse im Zaum zu halten. Aber die Intensindical ist nicht die CGT und Portugal ist nicht Frankreich. In den meisten Unternehmen besteht die faschistische Gewerkschaftsorganisation fort, und zwar ausschließlich horizontal organisiert. Es gibt eine Gewerkschaft der Büroangestellten, eine der Mechaniker, eine der Elektriker usw., alles in ein und derselben Fabrik. Sie haben nicht das Recht, sich gemeinsam zu versammeln. Im nationalen Metallunternehmen gibt es 22 Gewerkschaften. Die Delegierten müssen, um anerkannt zu werden, das Vertrauen der Geschäftsleitung genießen. Und die geheime Infiltration bleibt schwach.

Es kam die 'Explosion' des Mai/Juni und ein starker Drang zur Einheit. Von allgemeinen Arbeiterversammlungen wurden nun Arbeiterkommissionen in den meisten Unternehmen gewählt. Diese Bewegung wurde umsomehr dadurch begünstigt, daß sich die P.C. allen Streikbewegungen widersetzte, um nicht die Militärs und die portugiesische Bourgeoisie zu verschrecken. Deren Allianz mit Spinola sollte paradoxerweise eine Schwächung der P.C. in den Betrieben zur Folge haben.

200 000 Arbeitslose – bald 300 000

Diese Kommissionen wurden als „ad-hoc"-Instanzen von der Regierung anerkannt, in dem Maße, wie die Streiks andauerten. So kam es, daß in den 37 größten Unternehmen der Region Lissabons Arbeiterkommissionen, die von Arbeiterversammlungen wählbar und abwählbar sind, bestehen. Die Intersindical hatte übrigens angesichts dessen ihre Taktik geändert. Sie versucht nun, in diese Kommissionen reinzukommen und dort ihre Vertreter wählen zu lassen. Die Streikbewegung hat praktisch seit dem Juni ununterbrochen bestanden; im allgemeinen, um den Rhythmus der Entfaschisierung zu beschleunigen. Heute gibt es einen Aufschwung dieser Bewegung durch die Krise, Arbeitslosigkeit und Preissteigerung. Zwei Daten: 200 000 Arbeitslose in einem Land von 9 Mio. Einwohnern und unterentwickelter Wirtschaft; 35 % Inflationsrate in diesem Jahr. Die Arbeiter erwarten 300 000 Arbeitslose im März. Deshalb befürworten sie eine Beschleunigung des revolutionären Prozesses mit deutlich antikapitalistischer Orientierung.

Überbetriebliche Organisierung

Seit dem September, nach dem TAP-Streik und dem Marsch der Dockarbeiter von Lisnave durch Lissabon wurde ein erster Versuch gemacht, die Arbeiterkommissionen zu vereinigen; bald sollten sich die gewählten und jederzeit abwählbaren Delegierten dieser Betriebe jeden Sonntag treffen. Aus diesen ersten überbetrieblichen Zusammenkünften entwickelte sich eine Demonstration. Sie fand am 28. September, nach dem Scheitern des spinolistischen Staatsstreichs, statt. Und eben diese überbetriebliche Vereinigung der Arbeiterkommissionen, rief am 7. Februar zu einer Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit auf. Die Initiative ging von dem Betrieb Effacec aus, wo die Demonstration auf einer Betriebsversammlung beschlossen wurde. Auf einer überbetrieblichen Versammlung am 27. Januar setzten die Delegierten der 37 Unternehmen den Zeitpunkt auf den 7. Februar fest.

Der Aufruf der Effacec

Der Aufruf zur Demonstration präzisierte die Absichten der Kommissionen: „Eine Demonstration mit deutlich außerparteilichem Charakter . . . Die politischen Organisationen, die diese Initiative unterstützen möchten, können dies über Resolutionen tun, aber auf der Demonstration selbst sollen sie keine eigenen Parolen und Spruchbänder haben . . . Der Organisationsplan der Demonstration läßt die Teilnahme von unorganisierten Arbeitern, Studenten, Soldaten, Matrosen unter der Voraussetzung zu, daß sie sich der Organisationsdisziplin der Arbeiterkommissionen unterstellen."

Die Forderungen: „Gegen die Entlassungen, die Arbeitslosigkeit und die Überstunden, für die Anhebung der Grundlöhne, für das Recht auf Arbeit." Die Kommissionen wollten folgendes klarmachen: wenn 2 Millionen Arbeiter eine Stunde am Tag weniger arbeiten würden, so würde das 250 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Schließlich betonte der Aufruf zur Demonstration deren deutlich antikapitalistischen Aspekt: „Die Arbeitslosigkeit ist eine unvermeidliche Konsequenz des Kapitalismus. Deshalb wollen die Arbeiter ihn zerstören und eine neue Welt aufbauen." Diese Parole der Arbeiter von Effacec war auf eine große rote Banderole geschrieben, mit der die Demonstration angeführt wurde. Schließlich hatten die Arbeiter der Kommissionen noch eine Parole dazugesetzt: „Nato raus, nationale Unabhängigkeit!"

Die Schlaflosigkeit von Alvaro Cunhal

Für die Partei von Alvaro Cunhal und seine Freunde war diese Initiative eine Gefahr. Sie bestritt die Vertretungsbefugnis der Intersindical und zeigte der gesamten Arbeiterklasse und der Bevölkerung, daß eine autonome Arbeitermacht besteht. Sie insbesondere die Position der PC gegenüber der MFA, nämlich die der einheitlichen Sprecherin der portugiesischen Arbeiterklasse. Der erste, der am Donnerstagmorgen Position bezog, war der Zivilgouverneur von Lissabon. Wie durch Zufall ist er Mitglied der MDP-CDE (einer Art P.C.). Er erklärte: „Alle öffentlichen Demonstrationen in Lissabon sind zwischen dem 7. und 12. Februar verboten." Aber der heftigste Angriff sollte von der Gewerkschaftsunion des Südens kommen, die in einem Kommunique die Demonstration als idiotisch bezeichnete und hinzufügte: „Diese Demonstration beabsichtigt, Verwirrung in die demokratischen Kräfte hineinzutragen und den demokratischen Aufbau Portugals zu sabotieren." Weiter heißt es darin – und bringt damit die Sache auf den Begriff: „Wie es schon am 28. September geschah." Alle Parteien der Regierungskoalition fügten sich in diese Linie der Gewerkschaftsunion des Südens ein, von der P.C. und der MDP-CDE bis zur PPD, und inclusive der PS und der MRPP. Nur die LUAR und die MES und UDP unterstützten die Demonstration.



Die MFA als Garant der Demonstration

Während des ganzen Donnerstag hielt die MFA – durch ein rein kalendermäßiges Zusammentreffen – ihre monatliche Delegiertenversammlung ab. In Lissabon wartete man auf eine Bestätigung des Verbots, ausgehend von der MFA.

Tatsächlich aber fand am Morgen des Donnerstag ein erster Kontakt zwischen den Mitgliedern der Arbeiterkommissionen und den Mitgliedern der Koordinationskommission der MFA (Exekutivorgan der Bewegung) statt. Und am Freitagmorgen einer mit der COPCON.

Inzwischen hatten die Kommissionen zu verstehen gegeben, daß sie an ihrer Demonstration festhalten würden. Am Ende der Begegnung mit dem COPCON erfuhr man, daß die Demonstration geduldet werden würde. So gab die MFA die Bürgschaft für die Durchführung der Demonstration. Dies ist ein höchst wichtiger Fakt, der die Kräfteverhältnisse in Portugal verändert. Die MFA ist gegenüber der P.C. auf Distanz gegangen und hat die Demonstration einer autonomen Arbeitermacht unterstützt und dazu aufgerufen, in den nächsten Wochen den revolutionären Prozeß in Portugal zu beschleunigen.



Die Arbeiter vom linken Tajo-Ufer setzten um 18.30 Uhr nach Lissabon auf dem Kommerzplatz über; in Blaumännern, mit Mützen und roten Knöpfen gingen sie hinter Spruchbändern „apartidado", wo die Namen von LISNAVE, von La Setenave, von Effacec, der nationalen Metallgesellschaft und der Fabriqua Portugal etc. draufstanden. Ein nur von Arbeitern gebildeter Ordnerdienst mit Walkie-Talkies und roten Armbinden umgab die Demonstration mit einer Körperkette. Im Hintergrund, 300 Meter vom Ufer entfernt, lag der Flugzeugträger „Saragota" von der amerikanischen Atlantikflotte vor Anker. Angeführt von einem Jeep der Militärpolizei und einem Wagen der DSP bewegte sich die Demonstration zunächst zum Rossio-Platz. Es war Nacht geworden. Andere Delegationen schlossen sich diesem Zug an, der die Parolen der „Überbetrieblichen Versammlung" befolgte. Der Eindruck von Macht erstaunte alle ausländischen und portugiesischen Beobachter. Sie wurde bestimmt durch das, was ein Verantwortlicher mir gegenüber als „Proletarische Disziplin" definierte.

Dann marschieren diese tausende von Arbeitern in schnellem Gang die Champs Elysée von Lissabon hinauf, die Avenue da Libertade. Hundert Meter vor der amerikanischen Botschaft ist die Straße von Einheiten des COPCON abgeriegelt, unter dem Befehl des Majors Jaime Neves, einem Delegierten der Hauptversammlung der MFA. Vor den mit Maschinengewehren bestückten Amphibien-Panzerwagen stehen zwei Kompanien in Waffen und Leopard-Uniform. Die MFA traut nicht der noch sehr faschistisch gebliebenen Polizei. Als die Demonstration nicht weiter als hundert Meter vor den Kommandos angekommen ist, geht eine Art leises Rumoren durch die Arbeitermenge: „Weiter". Neves beschließt daraufhin, die Avenue dem Zug zu öffnen. Er befiehlt seine Truppen zurück auf eine Seite der Straße, vor die Botschaft, eingerahmt auf der einen Seite von den Fallschirmjägern, auf der anderen Seite von den Panzer-Kommandos. Auf die Rufe „Nato raus, nieder mit dem Imperialismus" folgt eisiges Schweigen.

„Die Soldaten sind die Söhne des Volkes"

Die Demonstration setzt sich zum Arbeitsministerium hin fort, die vorderen Reihen rufen: „Die Soldaten mit uns!" Dann ereignet sich jene Szene, die einen wirklichen Eindruck vom heutigen Portugal vermittelt: die Soldaten in Leopard-Uniform, MP-Munitionsgürtel um die Brust, drehen sich um zum Gebäude des Arbeitsministeriums und heben unter unbeschreiblichem Jubel der Menge die Fäuste. Arbeiter und Soldaten, die Fäuste gereckt, rufen gemeinsam: „Nato raus, nationale Unabhängigkeit!" Viele Leute weinen vor Freude. Auf diese außerordentliche Episode, auf dieses Bild der Allianz, die die Grundlage des heutigen Portugal bildet und die die ungeheure Politisierung der Armee deutlich macht, folgen die Kundgebungsreden. Drei Arbeiter lesen Entschließungen vor, die von den Betriebsversammlungen in den Werken Cergal, Effacec, und den Docks von Setenave verabschiedet worden waren. Danach spricht ein Arbeitsloser. Der Vertreter von Setenave erklärt: „Wozu dient die Großzahl der Bonzen der Gewerkschaften und der Intersindical? Sie dient dazu, Demonstrationen zu veranstalten, die die politische Position einiger Parteien stärken sollen, die Verräter an der Arbeiterklasse sind."

Als sich der Zug auflöste, sagte ein Delegierter einer Kommission: „Dies ist ein nicht rückgängig zu machender Sieg der portugiesischen Arbeiterklasse über die reformistischen und revisionistischen Organisationen, über all die, die sich anmaßen, die Arbeiter zu vertreten." Ein anderer Arbeiter, Mitglied einer Kommission, nahm mich am Arm: „Was wir wollen, wir, die Arbeiter, das ist: die Macht zu nehmen. Es lebe die Arbeiterklasse!" Es war kurz nach Mitternacht.

Übersetzung aus der Liberation vom 10.2.75

Aus einem Bericht der Arbeiterkommission des Konzerns Grupo Borges:

Im Werk Eurofil, wo die Geschäftsleitung versuchte, 300 Arbeiter zu entlassen, besetzten die Arbeiter die Werkshallen. Von der Geschäftsleitung wurde die Marine zu Hilfe gerufen. Die Matrosen kamen, aber sie verstanden die Motive der Arveiter und verbündeten sich daraufhin mit den Besetzern und den anderen Genossen. Vereint haben sie die Entlassungen verhindert.

(Aus:COMBATE v.14.2.75)

5 JAHRE SSK

Wir drucken hier eigentlich aus Verlegenheit einen Auszug aus einem Buch, was demnächst erscheint, über den SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln) ab. Aus Verlegenheit deshalb, weil einige Genossen in der Kürze der Zeit es noch nicht geschafft haben, einen ausführlichen Bericht über den SSK zu veröffentlichen, aus dem auch wirklich hervorgeht, warum es sinnvoll ist, ähnliche Aktivitäten zu entwickeln. Schließlich hat die WWA die Aufgabe, Alternativen über den Weg der Information anzugeben, die auch KONTINUIERLICHES Engagementvon Genossen verlangen.

Dieser Vorabdruck, den wir dem KÖLNER VOLKSBLATT entnommen haben, soll einen Einstieg in die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit auf der Ebene des evtl. Machbaren initieren . . Die Leute vom SSK haben Interesse, ihre „Art" des Widerstandes verständlich zu machen. Einige Frankfurter Genossen, die sich mit dem SSK auseinandergesetzt haben, werden ihr Material in der nächsten WWA in einem Bericht zur Verfügung stellen. Es soll versucht werden, klarzumachen, daß ähnliche Projekte im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit der BRD möglich sein könnten.

Der SSK besteht seit 5 Jahren. 1970 als Projektgruppe für abgehauene sog. Fürsorgezöglinge, dann als Institution der Jugendhilfe und heute als Selbsthilfe junger Arbeiter und Arbeitsloser.

Hotel Astor – Massentherapie

Im "Astor" und Kontaktzentrum haben wir die Straße in die Häuser gelassen.

Alle Erscheinungen des illegalen Lebens obdachloser Jugendlicher spülten in den SSK hinein: Saufen, Prostitution, Kriminalität, Rauschgift, Schlägereien. Alle dazugehörigen Folgeerscheinungen traten im "Astor" an die Oberfläche:



Hotel Astor am Salierring

Selbstmordversuche, Weinkrämpfe, Wutanfälle, Zusammenbrüche in allen nur denkbaren Formen.

Es gab kaum ein paar ruhige Stunden im Haus, die Einrichtung und das Haus selbst waren bald demoliert.

Wir haben die Straße in unsere Häuser gelassen und dann die Tür zugemacht.

Achtzig junge Arbeiter, gedemütigt, unterdrückt und mißhandelt, hatten plötzlich eine kleine Insel, auf der sie sich sicher wähnen konnten. Ihr Leben war bis dahin geprägt von der Jagd nach Essen, Schlafstellen, Kleidung, Zigaretten, ständig angespannt, auf der Lauer nach Chancen, aus der Mühle rauszukommen. Was vor der Straße lag, hatten die meisten verdrängt. Ihre Kindheit, ihre Verhältnisse zu Haus oder im Heim. Hier im "Astor" kam das alles schnell wieder hoch, weil die Jagd nach den materiellen Grundbedürfnissen zu Ende war. Sie konnten leben ohne Bedingungen. Jeder erhielt ohne weiteres seinen Schlafplatz, sein Essen und sein Taschengeld, egal, was mit ihm los war, wo er herkam, was er vorhatte. Es kamen fast erwachsene junge Männer, aus dem Knast oder aus Heimen, auf offene Gewalttätigkeit trainiert und aufgefüllt mit gefährlicher Verzweiflung, es kamen Mädchen vom Strich und ließen in hysterischen Anfällen ihre unterdrückten Wünsche nach Familie und trautem Heim raus, es kamen Jugendliche aus Elternhäusern, grimmig entschlossen, ihr bis dahin strenges und braves Leben zu beenden, es waren welche da, die aus Irrenhäusern ausgebrochen waren und unter Medikamentenentzug zusammenbrachen oder durchdrehten, Strichjungen hatten sich überall im Haus festgesetzt und unterliefen raffiniert alle Schwellen, dann Rockertypen, die fast nie den Mund aufmachten, ein Kifferklübchen, Kinder, seelisch "verdorben", verkümmert und mit unstillbarem Bedürfnis nach Zärtlichkeit, wie streunende Katzen.

Das alles bewegte sich durcheinander, die verschiedensten Verhaltensweisen knallten zusammen, es **verging kein Tag und vor allem**



keine Nacht, in der nicht ein sinnlos Betrunkener ins Haus geschleppt wurde, einer seine Zimmereinrichtung zerschlug, seine Pulsadern aufschnitt, in der nicht Eifersuchtsdramen stattfanden oder in einer Etage wilde Streitereien ausbrachen.

Dann lief immer das ganze Haus zusammen, die einen trennten die Kontrahenten, die andern sahen sich das an, die dritten gaben gute Ratschläge oder nur einfach ihre Kommentare dazu.

Betroffen waren alle, entziehen konnte sich keiner. Mit derartiger innerer Gewalt brach die angestaute Verzweiflung überall heraus, daß alle mit hineingezogen wurden.

Ambulanz im SSK sucht

1. Bettwäsche für Wohngemeinschaften von obdachlosen Jugendlichen,
2. Kleine Heißluft- oder Heißwassersterilisator (gebraucht) für ärztliche und zahnärztliche Instrumente. Benachrichtigungen bitte an Dr. Peter Stankowski, 5 Köln 91, Ostmerheimer Str.459 Telefon 692090

Szenen:

Conny, aus der Irrenanstalt abgehauen, von der Mutter zurückgestossen, Beziehungen auf dem Strich gelernt. Sie hat mit der Mutter telefoniert, ist danach saufen gegangen, wird ins "Astor" geschleppt und



dreht durch. Entweder versucht sie sich die Pulsadern aufzuschneiden, aus dem Fenster zu springen oder sie schlägt die Einrichtung kaputt. Sie ist bärenstark. 5 Mann versuchen sie festzuhalten, über Stunden windet sich das Knäuel durch das Haus oder über den Bürgersteig. Wenn sie endlich schläft oder wenn der Notarztwagen sie abholt, sind alle erschöpft, total mit den Nerven herunter, das Haus ist wie nach einer Schlacht...

Konstanze, frisch aus dem Knast ins "Astor" gekommen. Vorher zwei Jahre auf dem Strich, Kind im Heim. Sie hat alle zwei Wochen einen neuen Freund, jedesmal spricht sie nach ein paar Tagen von Heirat, Familie etc. Jedesmal kriegt der Typ Angst, macht Schluß und Konstanze einen Selbstmordversuch. Einmal sprang sie aus dem Fenster auf den Glaskasten über der Hoteltür, weinend, tobend, mit blutenden Handgelenken und drohte, runterzuspringen. Fast alle Hausbewohner standen auf dem Bürgersteig, hatten ihm mit Matrazen ausgelegt, redeten ihr zu, schimpften sie aus, tröstete und nach einer halben Stunde holte sei einer wieder runter. Als kurz darauf ein Polizeiaufgebot erschien, haben alle, wie verabredet, vertuscht, wer der Urheber der "Störung" war.

Pico Weitzel, 13 Jahre alt, frech, Kinderheim, von den wohlsituierten Adoptiveltern zum 12. Mal abgehauen. Er schläft nachts nie. Er ist süchtig nach Fahrtenmessern, Sonnenbrillen, Feuerzeugen. Es ist ihm unmöglich, durch die Stadt zu gehen, ohne etwas zu klauen. Er lebt so in der Großstadt, als lebe er im Wald, in seinem Zimmer versucht er, den ganzen sinnlosen Kram zu verstecken, den er zusammenstiehlt. Nachts versuchen wir, ihn immer heimlich zu erwischen, wenn er sich wie ein Wiesel über die Feuerleiter und die Hinterhöfe zu seinen Raubzügen stehlen will.

Das Haus war wie eine Welt für sich. Es gab Räume, die Massenquartiere waren und wie Notunterkünfte aussahen: Matratzen und Aschenbecher. Es gab peinlich korrekte, kleinbürgerlich penetrante Zimmer, in einigen lebten Paare zusammen wie nach langjähriger Ehe, einen Raum hatten Kinder so mit Gardinen ausgehängt, daß lauter höhlenartige Zelte entstanden waren, andere Zimmer waren mit Parolen ausgemalt, wieder andere mit Rockersymbolen und Pornozeichnungen. Manche dreckig, manche sauber. Auch als das Hotel für 35 Gäste mit 8o Jugendlichen belegt war, traf man nachts noch auf leere Zimmer. Alle, die kamen, wollten sobald wie möglich ein eigenes Zimmer und Arbeit suchen. Aber fast keiner ging von sich aus wieder weg. Manche schoben den Plan zum Ausziehen vor sich her wie die Entscheidung, auszuwandern. Einige, die es probiert hatten, kamen bald wieder zurück. Alle beklagten sich ständig über den ewigen Krach, über den unsäglichen Müll und Dreck, über Klauen im Haus. Die meisten kamen aber immer wieder irgendwann und sagten zum Betreuer, sie hielten es nicht mehr aus. Es war, als hielte diese Teufelsküche "Astor" alle in ihrem Bann.

Wenn ein Außenstehender nur eine halbe Stunde im "Astor" war, begriff er nicht mehr, wie es einer nur einen Tag dort aushalten konnte. Morgens schliefen alle, wie nach einer schweren Arbeit, total erschöpft. Wenn Hausversammlung war um 11.oo Uhr, dann wurden sie von den Betreuern aus den Betten getrieben. Immer wieder wurden dieselben Probleme in die Hausversammlung gezwungen, wütend, brüllend und oft drohend verliefen die Diskussionen. Zuhälterei und die dahinter stehenden seelischen Probleme, Strich bei Mädchen und Jungen, Klauen, und alles unter dem Aspekt, daß das Haus dadurch gefährdet sei. Und mehr und mehr kam das Jugendamt hinein, die Polizei war ohnehin immer ein präsentes Problem. Eine Lösung gab es bei den allgemeinen inneren Problemen natürlich nie. Den stundenlangen Druck dieser Diskussionen ließen die Jugendlichen dann in der Organisation des Hauses ab: Je tiefer die Hausversammlung in den inneren Verhältnissen gegraben hatte, um so eifriger und verbissener wurde danach



in Großaktionen das Haus gesäubert. Wie symbolisch wälzte sich ein zusehends wachsender Berg von Müll und Dreck das Treppenhaus hinunter – Ersatzbefreiung.

Hinter diesem Psychodrama verschwanden die soziale Probleme, Arbeit, Schule, Wohnung gerieten fast in Vergessenheit. Das Leben in dieser Hausgemeinschaft ließ keine Kraft mehr übrig, so öffentlich, wie es sich abspielte, blieb kaum eine Verzweiflung im Dunkel, kaum ein innerer Druck, kaum eine Grundangst konnten sich verborgen halten. Die inneren Verhältnisse der Einzelnen drängsten sich nach oben. Ob die Großen sich prügelten und auf sich aufmerksam machten oder das Zimmer zerschlugen, ob die Strichmädchen Heulkrämpfe kriegten, ob Pulsadern aufgeschnitten wurden oder ob die Kleinen Wasser auf die Passanten schütteten, alle brachten ihre inneren Probleme auf diesen Wegen nach draussen, wie Aufschreie nach Hilfe aus der Not.

Das alles richtete sich immer voll an die Betreuer. Eine Flut von Wünschen und Forderungen nach Aufmerksamkeit, Zuwendung und Trost, Liebe und Anerkennung umspülte sie ständig, Berge von Erwartungen wurden auf sie abgeladen.

Vieles fingen die Betreuer auf, bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, doch insgesamt blieb das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn zwei oder drei Betreuer standen in den "heißen Zeiten" abends, einer nur in den ruhigeren Zeiten morgens und nachmittags, achtzig Jugendlichen gegenüber. Das reichte kaum aus, die notwendigsten Grundregeln durchzusetzen. Als "Polizisten der Hausordnung" einen Mindestrahmen aufrechtzuerhalten, fraß unsere ganzen Kräfte auf.

Die seelischen Bedürfnisse der Jugendlichen blieben von den Betreuern daher zwangsläufig unbefriedigt, und sie prallten von ihnen in die Gruppen der Jugendlichen zurück.

Die Eigenbewegung des Hauses war so stark, daß die Betreuer mit hineingerissen wurden in den Sturm aus Gewalt und Hysterie, Angst und Verzweiflung. Viele Betreuer verzweifelten selber, einige gaben es auf, die meisten aber kamen von dem "Astor" nicht los, so wenig wie die Jugendlichen. Aufrechtgehalten wurden sie äußerlich vom Willen, den Kampf für die Rechte der Jugendlichen zu führen, innerlich von immer wiederkehrenden Momenten seltsamer und tiefer Geborgenheit. Oft, wenn die erschöpfte Ruhe nach dem Sturm eintrat, wurde ein Netz von Zärtlichkeit spürbar, das das ganze Haus durchzog, eine heimliche Brüderlichkeit wagte sich vor, bis an die **Grenze des Bewußtseins.**



Rückblick:

Heute erst, ein Jahr danach, trauen wir uns, vorsichtig darüber nachzudenken. Immer haben wir alle ein schlechtes Gewissen verdrängt, die Angst, verantwortungslos gewesen zu sein, weil wir die Masse von Jugendlichen nur strukturieren konnten, jeder einzelne aber mit seinen Problemen alleine blieb. Inzwischen haben wir erlebt, wie Jugendliche von damals wieder auftauchten und deprimiert vor dem geschlossenen "Astor" standen, wie ausgesetzte Kinder. Wir haben gesehen, wieviele dauerhafte Beziehungen entstanden sind; die geblieben sind und die wiederkommen, alle haben sich verändert. Das Leiden ist geblieben, vielleicht ist es nicht einmal geringer geworden, aber es erscheint beherrschter, fester und ein Stück bewältigt.

Im Blick zurück gewinnt das "Astor" eine tiefe Dimension, wie eine innere Revolution, ein Aufstand auf der Sklavengaleere der Gefühle, ein verzweifelter und gewalttätiger Versuch, die inneren Fesseln zu sprengen.



Ein Lastwagenunternehmen des SSK, das heute schon 5 Wohngemeinschaften mit ca. 5o Jugendlichen ernährt. Wenn Sie Sperrmüll abzuholen, Möbel zu transportieren haben, einen Umzug planen oder entrümpeln wollen, rufen Sie an: 52 99 52. Roonstr. 1o2 (Souterrain)

HOLLAND: FRAUEN VERHINDERTEN STILLEGUNG DURCH BETRIEBSBESETZUNG

39 ARBEITERINNEN AUS DER PRODUKTION VON CROSLAND FILTER BESETZTEN IHREN BETRIEB IN Den Bosch. AN DER AUSSENSEITE DES GEBÄUDES WURDEN TRANSPARENTE ANGEBRACHT, WO DRAUFSTEHT: Wir wollen Arbeit, keine Arbeitslosenunterstützung !!

Wir, die Schreiber dieses Berichts, finden es eigentlich nicht gut, wie Reporter Berichte von Kämpfen zu geben, mit denen wir keine Verbindung haben. Das bedeutet nämlich, daß viele praktisch wichtige Fragen unbeantwortet bleiben: zhs. wie ist die Besetzung vorbereitet worden? Was war früher im Betrieb los? Auf welche Weise konnten Gruppen von außen den Kampf unterstützen? Ist dieser Kampf in Zusammenhang zu sehen mit dem ungeheuren Aufschwung des Wohnungskampfes in Holland? Gibt es eine verstärkte Bewegung in den Betrieben? Wie geht es jetzt weiter im Betrieb? etc.
Es ist nur eine schlechte Hilfskonstruktion, daß im Bericht und in wörtlichen Auszügen die Besetzer selber zu Wort kommen lassen.

Eine andere Frage wäre, ob die WWA noch das geeignete Organ ist, um über solche Erfahrungen zu schreiben, weil man heute nicht davon ausgehen kann, daß die WWA die Spontizeitung ist, die die Situation, in der sich die arbeitenden Gruppen befinden, tatsächlich wiederspiegelt (Sprich Kampf).

Das ist deswegen ein Problem, weil wir glauben, daß diese Besetzung z. B. nicht nur wichtig ist für die Genossen, sondern vor allem für die Kollegen. Obwohl also dieser Artikel eine schlechte Praxis verlängert, die wir an der WWA kritisieren, schreiben wir ihn, weil sonst niemand etwas von diesem Kampf erfahren würde.

Den Bosch: Am 6.1.75 besetzten 39 Arbeiterinnen der Firma Crosland-Filters in Den bosch ihren Betrieb. Crosland-Filter ist eine Tochterfirma von Crosland in Nottingham (England). Diese gehört wiederum zu 100 % dem englischen Lucas-Konzern. Crosland-Filter produziert Öl- und Luftfilter für Autos und Traktoren.

Die Direktion hatte die Absicht, die Produktion nach England zu verlagern, weil sie nach ihrer Meinung unrentabel geworden war: wegen zu großer Kostensteigerung und Marktverringerung. In Nottingham könne man billiger produzieren. Alleine die Verkaufsabteilung für Holland sollte erhalten bleiben.

Bei Crosland arbeiten vorwiegend Mädchen im Alter von 16–20 Jahren, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Gerade sie würden es nach ihrer Kündigung sehr schwer haben, neue Arbeit zu bekommen. Die Arbeitslosenquote in Den Bosch liegt bei 7,2 %, und die Situation bei den Konfektionsateliers – wo sehr viele unausgebildete Mädchen arbeiten – ist sehr schlecht. Viele haben in der letzten Zeit pleite gemacht.

Im November 1974 hörten die Arbeiterinnen zum ersten Mal von den bevorstehenden Kündigungen. Die ersten bekamen die Kündigung ins Haus geschickt. Ab 1.2.75 sollte der Betrieb stillgelegt werden.

Ein Kollege schrieb daraufhin einen Bericht über die Situation bei Crosland in der Brabantse Tageszeitung und bekam sofort von der Direktion eine Urlaubsreise angeboten. Er dürfte mit seiner Familie auf Kosten der Firma eine Zeitlang auf der Insel Texel Urlaub machen. Er lehnte aber ab und ließ seine Kollegen nicht im Stich.

Nachdem die Stillegungspläne auch außerhalb des Betriebes bekanntgeworden waren, und eine Gruppe junger Arbeiter sofort ihre Unterstützung anbot (werkende jeugd) wollten die Arbeiterinnen genauer über ihre Rechte und Möglichkeiten Bescheid wissen. Es wurde diskutiert ob überhaupt Regierungsunterstützung angefragt worden war, und ob die Filter in England tatsächlich billiger hergestellt werden konnten. etc. Um das rauszubekommen, riefen sie einfach das Gewerkschaftsbüro von Nottingham an und erfuhren, daß die Löhne dort sogar höher liegen, daß Männer und Frauen den gleichen Lohn erhalten und auch die Jugendlöhne merklich höher liegen als in Den Bosch. An der Auftragslage konnte es auch nicht liegen, da die Arbeiterinnen sich „aus der Naht arbeiteten" um den Bestellungen nachzukommen.

Nach weiteren Recherchen stellte sich heraus, daß der Lucas-Konzern nur an einer zeitweisen Übersiedlung der Produktion nach England interessiert war.

In Nottingham ist nämlich die Arbeitslosenzahl besonders hoch, und die englische Regierung zahlt 1/3 der Investitionskosten, 3 Jahre lang, wenn sich ein Betrieb in diesem Raum niederläßt. Außerdem bekommt die Firma vergünstigte Kredite.
Nach Ablauf dieser 3 billigen Jahre könnte die Direktion die Firma in Holland eventuell wieder eröffnen.

Die einzigste Möglichkeit um die Arbeitsplätze noch zu retten, war eine Besetzung. Nach gründlicher Vorbereitung (darüber wissen wir nicht mehr) war es Montag, den 6.1.75 dann so weit. Die Direktion stand vor einer geschlossenen Tür, und die „Zweifler" wurden im Aktionszentrum aufgefangen. Transparente wurden ausgehängt, und im Betrieb fanden Diskussionen statt. Ein Aktionskommitee wurde gewählt, Presse herbeigerufen, Forderungen aufgestellt und an die Direktion geschickt.
Die Forderungen waren:

1. Erhaltung der Arbeitsplätze. Wir wollen kein Arbeitslosengeld. Ziel unserer Aktion ist die Sicherstellung unserer Arbeitsplätze. Das gilt auch für diejenigen, denen noch nicht gekündigt wurde.
2. Lohnfortzahlung während der Besetzungszeit

Einstimmig wurde beschlossen, daß die Produktion weiterlaufen, und dem Betrieb kein Schaden zugefügt werden sollte. Jeder arbeitete mit viel mehr Spaß und keiner machte krank.

Obwohl keine der Frauen gewerkschaftlich organisiert ist, nahmen sie das Angebot der Ortsverwaltung an, als Vermittler bei Verhandlungen mit der Direktion zu fungieren. Die Forderungen für das erste Gespräch waren:

1. Daß das Gespräch geführt werden soll von der Direktion Holland, der Direktion England, und den Besetzern.
2. Daß ein von den Besetzern gewähltes Aktionskommitee ihre Interessen vertritt.
3. Das Gespräch muß außerhalb des Betriebs stattfinden.

Die Diskussion fand im Gewerkschaftshaus statt.

Die Direktion unterbreitete folgendes Angebot:

1. Der Betrieb in Den Bosch könne nicht aufrechterhalten werden
2. Finanzielle Unterstützung habe die Regierung nach Einsicht der Bücher abgelehnt.
3. Aus England wird keinerlei Unterstützung gewährt.
4. Muß die Besetzung am Mittwoch 12 Uhr abgebrochen werden, und als „Gnadengeschenk"

– Löhne werden weiter bezahlt
– keine Gegenmaßnahmen gegen die Besetzer
– eine unabhängige Wirtschaftsprüfung
– bei deren Ergebnis müssen jeweils beide Parteien (Direktion und Besetzer) das Resultat akzeptieren.

Im Betrieb wurde das Ergebnis nochmals untereinander diskutiert und beschlossen, daß der Betrieb weiter besetzt wird.

Gemeinsam wurde ein Brief an die Direktion verfaßt, in dem sie fragten:
Erstens: Vertreten die sogenannten englischen Direktoren tatsächlich den Lucas-Konzern?
Zweitens: wollten sie Sicherheit darüber, ob Regierungsunterstützung wirklich angefragt wurde oder nicht.
Weiter stellten die Besetzerinnen fest, daß gesetzliche Maßnahmen, womit die Direktoren gedroht hatten, die Kampfkraft eher weiter verstärken würde. Sie wurden bestärkt durch die Reaktion der öffentlichen Meinung und durch die Empfehlung des Gemeinderats von Den Bosch, den Betrieb weiterlaufen zu lassen.
Nach einer erneuten Verhandlung hatte die Direktion den Forderungen der Besetzer so weit nachgegeben:

– Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden



FRAUEN VON CROSLAND FILTER ARBEITEN HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN DER BESETZTEN FABRIK

– Keine Repressionen nach der Besetzung
– Es soll die Möglichkeit einer Regierungsunterstützung geprüft werden.
– Erst nach dem Resultat dieser Untersuchung können keine Kündigungen ausgesprochen werden.

Die Direktion drängte auf schnelle Entscheidung und unter diesem Druck stimmte das Aktionskommitee zu.
Ein Mitglied des Aktionskommitees interpretiert diese Entscheidung so:
„Unsere Gruppe stand unter enormen Druck und in dem Moment haben wir einen schweren Fehler gemacht: Wir sind auf die Vorschläge der Direktion eingegangen. Die Arbeiterinnen waren darüber sehr sauer, was auch verständlich war. Das einzige was du daraus lernen kannst ist, daß du bei Aktionen unheimlich aufpassen mußt, daß keine Spaltung zwischen der Verhandlungsgruppe und deinen Kollegen im Betrieb entsteht. Du darfst dir keine Verantworung aufzwingen lassen, das wichtigste ist, sich an die Absprache mit den Kollegen zu halten und sich nicht durch Drohungen einschüchtern zu lassen. Wenn du nichts zu verlieren hast, kannst du Risiken auf dich nehmen".

Am 9.2.75 war die Besetzung zu Ende, trotzdem ging der Kampf der Arbeiterinnen weiter. Z. B. S. wurde verhindert, daß ein Angestellter, der sich mit den Besetzerinnen solidarisiert hatte, vom Büro in der Produktion versetzt wurde.
Auch das Aktionskommitee traf sich weiter und stellte fest, daß ungenügend Material vorhanden war um längerfristig weiter produzieren zu können.
In neuen Verhandlungen bei der der Bürgermeister von Den Bosch als Vermittler diente, setzten sie schließlich durch, daß genügend Material und Ersatzteile für mindestens 3 Monate besorgt wurden, und die Arbeiterinnen Einsicht in die Bestellungsbücher erhalten.
„Dit is het begin, wij gaan door met de strijd".
(dies ist erst der Anfang, der Kampf geht weiter)

Ein paar Genossinnen des RK Offenbach

Aus einem Bericht eines Mitgliedes des Aktionskommitees

Was dich am meisten ärgert, bei so einer Betriebsbesetzung: du hast immer das Gefühl, zu kämpfen für die Erhaltung eines Betriebes, der nicht den Leuten selbst gehört. Du bist immer abhängig von Menschen, die außerhalb des Betriebes über dich entscheiden.

Nun sind wir wieder abhängig von dem Ergebnis der Entscheidung der Untersuchungskommission der Regierung. Gestern waren wir abhängig vom guten oder bösen Willen einiger Typen, die das Sagen haben. Nie wird dir eine Verantwortlichkeit zugestanden, du sollst nur immer auf Entscheidungen warten. Und falls wir doch noch auf die Straße gesetzt werden, sind wir wieder vom Arbeitsmarkt abhängig.

Vielleicht haben wir mit unserem Kampf dazu beigetragen, daß die Arbeiter sich bewußt werden, daß sie erst dann über ihre eigenen Angelegenheiten bestimmen können, wenn die Betriebe in ihren Händen sind.

Bericht einer Besetzerin:

Wenn du zum ersten Mal eine Betriebsbesetzung miterlebst, weißt du gar nicht recht, was da auf dich zukommt. Du mußt morgens rein wie immer und dann passiert etwas, worauf du immer gehofft hast; daß eine Stimmung aufkommt, die sagt: Wir lassen es uns nicht mehr gefallen, wir wehren uns!

Aber am Anfang hast du schon ein bißchen Angst, weil allerhand Sachen auf dich zukommen, die du nicht gleich verarbeiten kannst, wie zum Beispiel: Was werden die Folgen sein? Was wird mit mir passieren? Wie denkt meine Familie darüber, und meine Nachbarn? Wie wird das mit dem Arbeitslosengeld sein?

Aber dann siehst du um dich herum deine Kollegen festentschlossen „ja" sagen zu einer Besetzung und dann weißt du, daß es eine gute Sache ist. Wenn es dann richtig spannend wird, siehst du auf einmal einige Leute, die doch deine Kollegen sind, nach Hause gehen: sie wollen nichts mit einer Besetzung zu tun haben. Du hast aber gar nicht genug Zeit, um darüber nachzudenken, weil schon wieder was passiert: die Zeitungsleute und Fernsehreporter stehen vor der Tür. Und ein wütender Direktor, der fristlos entlassen will. Die Telefonleitung fängt an zu glühen, alles rennt durcheinander und dann siehst du, daß die Mädchen im Betrieb ruhig weiterarbeiten. Andere Mädchen gehen durch einen geheimen Ausgang, um die Zustimmung von Vater und Mutter einzuholen. Und die scheinen alle voll hinter der Besetzung zu stehen. Eine Atmosphäre von Einheit entsteht. Du lernst einander besser kennen, besonders wenn du auch nachts im Betrieb schläfst. Wer hätte das gedacht, daß ich je in meinem Betrieb schlafen würde?

Aber es gibt auch Rückschläge. Es gibt welche, denen es manchmal schwer fällt, so eine Aktion durchzuhalten; die Angst bekommen und nach Hause wollen. Aber dann kommen wieder Telegramme Dutzende, Geschenke, Blumen und Kunden, die versichern, daß sie weiter Filter abnehmen werden und uns unterstützen; du siehst den Betrieb und die Menschen im Fernsehen. Das alles gibt dir neuen Mut weiterzumachen. Das gemeinsam improvisierte Essen gibt dir das Gefühl, daß ein ganzer Haufen Leute den festen Willen haben, das Beste herauszuholen.

Am zweiten Tag wird es schwierig: Der Schwung ist etwas weg, . . . es gibt ein bißchen Panik. Es wird viel geredet, um wieder Schwung reinzubringen, aber das ist schwierig, weil auf einmal die Produktion nicht weitergeht. Nach außen hin ist davon nichts zu bemerken. Sobald alle wieder etwas am Arbeiten sind, geht die Stimmung wieder aufwärts . . . . Das schlimmste an so einer Besetzung ist, daß soviel geschieht, daß es für jeden einzelnen immer schwieriger wird durchzublicken . . . .

Am dritten Tag kriegst du Sehnsucht nach Hause. Du hast die Empfindung, daß du schon ein Jahr lang am Besetzen bist und kein Ende abzusehen ist. Und wieder diese Spannungen: einer riskiert seine Gesundheit für die Besetzung; ein anderer will abspringen. Kurz darauf eine „Ablenkung". Ein paar Verrückte stehen auf der Straße und demonstrieren in aller Einsamkeit mit bemalten Schildern, auf denen steht: Gemeinsam sind wir stärker.

Jeder fühlt, daß die Besetzung auf ihren Höhepunkt zugeht. Es muß unbedingt etwas geschehen. Als einige zu der Verhandlung gehen, wird die Stimmung wieder gereizt. Ob die es wohl richtig machen? Werden sie sich unter den Tisch reden lassen oder werden sie daran denken, daß die Leute im Betrieb gespannt auf ihre Rückkehr warten?

Dann kommt der Höhepunkt. Dinge geschehen, die eine Verschärfung des Kampfes bedeuten können. Wieder wird hin- und her überlegt; das Aktionskommitee wird nervöser und kommt sehr abgespannt zurück. Man kann ihnen ansehen, daß sie ganz schön in die Zange genommen worden sind. Was willst du denn? Ein paar Bosse, deren täglicher Job es ist, Besprechungen abzuhalten und auf der anderen Seite einige junge Leute, die daran nicht gewöhnt sind, vor allem so lange an einem Stück. Du findest es sowieso verrückt, daß die hohen Herren alle mit uns sprechen wollen. Da muß also doch wohl eine Kraft von der Besetzung ausgehen.

Dann: endlich haben wir etwas erreicht. Wir haben soviel erreicht wie wir im Moment konnten. Aber ist es das Ende des Kampfes?

ARBEITSLOSEN-BROSCHÜRE IST DA

Einige Genossen haben gemeinsam mit arbeitslosen Emigranten eine „Arbeitslosen-Broschüre" über die Rechte, die man beim Arbeitsamt und anderen Ämtern hat, über die Tricks, die die Behörden anwenden, und über einige Erfahrungen, wie man was dagegen machen kann usw. zusammengestellt. Der Text der Broschüre ist in 6 Sprachen übersetzt: spanisch, italienisch, griechisch, türkisch, arabisch und französisch. Sie ist zu lang, um sie hier ganz abzudrucken. Damit ein bißchen klarer wird, was in der Broschüre steht, drucken wir hier die Einleitung und zwei Beispiele aus dem Text ab.

Wer will, kann sie bestellen bei: Karl Marx Buchhandlung, 6 Frankfurt, Jordanstr. 12. Die Broschüre (alle Sprachen, also auch deutsch, sind in einem Heft) kostet 1,50 DM.

Einleitung

Diese Broschüre soll ein Beitrag zum Kleinkrieg der Arbeiter gegen die Krise sein. Die Arbeitslosigkeit soll Angst und Vereinzelung schaffen; ein paar Informationen und gemeinsames Handeln sind ein kleiner Schritt des Widerstandes. Diese Broschüre ist geschrieben von arbeitslosen und noch arbeitenden Kollegen, die sich vor Weihnachten in einer multinationalen Arbeiterversammlung getroffen haben, um gemeinsam zu überlegen, wie wir uns gegen Entlassungen wehren, uns als Arbeitslose gegenseitig helfen und organisieren können.

Die Broschüre ist gerichtet an Kollegen, die sich in der Fabrik gewehrt haben und jetzt nicht von ein paar Arbeitsamtsbürokraten klein gemacht werden wollen – Kollegen in der Fabrik, für die die Solidarität nicht am Fabriktor aufhört.

Mit Entlassungen, Arbeitslosigkeit versuchen die Unternehmer den Widerstand, der sich in den Fabriken seit 1969 neu formiert hat, zu zerschlagen, Angst und Unsicherheit zu produzieren, Disziplin und Arbeitstempo zu steigern und damit die totale Macht des Kapitals wieder herzustellen.

Auf der anderen Seite existiert auch eine Angst vor der Radikalisierung der Arbeitslosigkeit. Die Kämpfe organisierter Arbeitsloser und die Arbeiterbewegung in Deutschland hat minimale Rechte für Arbeitslose durchgesetzt (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe). Aber das betreffende Gesetz, das Arbeitsförderungsgesetz ist nicht das der Arbeiterbewegung, die Arbeitsämter sind nicht von uns verwaltet. Was wir brauchen ist voller Lohn, ob Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit. Wir müssen schließlich leben, hohe Preise zahlen und das nicht auf Kredit, um nach der Arbeitslosigkeit abbezahlen zu müssen oder abgeschoben zu werden. Solange aber der garantierte Lohn nicht durchgesetzt ist, gilt es, wenigstens die Rechte, die wir auf dem Papier schon haben, jeden Tag zu erkämpfen und zu erweitern. Dazu müssen wir diese Rechte kennen, auch die Tricks der Bürokraten. Dazu diese Broschüre.

Wir sind auch bereit, mit Kollegen gemeinsam zum Arbeitsamt zu gehen. Daß wir gemeinsam **mehr schneller** erreichen, dafür gibt es Beispiele genug. Es ist wichtig, sich in Gruppen zu organisieren, um nicht allein zur Stammnummer degradiert und fertiggemacht zu werden.

Früher traf man sich beim „Stempeln" auf dem Arbeitsamt und erfuhr dort den einen oder anderen Tip. Durch das Überweisen ist das vorbei, jeder sitzt allein zuhaus. Auch die Gewerkschaften machen nichts für die arbeitslosen Kollegen, gegen die ausländischen betreiben sie sogar eine bewußte Politik – sie spalten, statt Einheit herzustellen. Deshalb müssen wir versuchen, uns mit den ausländischen Kollegen gemeinsam zu organisieren und vom Arbeitsamt und von der Gewerkschaft die Gleichbehandlung zu erzwingen.

Die Arbeitslosigkeit trifft aber nicht nur die, die auf der Straße sitzen, sondern mit ihr werden die Löhne gedrückt, soll die Fabrikdisziplin wiederhergestellt werden, das Arbeitstempo gesteigert. Der Gebrauch dieses Instruments durch die Unternehmer kann nur durch gemeinsamen Kampf auf der Straße und in der Fabrik gestoppt werden. Stückzahlen nicht erhöhen lassen, Überstunden verweigern, weiter abgesprochen krank machen sind echte Möglichkeiten, weitere Entlassungen zu verhindern. Fordert die Betriebsräte auf, keine Entlassungen zu unterschreiben, denn Entlassungen sind Sache der Unternehmer und bedürfen nicht der Zustimmung der „Kollegen". Keine Entlassung ausländischer Kollegen, denn das bedeutet wie jede andere Entlassung für die anderen mehr Arbeit bei weniger Lohn.

Und wenn schon weniger Arbeit da ist, kann doch die Arbeitszeit verkürzt werden, bei Lohnausgleich, daß das geht, zeigen die Unternehmen mit der Kurzarbeit selbst.

Und wenn man schon entlassen wird, dann kann man dagegen klagen. Auch wenn die Rechtsstellung der Gewerkschaft oft die Vertretung nicht übernehmen will, (besonders bei ausländischen Kollegen) geht mit mehreren Kollegen zur Gewerkschaft, winkt mit den Mitgliedsbüchern, dann ist die Rechtslage oft plötzlich ganz anders.

Wir haben hier eine Broschüre, die nicht politische Parolen verkündet, sondern praktische Tips für Entlassene gibt. Denn wir wollen nicht ein „Recht auf Arbeit" verkünden, das in der heutigen Situation nur mehr Arbeit bedeuten würde. Wir wollen keine Überstunden, selbst sechs Stunden täglich würden uns reichen, wir wollen keine Entlassungen, denn Entlassungen bedeuten für die Kollegen in der Fabrik mehr Arbeitshetze, weniger Zeit für sich selber, bedeutet Zerstörung von Lebens- und Kampfzusammenhängen, die wir brauchen, ums im Betrieb aushalten zu können.

Beispiel aus der Broschüre:

Sperrfristen

Sperrfristen von vier Wochen kriegt man bei einer „selbstverschuldeten" Kündigung, das heißt, fast immer, denn im Sinne des Arbeitsamtes ist fast alles eigene Schuld.

Sofort bei Erhalt des Sperrfristbescheides schriftlichen Widerspruch einlegen!

In diesem Schreiben begründet man, wer wen rausgeworfen hat, weist auf das Arbeitsgerichtsverfahren hin und beantragt eine vorläufige Auszahlung (Vorschuß), manchmal klappt's.

Außerdem gibt's Sperrfristen bei einer vom Arbeitsamt angebotenen „zumutbaren" Arbeit. „Zumutbar" ist ein Gummibegriff, aber z. B. sehr lange und schwierige Anfahrtswege und eine ganz andere Arbeit sind nicht zumutbar.

Achtung: Wer nach der Kündigung als Fabrikarbeiterin eine neue Stelle als Putzfrau annimmt, hat bei erneuter Arbeitslosigkeit keinen Anspruch mehr auf eine Stelle als Fabrikarbeiterin. (Oder vom Schweißer zum Lagerarbeiter.) **Daher: Keine schlechtere Arbeit annehmen!**

Über die „Zumutbarkeit" kann man nur auf dem Arbeitsamt verhandeln und sagen, die und die Stelle wolle man nicht. Wenn die beige (hellbraune) Vermittlungskarte erst ausgefüllt ist, kann man nichts mehr machen. Dann muß man beim Arbeitgeber dafür sorgen, daß man nicht genommen wird, wenn man nicht will. Sei es, daß man kein Deutsch versteht, oder dumm ist, sei es, daß man alle paar Monate die Stelle wechselt, sowieso keine Lust hat, man muß es dem Arbeitgeber nur sagen, **man darf nur nicht vergessen, zu sagen, daß man natürlich diese Arbeit nehmen wird, weil man ja muß.** Hier kann man sich viel einfallen lassen.

Beim Sozialamt

Wer noch kein Geld vom Arbeitsamt hat oder weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe beanspruchen kann, der kann Sozialhilfe beantragen. Allerdings muß man als Nicht-EWG-Angehöriger vorsichtig sein, denn diese Unterstützung wird der Ausländerpolizei gemeldet. **Es ist aber trotzdem möglich, von dort Geld zu kriegen.** Die Schwierigkeiten und Gefahren dabei sollte man in einer Gruppe diskutieren und dann gemeinsam entscheiden. Alleine sollte man jedoch die Finger davon lassen.

Dieser Teil erscheint nur in türkisch, griechisch, spanisch und arabisch, da diese nicht EWG.

Bei Kündigungen

. . . Man sollte **auch vor der Kündigung nichts unterschreiben, was nicht unmittelbar zum Arbeitsvertrag gehört.** Einer der beliebtesten Kündigungstricks großer Firmen ist es, vor dem Urlaub von Ausländern Erklärungen unterschreiben zu lassen, daß sie mit einer Kündigung einverstanden sind, falls sie zu spät vom Urlaub zurückkommen. Andere Firmen legen ähnliche Erklärungen vor, daß man bei der nächsten längeren Krankheit oder Verspätung oder einfach bei „schlechter Arbeitsleistung" mit der Kündigung einverstanden ist, sowas darf man und muß man auch nicht unterschreiben. Es gibt Fälle, bei denen nach dem Urlaub von denen, die zu spät zurückgekehrt waren, diejenigen entlassen wurden, die unterschrieben hatten und die anderen, die sich geweigert hatten, jetzt noch arbeiten.

Ein weiterer Trick wird bei Frauen angewandt (Meistens vom Arbeitsamt, das sich um die Zahlungen drücken will): Wenn die betreffende Frau Kinder hat, und nicht nachweisen kann, daß jemand die Kinder während der Arbeitszeit beaufsichtigt, gilt sie als „arbeitsunfähig", und kann aus diesem Grund gekündigt werden oder von Unterstützungszählungen des Arbeitsamtes ausgeschlossen werden. Gegenmittel: Man bringt eine Bescheinigung bei, daß sich die Großmutter oder die Nachbarin um das Kind kümmert. . . .

Frau eines Arbeitslosen erhängt sich nach Diebstahl

GRAFENAU, 12. Februar (AP). Eine 34jährige Hausfrau und Mutter dreier Kinder aus Oberkreuzberg im Landkreis Freyung-Grafenau hat sich das Leben genommen, weil sie in einem Kaufhaus beim Diebstahl ertappt worden war. Wirtschaftliche Schwierigkeiten — ihr Mann ist seit vier Monaten arbeitslos — und das Gerede der Leute über ihre Tat trieben sie in den Tod. Die Familie hatte mit 700 Mark Arbeitslosengeld nicht mehr ihre Ausgaben bestreiten können; zum täglichen Bedarf waren noch Raten für ein gekauftes Haus hinzugekommen. Als Kleidung für die Kinder und Bettwäsche dringend nötig wurden, entwendete die Frau Textilien im Wert von 650 Mark. Drei Tage später erhängte sie sich. In einem Abschiedsbrief schrieb sie: „Ich kann mit der Schande nicht länger leben."

Deutsche Fabrik in Portugal besetzt

LISSABON, 14. Februar (ddp). Die Arbeiter einer bundesdeutschen Schuhfabrik in Sao Joao da Madeira bei Porto haben die Fabrikgebäude besetzt. Wie heute von den örtlichen Behörden gemeldet wurde, werfen die Arbeitnehmer der Betriebsleitung „Wirtschaftssabotage" vor. Durch die Verlagerung von Maschinen in andere Fabriken würde Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Nach unbestätigten Meldungen ist für das Werk der Konkurs angemeldet worden. Die Betriebsführung soll in die Bundesrepublik abgereist sein.

In Frankfurt gibt es eine Gruppe jugendlicher Arbeitsloser, die sich regelmäßig trifft. Diese Gruppe hat eine ausführliche Informationsschrift zusammengestellt, die auf die bestehenden Rechte eingeht, die Jugendliche auf Arbeitsamt und Sozialamt „genießen". Wer diese Schrift haben will, der schreibe an die WWA, c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202. Ihr bekommt sie zugeschickt, wenn ihr DM 1,– auf das Konto: T. Schmid, Postscheckkonto Frankfurt 58657/605 überweist oder an die Anschrift der WWA DM 1.– in Briefmarken schickt.

FILM – FILM –

Auf nach Larzac! – Tous au Larzac!
45 Min. 16 mm schwarz-weiß magnetton Verleihgebühr 40,– DM

Der Film zeigt die Solidaritätsbewegungen 73 und 74 für den Kampf der Bauern vom Larzac.
Seit 4 Jahren kämpfen 103 Familien in Occitanien (Südfrankreich) gegen ihre Enteignung zugunsten der Ausweitung eines Militärlagers. Die ehemals „rechten Bauern" gewinnen in ihrem Kampf gegen die „Armee des Kapitals" ihr politisches Bewußtsein. Nicht der reaktionäre Bauernverband, sondern vor allem die kämpfenden Arbeiter (lip, pechiney-nogueres), Bauern (hier v. a. die Arbeiter-Bauern-Bewegung = linke Abspaltung des Bauernverbandes) und die revolutionäre Linke beweist ihnen, was Solidarität ist. 80 000 bzw. 130 000 Arbeiter (darunter viele ausländische Kollegen), Bauern, Schüler und Studenten kamen 73 und 74 aus ganz Frankreich auf die Solidaritätsfeste auf das Hochplateau von Larzac. Sie erkennen, daß Arbeiter und Bauern den gleichen Kampf um Arbeitsplatzerhaltung, menschlichere Arbeitsbedingungen etc. führen. So war 73 die Hauptparole „lip-larzac, der gleiche Kampf!"

1974 stand das Fest der Bauern im Zeichen der 3. Welt. Warum schreiben die Bauern in ihrer Zeitung „Larzac-informations": „weil die Kolonisation sich innerhalb unseres Landes abspielt, siehe die Bretagne, das Baskenland, Korsika und Occitanien (darin liegt das Larzac), wie in der 3. Welt. Gegen die Ausweitung des Militärlagers kämpfen, heißt auch: Kampf gegen den Mord und die Ausplünderung der 3. Welt. Die Unterdrückung durch das Kapital und seiner Armee hat weder Grenzen noch Gesetze, außer denen des Profits und der Macht".

Im Film sehen wir die Ernte eines Feldes zur Unterstützung der Bauern in der Sahel-Wüste und die Besetzung eines schon von der Armee enteigneten Feldes unter der Parole „denen das Land, die es bebauen!"

Warum dieser Film? BEISPIEL für Arbeiter-Bauern-Solidarität
für anti-militaristischen Kampf
für Bauernkampf, auch gegen die Bevormundung durch einen reaktionären Bauernverband
gegen den Mythos der rückständigen Bauern
für den Kampf gegen unsinnige Enteignungen (siehe hier z. B. Whyl-Marcolsheim)
für geschlossene (sogar nationale) Solidarität
für internationale Solidarität

Am Ende des Films singt ein Mitglied unserer Arbeiter-Filmgruppe die deutsche Fassung des „Larzac-Liedes"

1. In dem Kampfe sind wir nicht allein
Tausende werden auf unserer Seite sein.
Aktionen und Feste haben es gezeigt:
Solidarität zu jeder Zeit!
Lip-Arbeiter und Kämpfer aus Irland,
Weiße, Gelbe, Schwarze, Hand in Hand.
Wir sprechen nicht dieselbe Sprache
doch wir sprechen von dem selben Kampf.
2. Staat und Armee wolln unser Land
unsere Einigkeit ist ihre Schand.
Auch wenn es denen nicht gefällt:
Fest und „Ernte für die 3. Welt"!
Arbeiter und Bauern haben es erkannt,
dieselben Herren gegen uns in Stadt und Land.
Nur gemeinsam können wir bekämpfen:
Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen!
Schlußrefrain:
Larzac zu jeder Zeit
wir Bauern sind bereit
für den Kampf!
unser Leben sind die Schafe und das Land
Kanonen weg, Armee raus aus Larzac
Kanonen weg, WIR BEHALTEN DAS LARZAC!

Dieser Film wurde in Zusammenarbeit von deutschen und französischen Freunden des Larzacs gedreht und montiert. Es existiert eine deutsche und eine französische Fassung des Films.
Gesammelte Spenden, neben der Verleihgebühr, gehen an das Koordinationsbüro der Bauern. Solidarität tut not!
Information und Verleih des Films:
Filmgruppe Mainz
c/o KJ Gerke, 65 Mainz, Martinstr. 19
Verleih der französischen Fassung:
Cinema Politique
c/o B. Clarens, 11, Rue Saulnier, 75009 Paris

PS: eine Informationsbroschüre ist in Vorbereitung gute Informationen auch in „Ästhetik & Kommunikation" Nr. 17 (Larzac-Nr.)

Pistole statt Fahrschein

FA Z 27 II 75

Sechs Demonstranten bedrohen einen Straßenbahnkontrolleur

hor. Mit einer Pistole und einem Messer hat eine Gruppe von fünf Männern und einer Frau am Dienstagabend nach der Demonstration gegen das Karlsruher Urteil zur Reform des Abtreibungsparagraphen 218 einen Straßenbahnkontrolleur bedroht. Die jungen Leute, die eine rote Fahne mit sich führten, konnten unerkannt entkommen.

Zu dem Zwischenfall war es gegen 18.50 Uhr in einem Zug der Straßenbahnlinie 23 zwischen Opernplatz und Bockenheimer Warte gekommen. Der 42 Jahre alte Kontrolleur Konrad S. hatte im Anhängerwagen 1235 die Gruppe, die offensichtlich zuvor an der Demonstration teilgenommen hatte, nach den Fahrtausweisen gefragt. Zur Antwort bekam er die lapidare Auskunft, man habe keine, da man zum „Null-Tarif" fahre. Als er daraufhin einen der jungen Männer aufforderte, seine Personalien anzugeben, meinte der nur, er denke nicht daran. Der Versuch des Kontrolleurs, seine ebenfalls im Wagen befindliche Kollegin Barbara W. zu Hilfe zu holen, wurde von einem der Männer mit der Pistole in der Hand vereitelt. Man hinderte ihn auch, die Notbremse zu ziehen.

An der Haltestelle Feuerbachstraße forderte der Pistolenmann dann den Kontrolleur auf, die Straßenbahn zu verlassen. Als der Beamte sich weigerte, stürmte die ganze Gruppe auf die Straße. Konrad S. verfolgte den Mann mit der Pistole noch über die Bockenheimer Landstraße, verlor ihn aber in der Schwindstraße aus den Augen.

Auf dem Rückweg zur Haltestelle traf er dann wieder auf die junge Frau mit der Fahne. Da auch sie ohne Fahrschein gefahren war, wollte der Kontrolleur ihre Personalien feststellen, war aber im Nu von ihren Begleitern umringt. Um ihrer Aufforderung, die Frau in Ruhe zu lassen, Nachdruck zu verleihen, zog einer der Männer ein Messer und bedrohte damit den Beamten.

Anschließend floh die Gruppe ebenfalls in Richtung Schwindstraße. Obwohl sich ein Autofahrer und ein Passant an der Verfolgung beteiligten, konnten die fünf entkommen. Wie die Polizei gestern mitteilte, steht bisher noch nicht fest, ob es sich bei der Pistole um eine scharfe Waffe gehandelt hat.

SKANDAL Klassenbuchklau

Am 15.1.75 wurden in der Hedwig – Heil – Schule sämtliche Klassenbücher geklaut. Dies ist eine der Möglichkeiten sich gegen den ständigen Leistungsdruck zu wehren. Eine Möglichkeit den Lehrern die Disziplinierungsmittel aus der Hand zu nehmen. Disziplinieren heißt für uns Noteneintragungen, Eintragen von Fehlstunden und Fehlminuten, (Ist wohl verständlich, wenn wir in dem Scheißunterricht fehlen.) und dem Eintragen von aufmuckenden Schülern und Klassen. Dieser Terror ist eine Abrichtung die uns Schüler für den späteren Arbeitsprozess zu guten Untertanen erziehen soll. So wird vielen kritischen Schülern das Zeugnis versaut mit dem sie nach der Schule eine Arbeitsstelle finden müssen, was zur Zeit sowieso unwahrscheinlich schwer ist. Klassenbücher drücken die „Gesellschaftsfähigkeit" der Schüler aus und zeigen ob es der Schule gelungen ist, „Anpassungsfähige" Menschen zu erziehen. Sie sollen Schülern Angst machen und den Druck der Lehrer auf die Klassen stärken. An der Art wie Klassenbücher geführt werden, erkennt man die Hierarchie die in der Schule herrscht. Lehrer tragen ein, um Schüler zu unterdrücken und sich gegenüber dem Direktor zu rechtfertigen.

„NACH OBEN KRIECHEN UND NACH UNTEN TRETEN!"

Wir raten allen Schülern, ähnliche Aktionen zu bringen.

Verantwortliche: Otto Kampfgeist & Rosa, Max Hoelz

DER KLASSENBUCHKLAU GEHT WIEDER UM!
Dieses Mal stieg er in der altehrwürdigen Hedwig-Heyl-Schule im Frankfurter Nordend ein. Am nächsten Tag wurde in Gängen und Klos des Schulgebäudes folgendes Flugblatt gefunden:

SKANDAL

Am 15.1.75 wurden in der Hedwig-Heyl-Schule sämtliche . . .

Die Reaktion der Schüler und von fast allen Lehrern war äußerst positiv. Die einzige, die sauer reagierte, war unsere geehrte Oberstudiendirektorin Mangelsdorff.

Einige Lehrer hatten Zweitlisten mit Fehlstunden und Verspätungen, andere kamen fast nie oder überhaupt nicht dieser Pflicht nach, so daß keine vollständigen Unterlagen über Fehlstunden vorhanden waren. Da langsam Frau Direktorin durchdrehte und einen wahnsinnigen Druck auf die „nachlässigen" Lehrer ausübte, wurden sogar die reaktionärsten Kollegen sauer. Das ganze Lehrerkollegium beschloß, keine Listen abzugeben. Das war der erste solidarische Akt aller Lehrer gegen den Druck von oben in der Geschichte unserer Schule.

Wie wir inzwischen erfahren haben, hat die Kriminalpolizei zahlreiche Fingerabdrücke am Einstiegfenster. Zu unser aller Leidwesen gehören sie jedoch den „Lehrkörpern".

Polizisten brachten sich gegenseitig um

NEW YORK, 3. Februar (ddp). Zwei New Yorker Polizeibeamte haben sich gestern aus Versehen gegenseitig erschossen. Das Unglück ereignete sich bei einer Schießerei in der Nähe des Waldorf-Astoria-Hotels.

Wie die Polizei berichtete, war eine Streife dorthin geschickt worden, als ein Mann wild um sich geschossen hatte. Dabei verdächtigte die Polizeistreife offenbar einen Mann in einem Taxi — einen Polizeibeamten in Zivil. Als sich die Streife dem Taxi näherte, wurde in der Nähe ein neuer Schuß abgefeuert, der den tödlichen Schußwechsel zwischen den Beamten auslöste.

Frauen streiken für arbeitslose Männer

u Barcelona. — Eine Gruppe von rund 30 spanischen Frauen, deren Männer nach Arbeitskonflikten vom Automobilwerk Seat fristlos entlassen worden waren, haben sich am späten Montagabend in einer Kirche in Barcelona verschanzt. Wie die Nachrichtenagentur Europa Press am heutigen Dienstag berichtete, wollen die Frauen — einige mit ihren Kindern — so lange in der Kirche bleiben, bis die Männer an ihre Arbeitsplätze zurückkehren können.